

KVJS

Fokus Pflege

Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise

2019 – 2030

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Ausgangslage	4
2. Pflege im Jahr 2030: Ergebnisse	5
3. Entwicklungen in Baden-Württemberg und in den einzelnen Stadt- und Landkreisen	12
Anhang.....	58
Hinweise zu den Grafiken.....	59
Methodik der Voraussrechnung von Pflegeleistungen	60
I. Datenbasis	60
II. Berechnung der zukünftigen Zahl pflegebedürftiger Menschen	60
III. Berechnung der zukünftigen Nutzung der einzelnen Versorgungsangebote	60
a. Voraussrechnung von Pflegeleistungen – Ergebnisse	63
b. Voraussrechnung in der Kurzzeitpflege – Methodik und Ergebnisse	68
c. Voraussrechnung in der Tagespflege – Methodik und Ergebnisse.....	70

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Pflegestärkungsgesetze und die damit verbundenen Leistungsausweitungen haben die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen deutlich verändert. Seit 2015 hat die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in allen Formen der Versorgung stark zugenommen. Mehrheitlich leben sie in der eigenen Wohnung, wo sie häusliche oder ambulante Pflege in Anspruch nehmen. Unterstützungs- und Entlastungsangebote werden verstärkt nachgefragt. Auch das Interesse an Angeboten der Tagespflege ist deutlich gestiegen, während die Nachfrage nach vollstationärer Pflege weniger stark zugenommen hat.

Dies hat Auswirkungen auf die Kommunen in Baden-Württemberg. Pflegebedürftige Menschen und die sie pflegenden Angehörigen benötigen Angebote, die die Vielfalt der älteren Menschen in jeder Lebensphase berücksichtigen. Ein zentraler Baustein dabei sind auch pflegerische Angebote und die Kenntnis darüber, welche Pflegeleistungen

zukünftig benötigt werden. An diesem Punkt setzt der KVJS „Fokus Pflege – Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise“ an.

Die Veröffentlichung der regionalisierten Pflegestatistik 2019 im Frühjahr 2021 erforderte eine zeitnahe Aktualisierung der im Februar veröffentlichten ersten Ausgabe. Der KVJS richtet daher mit dem vorliegenden Bericht zum zweiten Mal in Folge den Blick in die Zukunft, um die Kommunen in Baden-Württemberg bei der Planung und Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur zu unterstützen. Wir freuen uns, Ihnen heute die neue Ausgabe des „Fokus Pflege“ – basierend auf der aktuellen Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg – zur Verfügung zu stellen.

Kristin Schwarz
Verbandsdirektorin

1. Ausgangslage

Das Land Baden-Württemberg hat bis zur Einstellung der Pflegeheimförderung im Jahr 2010 einen Landespflegeplan aufgelegt. Dieser bildete einen Orientierungsrahmen für die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Nachdem das Land die Förderung von Pflegeheimen beendet hat, haben Städte- und Landkreistag zuletzt die Vorausschätzung von Pflegeplätzen in Auftrag gegeben. Bedarfswerte für teil- und vollstationäre Plätze liegen dadurch bis zum Jahr 2025 vor. Sie beruhen auf der Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Landesamtes auf der Basis des Bevölkerungsstandes zum 31.12.2014 und der Pflegestatistik zum 15.12.2015. Inzwischen hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Bevölkerungsvorausschätzung und die Pflegestatistik aktualisiert. Der KVJS hat sich deshalb entschlossen, die Pflegeleistungen für das Jahr 2030 als Dienstleistung für die Stadt- und Landkreise zu berechnen.

Auf Basis der Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg berechnet der KVJS Orientierungswerte für künftige Pflegeleistungen in den Stadt- und Landkreisen. Dies ermöglicht einen Überblick über die Zahl derjenigen, die zu Hause durch Angehörige, durch ambulante Dienste oder in einem Pflegeheim versorgt werden. Da Veränderungen der Rahmenbedingungen das Nachfrageverhalten der pflegebedürftigen Menschen und die Inanspruch-

nahme einzelner Leistungen beeinflussen können, ist es wichtig, alle zukünftigen Leistungen zu kennen. Denn wie der zukünftige Bedarf tatsächlich gedeckt wird, ob und welche Verschiebungen innerhalb der einzelnen Pflegeleistungen erfolgen, hängt nicht zuletzt auch von den politischen und planerischen Entscheidungen im jeweiligen Stadt- oder Landkreis ab. Der Bericht soll als Steuerungs- und Planungsinstrument sowie zur Gestaltung einer leistungsfähigen regional gegliederten, wohnortnahen und aufeinander abgestimmten ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung der Bevölkerung dienen.

Mit dem ersten „KVJS Fokus Pflege – Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise“¹, der im Februar 2021 erschienen ist, hat der KVJS den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg diese Vorausschätzung von Pflegeleistungen auf Basis der Pflegestatistik 2017 zur Verfügung gestellt. Die Veröffentlichung der regionalisierten Pflegestatistik zum 15.12.2019 im Frühjahr desselben Jahres machte jedoch eine zeitnahe Aktualisierung der Orientierungswerte für ambulante, teil- und vollstationäre Pflegeleistungen notwendig. Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse dieser aktualisierten Vorausschätzung für alle Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs.

¹ Abrufbar unter https://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/soziales/statistik-hzpf/2021-Fokus_Pflege.pdf; zuletzt aufgerufen am 07.04.2021.

2. Pflege im Jahr 2030: Ergebnisse

Die Vorausschätzung von Orientierungswerten für Pflegeleistungen bis zum Jahr 2030 verdeutlicht den hohen Bedarf an ambulanten, teil- und vollstationären Pflegeangeboten in Baden-Württemberg sowie in den einzelnen Stadt- und Landkreisen. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen² in Baden-Württemberg wird voraussichtlich von derzeit 471.913 auf 563.872 im Jahr 2030 zunehmen. Die Pflegequote in Baden-Württemberg würde von 4,3 auf 4,9 Prozent ansteigen. Von den rund 564.000 Pflegebedürftigen im Jahr 2030 werden rund 40 Prozent beziehungsweise etwa 233.000 Menschen auf professionelle Hilfe in Form von ambulanter oder stationärer Pflege angewiesen sein. Knapp 28.000 weitere Personen werden voraussichtlich Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 45a SGB XI nutzen.

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen und ihre Entwicklung hängen insbesondere von der demografischen Entwicklung ab. Das Risiko pflegebedürftig zu werden, nimmt mit steigendem Alter zu. Im Alter ab 90 Jahren sind beispielsweise rund 70 von 100 Personen pflegebedürftig.

Im Jahr 2019 gab es in Baden-Württemberg insgesamt 471.913 pflegebedürftige Menschen.³ Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen hat sich ausgehend von knapp 211.000 Pflegebedürftigen zwischen 2001 und 2019 mehr als verdoppelt. Rund 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg leben zu Hause. Die meisten (55,3 Prozent) werden von Angehörigen oder anderen Personen gepflegt

2 Nachfolgend werden die Menschen als pflegebedürftig bezeichnet, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten und in einen Pflegegrad eingestuft sind.

3 Seit 2017 umfasst die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen Personen mit Pflegegrad 1 bis 5, die ambulant, stationär oder mit Pflegegeld durch Angehörige versorgt werden sowie Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1, die teilstationäre Pflege erhalten. Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2 bis 5, die teilstationäre Pflege erhalten, sind bereits bei den Pflegegeldempfängern oder den ambulant versorgten Personen berücksichtigt. Seit 2019 werden auch Personen in Pflegegrad 1 ausgewiesen, die ausschließlich den Entlastungsbetrag nach § 45b SGB XI für Angebote zur Unterstützung im Alltag nutzen.

und erhalten dafür Pflegegeld. Rund 19,6 Prozent leben ebenfalls zu Hause und werden dort zusätzlich oder ausschließlich von einem ambulanten Pflegedienst versorgt. Weitere 5,2 Prozent nutzen ausschließlich Angebote zur Unterstützung im Alltag wie zum Beispiel Betreuungsgruppen für Menschen mit Demenz oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Knapp ein Fünftel der Pflegebedürftigen (19,9 Prozent) lebt in einem Pflegeheim. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen ist von 2017 auf 2019 nochmals deutlich angestiegen: Dies ist zum einen weiterhin auf die Leistungsausweitungen durch die Pflegestärkungsgesetze zurückzuführen. Zum anderen konnten nun erstmalig Angaben zu Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 gemacht werden, die den Entlastungsbetrag für Angebote zur Unterstützung im Alltag einsetzen. Diese Gruppe war in der Pflegestatistik 2017 noch nicht enthalten und umfasst etwa 24.400 Personen.⁴

Der Anteil der Pflegegeldempfänger hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Dazu könnten Entlastungsmöglichkeiten wie der Ausbau von Tagespflegeangeboten und Leistungsausweitungen durch das Pflegestärkungsgesetz I beigetragen haben. Darüber hinaus scheint auch die Versorgung von Pflegebedürftigen durch häufig aus Osteuropa stammende Haushaltshilfen zuzunehmen. Seit dem Jahr 2011 benötigen Haushaltshilfen aus bestimmten Ländern keine Arbeitserlaubnis mehr.

In den letzten Jahren zeigte sich bereits eine zunehmende Nachfrage nach Pflegeleistungen, die einen Ausbau des Angebots zur Folge hatte. Inwiefern es gelingen wird, das Angebot auch zukünftig weiterzuentwickeln, hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob in ausreichender Zahl Personal für die Pflege zur Verfügung stehen wird.

4 Die Pflegestatistik 2017 ist daher nur eingeschränkt mit der Pflegestatistik 2019 vergleichbar. Die Zahl der Menschen, die den Entlastungsbetrag für Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 45a SGB XI einsetzen, wird in den Grafiken ab Seite 12 als „PG 1 mit Entlastungsbetrag“ bezeichnet.

Die Orientierungswerte für Pflegeleistungen werden auf zwei Wegen berechnet:

- Bei der Status-Quo-Berechnung wird die Annahme getroffen, dass die einzelnen Leistungsarten im Jahr 2030 so in Anspruch genommen werden wie im Jahr 2019 (siehe Methodik, Seite 60 ff.).
- Bei der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung wird die Annahme getroffen, dass der Anteil der Pflegebedürftigen, die ambulant gepflegt werden, bis zum Jahr 2030 zunimmt. Damit wird den Leistungsausweitungen durch die Pflegestärkungsgesetze Rechnung getragen (siehe Methodik, Seite 62).

Für die einzelnen Leistungen der Pflegeversicherung ergeben sich folgende Orientierungswerte für das Jahr 2030:

Ambulante Pflege

- Nach der Status-Quo-Berechnung werden in Baden-Württemberg im Jahr 2030 insgesamt 113.609 ambulante Pflegeleistungen benötigt.
- Nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung erhöht sich unter den getroffenen Annahmen der Bedarf auf 124.143 ambulante Pflegeleistungen.

Leistungsausweitungen in der ambulanten Pflege sowie die Stärkung der Rolle der Kommunen durch die Pflegestärkungsgesetze könnten zu einer veränderten Angebotslandschaft sowie einer veränderten Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Leistungen führen. Bei der Variante wird die Annahme getroffen, dass die Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen zukünftig zunimmt, während die Inanspruchnahme stationärer Angebote zurückgeht. Diese Annahme setzt voraus, dass ein ausreichend ausgebautes und aufeinander abgestimmtes Netz an ambulanten Pflegeleistungen vorhanden ist. Die Veränderungen im Nutzerverhalten stellen sich nicht automatisch ein, sondern werden durch ein „pflegefreundliches“ Wohnumfeld sowie eine gezielte Förderung und stärkere Vernetzung ambulanter und teilstationärer Pflegeangebote begünstigt.

Pflegeheime

- Der Bedarf an Dauerpflegeplätzen (einschließlich eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze) in Baden-Württemberg wird laut der Status-Quo-Berechnung bis zum Jahr 2030 aufgrund der demografischen Entwicklung auf insgesamt voraussichtlich 119.715 Plätze steigen.
- Wird davon ausgegangen, dass die Nutzung ambulanter Pflegeleistungen in den nächsten Jahren zunimmt, ergibt sich nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung ein Bedarf von 109.180 Dauerpflegeplätzen (einschließlich eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze).

Der tatsächliche Zusatzbedarf wird voraussichtlich eher in der Nähe des unteren Werts liegen, da Veränderungen der Nutzerpräferenzen in Richtung ambulante und teilstationäre Pflege zu erwarten sind. Zusätzlich benötigte Plätze sollten nach einer gemeinsamen Bedarfsbewertung in Kommunen mit bisher unterdurchschnittlicher Versorgung geschaffen werden. Bei der Entwicklung von Konzepten ist zu berücksichtigen, dass der Ausbau von Plätzen auch mit einem entsprechenden Bedarf an Personal verbunden ist. Die Zahl der Plätze in Pflegeheimen muss nicht in dem Ausmaß erhöht werden wie vorausberechnet. Für die Deckung des zukünftigen Bedarfs ist das Zusammenspiel der einzelnen Pflegeleistungen von Bedeutung. Beispielsweise kann durch die Ausweitung von ambulanten Pflegeleistungen in Verbindung mit teilstationären Angeboten der Bedarf an Dauerpflegeplätzen geringer ausfallen als vorausberechnet.

Kurzzeitpflege

Die Berechnung von Orientierungswerten in der Kurzzeitpflege ist mit besonderen methodischen Schwierigkeiten verbunden (siehe Methodik im Anhang). Für die Kurzzeitpflege kann nur der maximale Bedarf bis zum Jahr 2030 vorausberechnet werden:

- Bis zum Jahr 2030 werden nach der Status-Quo-Berechnung 3.685 ausschließlich für die Kurzzeitpflege vorgehaltene Plätze benötigt.

- Nach der Variante werden 3.778 solitäre und ganzjährig vorgehaltene Kurzzeitpflegeplätze gebraucht.

Die Kurzzeitpflege leistet einen wesentlichen Beitrag, um pflegende Angehörige zu entlasten und die häusliche Pflege zu stärken. Eingestreuete Kurzzeitpflegeplätze stehen kurzfristig meist jedoch nicht zur Verfügung. Deshalb werden insbesondere Plätze benötigt, die ausschließlich für die Kurzzeitpflege vorgehalten werden. Die Kurzzeitpflege gewinnt auch als sogenannte Übergangspflege für Menschen ohne Pflegegrad an Bedeutung. Personen, die aus dem Krankenhaus entlassen werden, haben teilweise einen zeitlich begrenzten, aber hohen Pflegebedarf. Häufig sind sie nach der Entlassung aus der Klinik aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen noch nicht in der Lage, an einer Rehabilitationsmaßnahme teilzunehmen oder ihren Alltag zu Hause zu bewältigen. Durch Übergangspflege kann der Zeitraum bis zum Beginn einer Rehabilitationsmaßnahme oder bis zur selbstständigen Versorgung zu Hause überbrückt werden. Diese Plätze können in der Vorausrechnung nicht bestimmt werden und sind daher in den oben berechneten Bedarfen nicht enthalten.

Als Beitrag zur Verbesserung der Versorgungsstruktur und der Datengrundlage in der Kurzzeitpflege hat der KVJS das IGES Institut in Berlin mit der Untersuchung der Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg beauftragt. Das Ziel des Forschungsvorhabens des KVJS ist es

- valide Daten für die Planungen in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg bereitzustellen
- anhand von regionalen Analysen Anregungen und Empfehlungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege in Baden-Württemberg zu geben
- Alternativen zur vollstationären Kurzzeitpflege und innovative Modelle zu entwickeln
- sowie Anregungen für zukünftige Modellprojekte oder Erprobungen zum Ausbau von Kurzzeitpflege zu geben.

Es werden unterschiedliche Perspektiven – zum Beispiel Kommunen, Leistungserbringer, Leistungsträger

und Betroffene – in die Untersuchung einbezogen. Erste Zwischenergebnisse werden im Oktober 2021 erwartet. Der Endbericht wird voraussichtlich Ende Oktober 2022 vorliegen.

Tagespflege

Für die Tagespflege ergibt sich folgender Mindestbedarf:

- Die Status-Quo-Berechnung kommt für das Jahr 2030 in Baden-Württemberg auf einen Orientierungswert von 13.294 Tagespflegeplätzen.
- Nach der Variante erhöht sich der Bedarf an Tagespflegeplätzen im Jahr 2030 in Baden-Württemberg auf voraussichtlich 13.635 Plätze.

Hierbei wurde die Annahme getroffen, dass pflegebedürftige Menschen im Jahr 2030 die Tagespflege so in Anspruch nehmen wie im Jahr 2021. Gelingt es jedoch, das Angebot wohnortnah und abgestimmt auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen und pflegender Angehöriger auszubauen, würden im Jahr 2030 deutlich mehr pflegebedürftige Menschen ein Tagespflegeangebot nutzen als heute (Höchstbedarf). Demnach würden

- nach der Status-Quo-Berechnung im Jahr 2030 38.777 Tagespflegeplätze in Baden-Württemberg benötigt.
- Nach der Variante erhöht sich der errechnete Bedarf für das Jahr 2030 auf 39.753 Tagespflegeplätze.

In den letzten Jahren hat die Inanspruchnahme von Tagespflege deutlich zugenommen. 2001 haben nur und 1.700 Personen in Baden-Württemberg ein Tagespflegeangebot genutzt. 2019 lag die Zahl der Tagespflegenutzer bei knapp 15.000. Die Leistungsausweitungen durch die Pflegestärkungsgesetze haben ebenfalls dazu beigetragen, dass mehr Menschen ein Tagespflegeangebot nutzen und sich die Anzahl der Tagespflegeplätze in Baden-Württemberg stark erhöht hat. Es ist davon auszugehen, dass sich in den einzelnen Stadt- und Landkreisen eine ähnliche Entwicklung vollzogen hat. Sowohl die Pflegestatistik, die alle zwei Jahre erhoben wird, als auch die Statistik über die Leistungen aus der Pflegeversicherung

des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg verdeutlichen eine kontinuierliche Zunahme der Inanspruchnahme von Tagespflege. Allerdings ist derzeit noch nicht abschätzbar, welche Folgen die geplante Pflegereform der Bundesregierung hat. Diese sieht unter anderem eine Reduzierung der Leistungen der Tagespflege bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von ambulanten Pflegesachleistungen vor. Dadurch könnte sich die in den letzten Jahren deutliche Zunahme an Tagespflegenutzung wieder abschwächen.

Der Mindestbedarf markiert dennoch eine eher weniger wahrscheinliche Entwicklung. Sie beinhaltet die Annahme, dass der Anteil der Pflegebedürftigen, die ein Tagespflegeangebot in Anspruch nehmen, bis zum Jahr 2030 gleichbleibt. Dies hat sich in den letzten Jahren durch eine kontinuierliche Zunahme der Inanspruchnahme von Tagespflege jedoch nicht bestätigt. Der voraussichtliche Bedarf an Tagespflegeplätzen wird deshalb vermutlich innerhalb des berechneten Korridors liegen.

Für eine vertiefende Bestandsbewertung und Bedarfseinschätzung ist zudem eine qualitative einrichtungs- und sozialraumbezogene Analyse erforderlich. Denn letztlich sind nur Tagespflegeplätze, die sowohl von der baulichen Gestaltung als auch von der Qualität der Konzeption die Betreuung und Versorgung unterschiedlicher Gruppen pflegebedürftiger Menschen leisten können, zur Deckung des künftigen Tagespflegebedarfs geeignet. Auch die Flexibilität der Angebote, zum Beispiel im Hinblick

auf Öffnungszeiten und Öffnungstage, spielt eine wichtige Rolle für die Deckung der Bedarfe pflegender Angehöriger. Außerdem sollten auch die Auslastungsquoten der bestehenden Einrichtungen näher betrachtet werden.

Des Weiteren sind bei der Bewertung des Bestands auch niedrigschwellige oder ambulante Betreuungsangebote im Sozialraum zu berücksichtigen. Für Gemeinden und Städte ohne Tagespflegeangebot könnten zum Beispiel in Kooperation mit Einrichtungen und Diensten vor Ort Lösungen gefunden werden. Zur Klärung dieser Punkte bedarf es einer Analyse der Strukturen und Angebote in den einzelnen Kommunen.

Angebote zur Unterstützung im Alltag

Die Zahl der Menschen, die den Entlastungsbetrag nach § 45b SGB XI für Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 45a SGB XI nutzen, wird sich der Vorausschätzung zufolge von rund 24.400 im Jahr 2019 auf knapp 27.800 Personen im Jahr 2030 erhöhen.

Gesamtbedarf an Pflegeleistungen in Baden-Württemberg

Folgende Tabellen stellen den zukünftigen Bedarf an allen Pflegeleistungen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung dar:

Tabelle 1: Orientierungswerte für Pflegeleistungen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung

Orientierungswerte für das Jahr 2030: Status-Quo-Berechnung					
Stadt-/Landkreis	ambulante Leistungen	stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)	Pflegegeld	Pflegegrad 1: Entlastungsbetrag	Summe
Stadtkreis Stuttgart	4.655	5.680	11.710	1.390	23.435
Landkreis Böblingen	3.812	3.826	10.097	895	18.630
Landkreis Esslingen	5.518	5.347	13.291	1.269	25.424
Landkreis Göppingen	3.481	2.849	7.384	590	14.305
Landkreis Ludwigsburg	5.564	5.351	13.242	1.492	25.649
Landkreis Rems-Murr-Kreis	4.539	4.841	11.470	1.180	22.030
Stadtkreis Heilbronn	1.437	1.801	3.657	328	7.224
Landkreis Heilbronn	3.646	3.825	9.374	865	17.710
Landkreis Hohenlohekreis	1.378	1.505	3.385	244	6.511
Landkreis Schwäbisch Hall	3.116	2.234	5.346	450	11.146
Landkreis Main-Tauber-Kreis	1.526	1.993	4.464	324	8.307
Landkreis Heidenheim	1.111	1.524	3.711	488	6.834
Landkreis Ostalbkreis	2.562	3.626	8.181	807	15.176
Stadtkreis Baden-Baden	802	758	1.542	138	3.240
Stadtkreis Karlsruhe	2.389	3.129	6.935	821	13.273
Landkreis Karlsruhe	4.703	5.025	13.730	1.112	24.569
Landkreis Rastatt	2.231	2.352	7.779	572	12.933
Stadtkreis Heidelberg	1.001	1.377	3.204	255	5.837
Stadtkreis Mannheim	3.292	3.481	9.714	838	17.326
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis	2.781	2.099	5.629	402	10.911
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	6.684	6.040	18.414	1.435	32.573
Stadtkreis Pforzheim	1.158	1.828	4.682	372	8.040
Landkreis Calw	2.044	2.195	5.067	378	9.685
Landkreis Enzkreis	3.594	2.237	6.136	473	12.441
Landkreis Freudenstadt	1.259	1.604	3.536	347	6.746
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1.908	2.414	4.421	509	9.252
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.331	2.485	6.572	699	12.086
Landkreis Emmendingen	2.027	1.852	4.459	437	8.775
Landkreis Ortenaukreis	4.786	5.258	11.371	1.126	22.541
Landkreis Rottweil	1.351	1.689	4.535	338	7.913
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.480	2.591	5.873	540	11.484
Landkreis Tuttlingen	969	1.409	4.050	365	6.793
Landkreis Konstanz	2.476	3.289	7.704	791	14.261
Landkreis Lörrach	2.310	2.320	5.769	791	11.190
Landkreis Waldshut	810	1.897	4.608	403	7.719
Landkreis Reutlingen	2.796	2.885	8.162	721	14.564
Landkreis Tübingen	1.518	1.874	5.876	408	9.677
Landkreis Zollernalbkreis	1.896	1.877	6.315	451	10.538
Stadtkreis Ulm	1.116	1.351	3.263	297	6.027
Landkreis Alb-Donau-Kreis	2.072	1.972	5.458	360	9.863
Landkreis Biberach	1.423	1.946	5.671	452	9.492
Landkreis Bodenseekreis	2.187	2.069	5.466	542	10.263
Landkreis Ravensburg	3.431	2.849	7.480	644	14.405
Landkreis Sigmaringen	1.437	1.162	4.050	427	7.076
Baden-Württemberg	113.609	119.715	302.780	27.767	563.872

Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Berechnungen: KVJS. Vergleiche Methodik Seite 60 ff.

Tabelle 2: Orientierungswerte für Pflegeleistungen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für das Jahr 2030: Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung					
Stadt-/Landkreis	ambulante Leistungen	stationäre Pflege (Dauer- und Kurzzeitpflege)	Pflegegeld	Pflegegrad 1: Entlastungsbetrag	Summe
Stadtkreis Stuttgart	4.483	5.852	11.710	1.390	23.435
Landkreis Böblingen	4.143	3.494	10.097	895	18.630
Landkreis Esslingen	6.141	4.723	13.291	1.269	25.424
Landkreis Göppingen	3.880	2.450	7.384	590	14.305
Landkreis Ludwigsburg	5.919	4.996	13.242	1.492	25.649
Landkreis Rems-Murr-Kreis	4.868	4.512	11.470	1.180	22.030
Stadtkreis Heilbronn	1.715	1.523	3.657	328	7.224
Landkreis Heilbronn	4.146	3.326	9.374	865	17.710
Landkreis Hohenlohekreis	1.617	1.266	3.385	244	6.511
Landkreis Schwäbisch Hall	3.472	1.878	5.346	450	11.146
Landkreis Main-Tauber-Kreis	1.769	1.750	4.464	324	8.307
Landkreis Heidenheim	1.236	1.399	3.711	488	6.834
Landkreis Ostalbkreis	2.920	3.267	8.181	807	15.176
Stadtkreis Baden-Baden	916	644	1.542	138	3.240
Stadtkreis Karlsruhe	2.797	2.721	6.935	821	13.273
Landkreis Karlsruhe	5.308	4.419	13.730	1.112	24.569
Landkreis Rastatt	2.263	2.320	7.779	572	12.933
Stadtkreis Heidelberg	1.204	1.174	3.204	255	5.837
Stadtkreis Mannheim	3.799	2.974	9.714	838	17.326
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis	2.832	2.048	5.629	402	10.911
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	7.454	5.270	18.414	1.435	32.573
Stadtkreis Pforzheim	1.350	1.636	4.682	372	8.040
Landkreis Calw	2.015	2.224	5.067	378	9.685
Landkreis Enzkreis	3.420	2.411	6.136	473	12.441
Landkreis Freudenstadt	1.513	1.351	3.536	347	6.746
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1.875	2.447	4.421	509	9.252
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.698	2.117	6.572	699	12.086
Landkreis Emmendingen	1.890	1.988	4.459	437	8.775
Landkreis Ortenaukreis	5.108	4.936	11.371	1.126	22.541
Landkreis Rottweil	1.577	1.463	4.535	338	7.913
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.831	2.239	5.873	540	11.484
Landkreis Tuttlingen	986	1.393	4.050	365	6.793
Landkreis Konstanz	2.728	3.038	7.704	791	14.261
Landkreis Lörrach	2.667	1.963	5.769	791	11.190
Landkreis Waldshut	1.057	1.650	4.608	403	7.719
Landkreis Reutlingen	2.946	2.735	8.162	721	14.564
Landkreis Tübingen	1.748	1.644	5.876	408	9.677
Landkreis Zollernalbkreis	2.118	1.655	6.315	451	10.538
Stadtkreis Ulm	1.266	1.201	3.263	297	6.027
Landkreis Alb-Donau-Kreis	2.165	1.880	5.458	360	9.863
Landkreis Biberach	1.662	1.707	5.671	452	9.492
Landkreis Bodenseekreis	2.454	1.802	5.466	542	10.263
Landkreis Ravensburg	3.703	2.577	7.480	644	14.405
Landkreis Sigmaringen	1.483	1.116	4.050	427	7.076
Baden-Württemberg	124.143	109.180	302.780	27.767	563.871*

* Abweichungen sind rundungsbedingt

Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Berechnungen: KVJS.

Vergleiche Methodik Seite 62.

Möglichkeiten und Grenzen der Vorausrechnung

Bei der Interpretation der Ergebnisse der Bedarfsvorausrechnung ist zu berücksichtigen, dass eine exakte Vorhersage der künftigen Entwicklung nicht möglich ist. Eine Vorausrechnung zeigt eine mögliche, unter gegebenen Voraussetzungen und Annahmen wahrscheinliche Entwicklung auf. Deutliche Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung oder Veränderungen der Pflegequoten, weil zum Beispiel durch Änderungen in der Pflegeversicherung mehr Menschen Leistungen erhalten, könnten zu veränderten Ergebnissen führen. Außerdem lässt sich langfristig noch nicht vorhersagen, wie sich das Nachfrageverhalten der Pflegebedürftigen nach bestimmten pflegerischen Angeboten durch die Pflegestärkungsgesetze entwickelt. Seit 2015 zeigen sich durch die Leistungsausweitungen deutliche Zuwächse bei der Zahl pflegebedürftiger Menschen und weitere Verschiebungen in Richtung ambulante und häusliche Pflege.

Die Ergebnisse der Vorausrechnung für das Jahr 2030 sind daher als Orientierungswerte und Diskussionsgrundlage zu verstehen. Sie bilden einen Korridor, innerhalb dessen sich die tatsächliche Entwicklung voraussichtlich abspielen wird. Die Orientierungswerte können eine regelmäßige Beobachtung der tatsächlichen Entwicklung nicht ersetzen. Gegebenenfalls müssen die Annahmen und die sich daraus ergebenden Bedarfsaussagen im Zeitverlauf angepasst werden. Außerdem können sie nicht losgelöst von den Strukturen vor Ort betrachtet werden. Bei der Bewertung der Orientierungswerte ist daher immer das vorhandene Angebot – gegebenenfalls auch das Angebot in den angrenzenden Nachbarkommunen zu berücksichtigen – und entsprechend in die Planung einzubeziehen. Aussagen über eine künftige Auslastung oder Wirtschaftlichkeit von Pflegeheimen oder ambulanten Diensten sind mit der Vorausrechnung nicht verbunden.

Der KVJS wird die Vorausrechnung von Orientierungswerten fortsetzen und aktualisieren, sobald neuere Daten veröffentlicht werden.

3. Entwicklungen in Baden-Württemberg und in den einzelnen Stadt- und Landkreisen

Baden-Württemberg

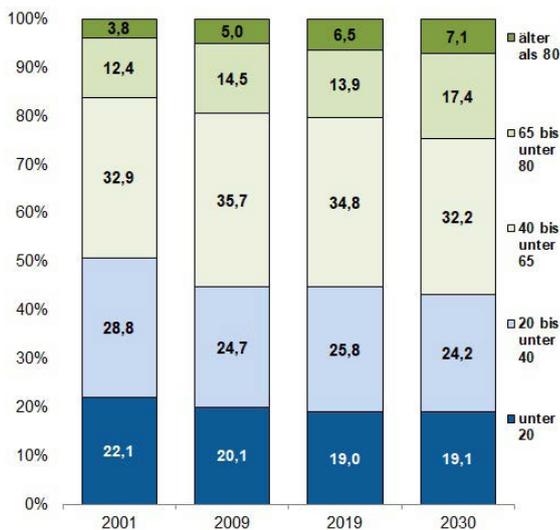


Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

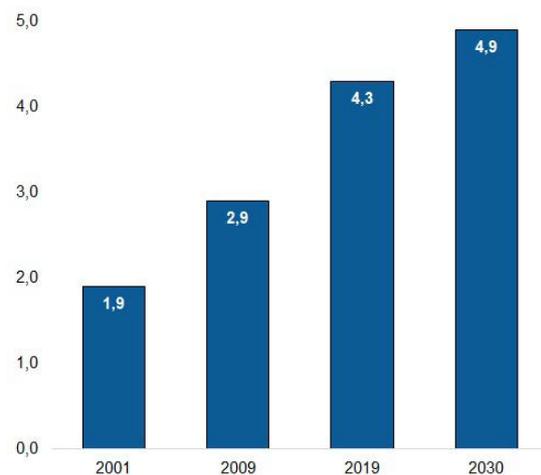
Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	113.609	124.143
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	119.715	109.180
Pflegegeld	302.780	302.780
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	27.767	27.767
Gesamtzahl Pflegeleistungen	563.871	563.870
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	3.685	3.778
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	13.294
	Höchstbedarf	38.777

Abweichungen sind rundungsbedingt

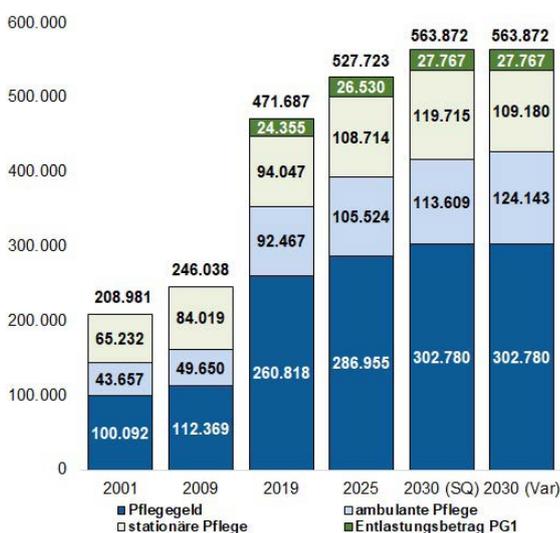
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



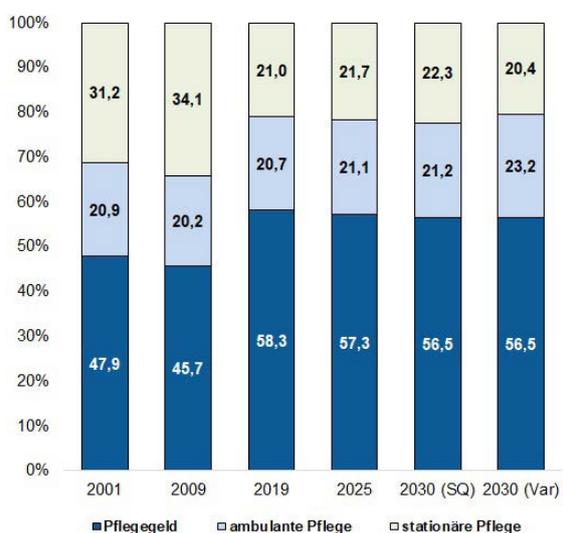
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

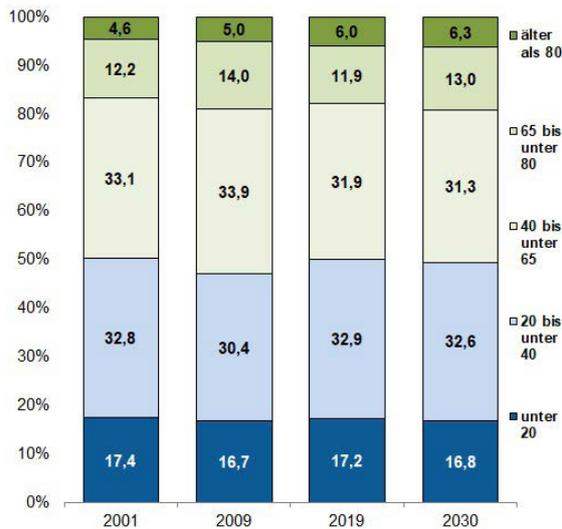
Stadt Stuttgart



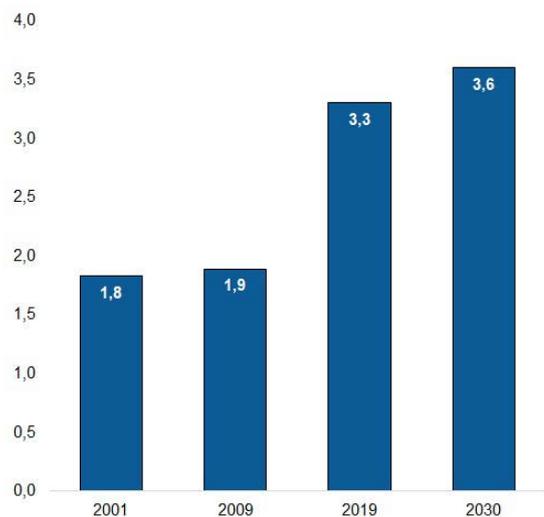
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	4.655	4.483
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	5.680	5.852
Pflegegeld	11.710	11.710
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	1.390	1.390
Gesamtzahl Pflegeleistungen	23.435	23.435
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	145	143
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	513
	Höchstbedarf	1.515

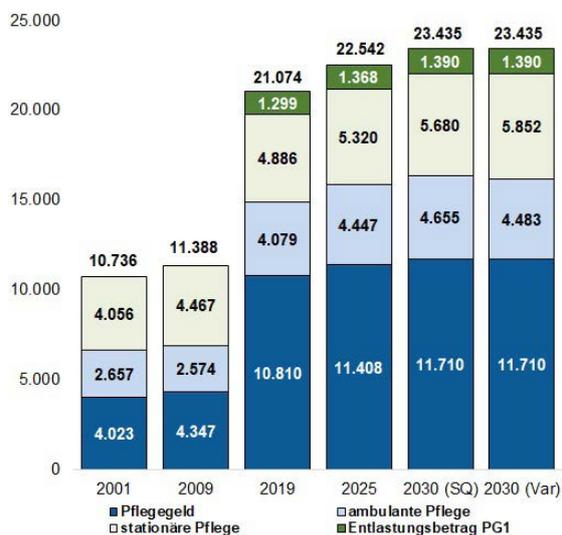
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



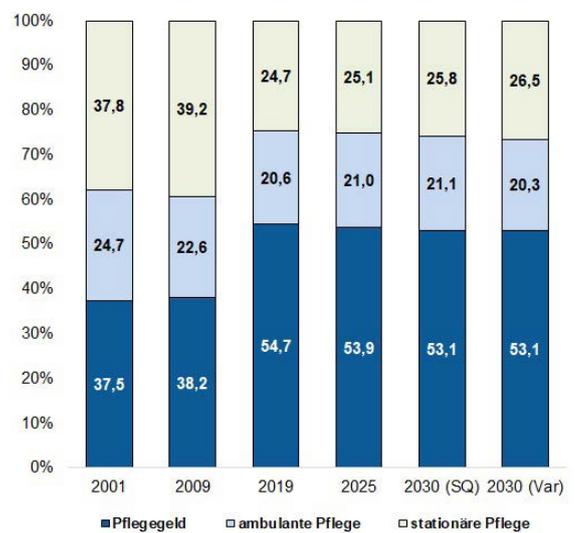
Pflegequote 2001–2030



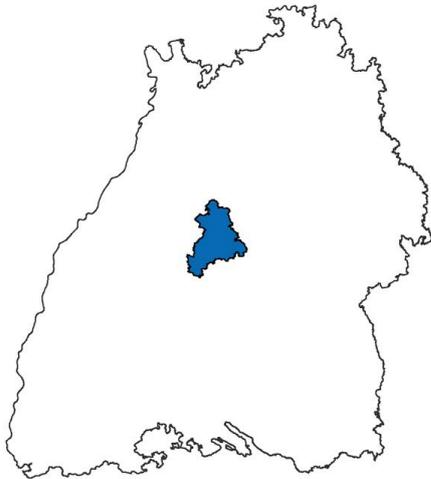
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



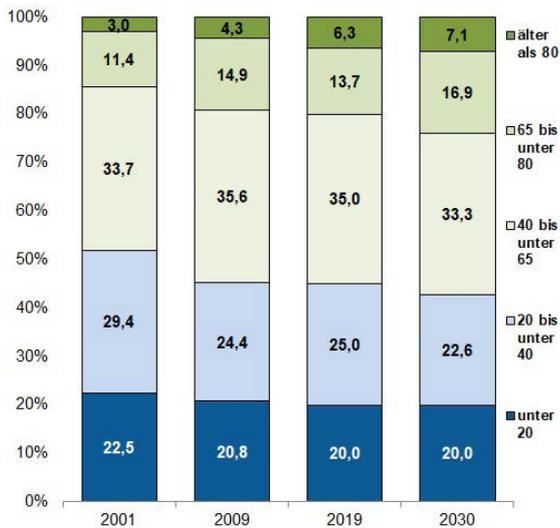
Landkreis Böblingen



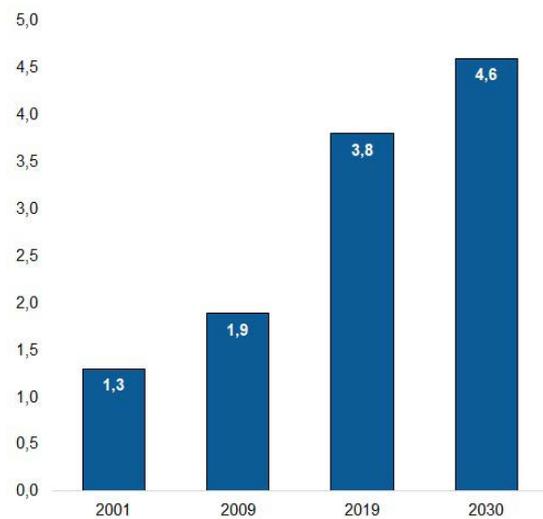
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	3.812	4.143
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	3.826	3.494
Pflegegeld	10.097	10.097
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	895	895
Gesamtzahl Pflegeleistungen	18.630	18.630
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	123	126
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	374
	Höchstbedarf	1.225

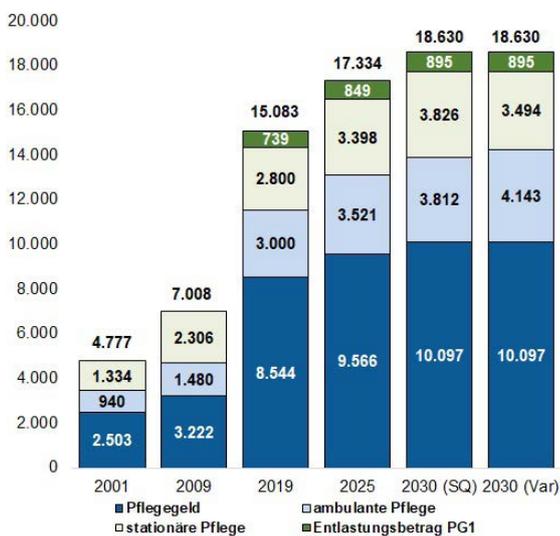
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



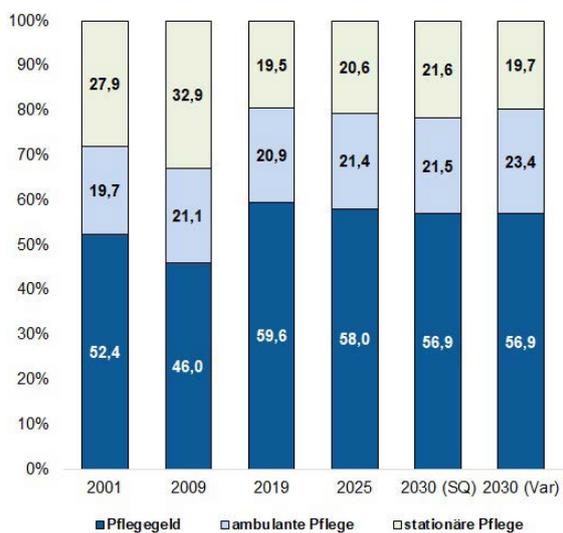
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

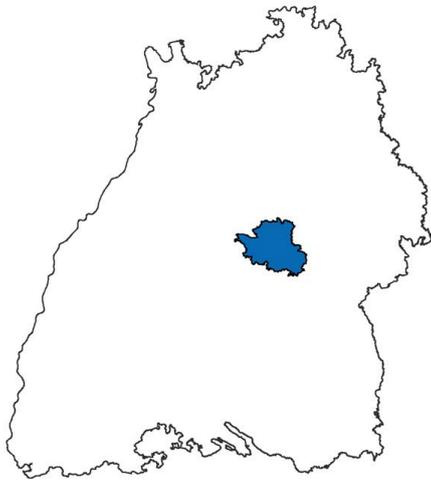


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

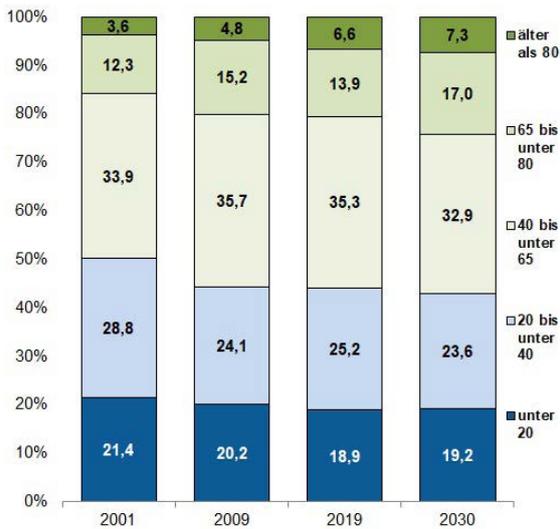
Landkreis Esslingen



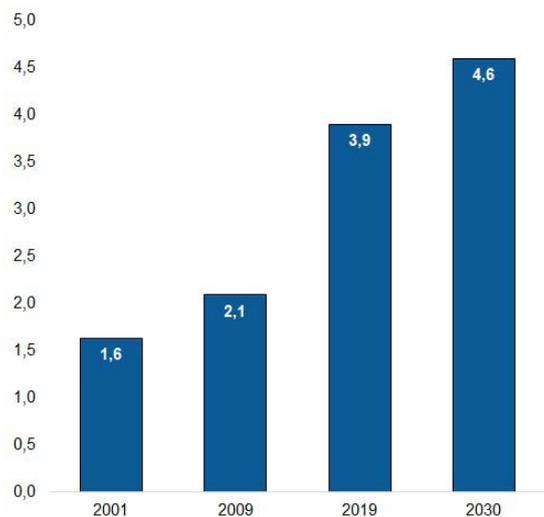
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	5.518	6.141
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	5.347	4.723
Pflegegeld	13.291	13.291
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	1.269	1.269
Gesamtzahl Pflegeleistungen	25.424	25.424
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	166	172
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	464
	Höchstbedarf	1.615

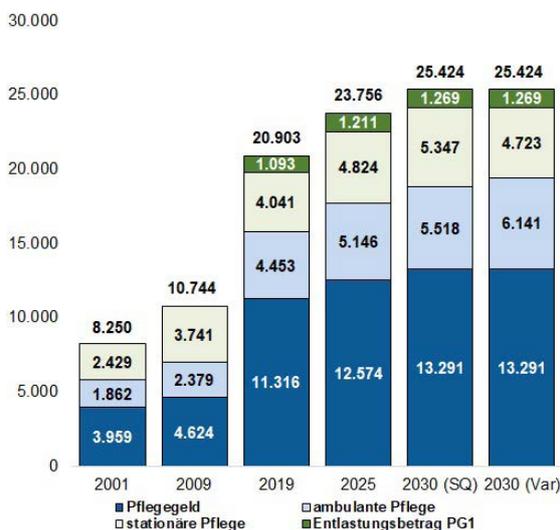
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



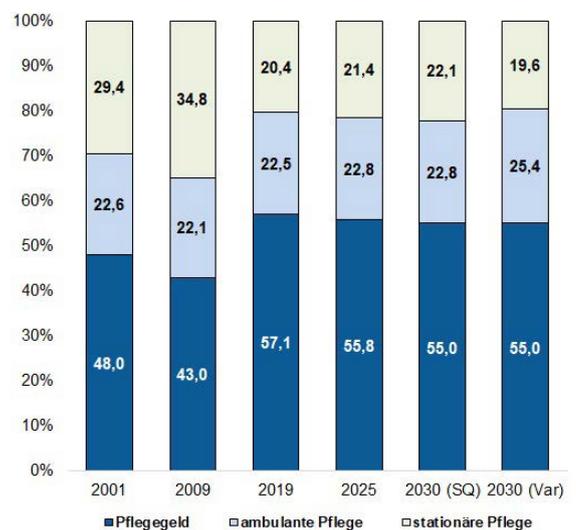
Pflegequote 2001–2030



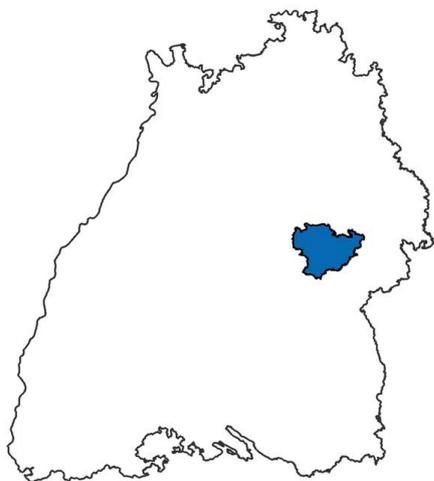
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



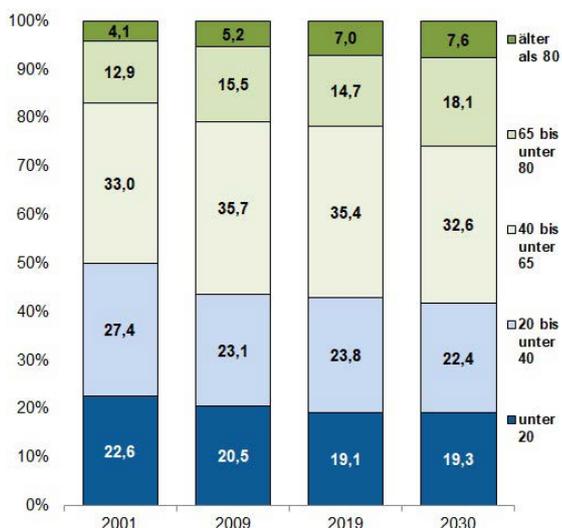
Landkreis Göppingen



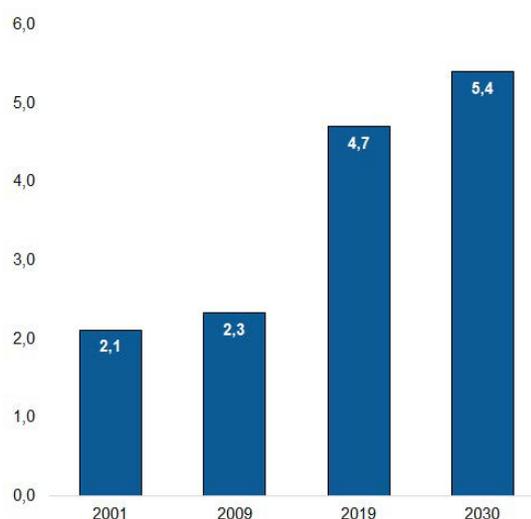
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	3.481	3.880
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreprte Kurzzeitpflege)	2.849	2.450
Pflegegeld	7.384	7.384
Pflegegrad 1 mit Entlastungs-betrag	590	590
Gesamtzahl Pflegeleistungen	14.305	14.305
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	96	100
Tagespflege-plätze	Mindestbedarf	374
	Höchstbedarf	1.039

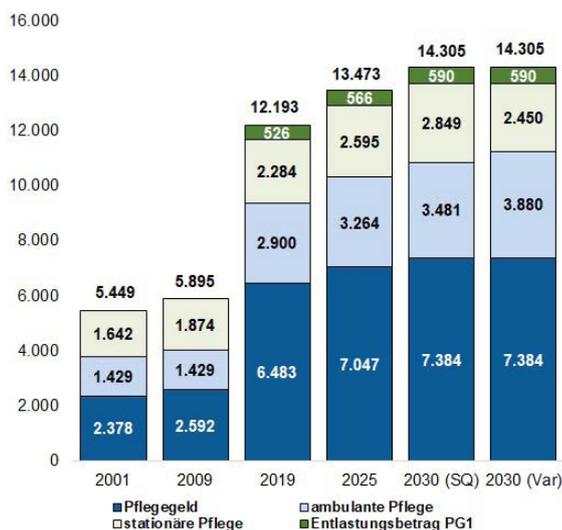
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



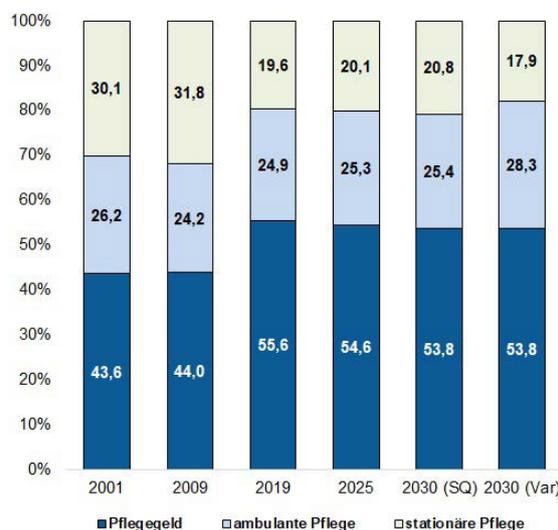
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

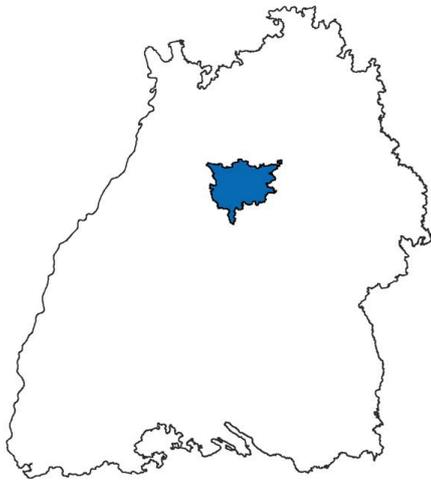


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

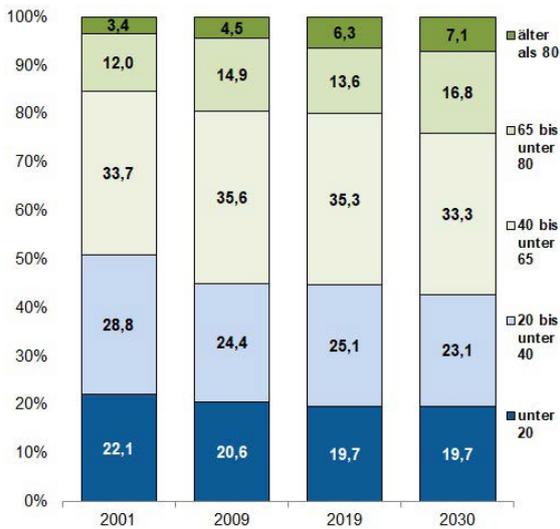
Landkreis Ludwigsburg



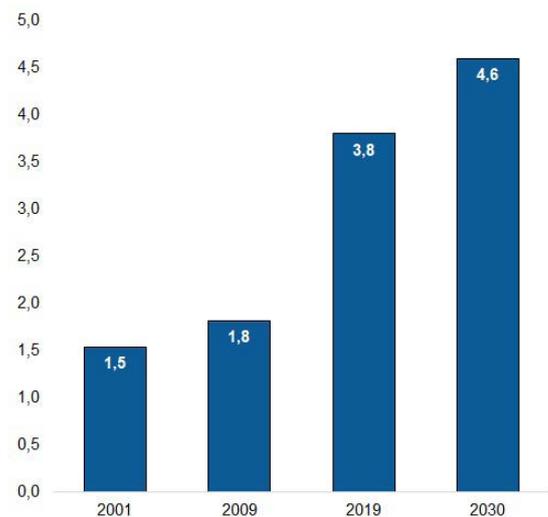
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	5.564	5.919
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	5.351	4.996
Pflegegeld	13.242	13.242
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	1.492	1.492
Gesamtzahl Pflegeleistungen	25.649	25.649
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	166	170
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	464
	Höchstbedarf	1.615

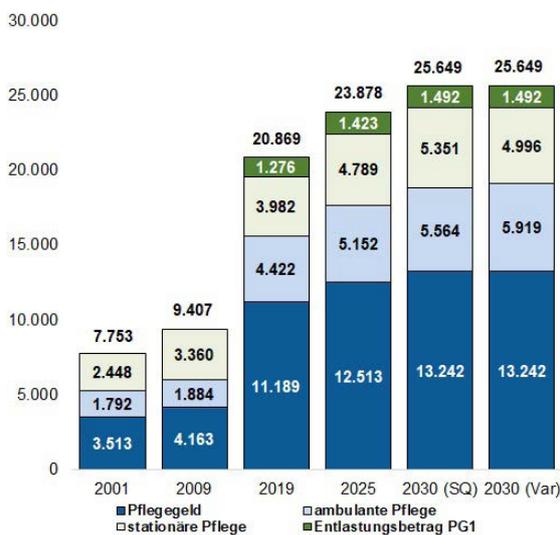
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



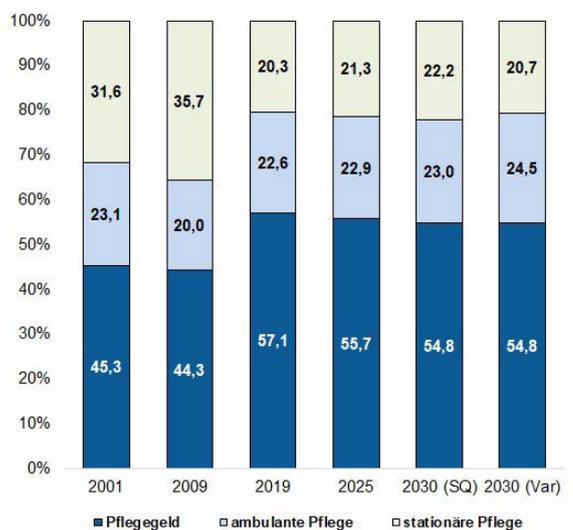
Pflegequote 2001–2030



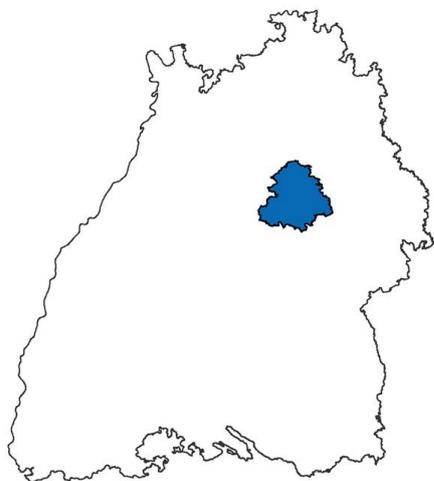
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



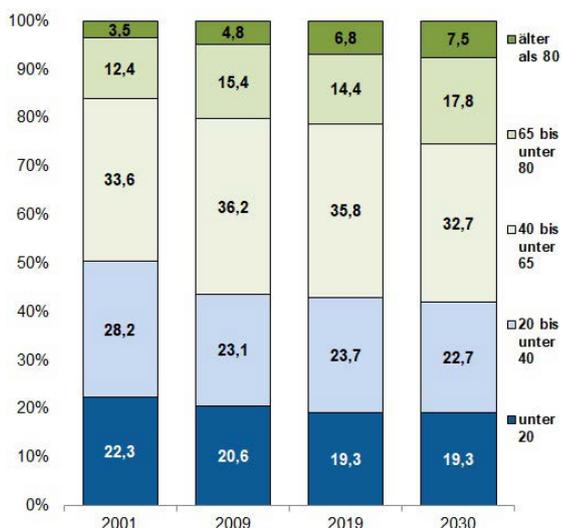
Rems-Murr-Kreis



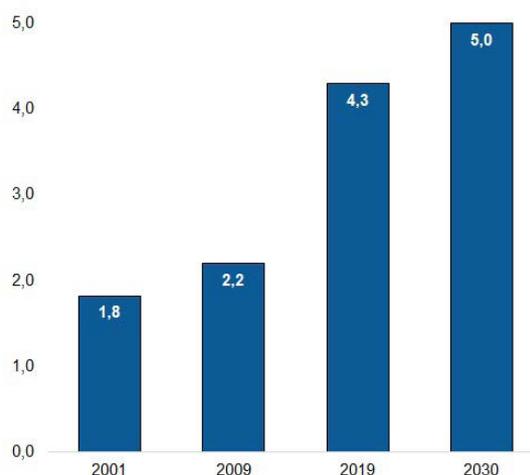
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	4.539	4.868
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	4.841	4.512
Pflegegeld	11.470	11.470
Pflegegrad 1 mit Entlastungs-betrag	1.180	1.180
Gesamtzahl Pflegeleistungen	22.030	22.030
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	142	145
Tagespflege-plätze	Mindestbedarf	359
	Höchstbedarf	1.338

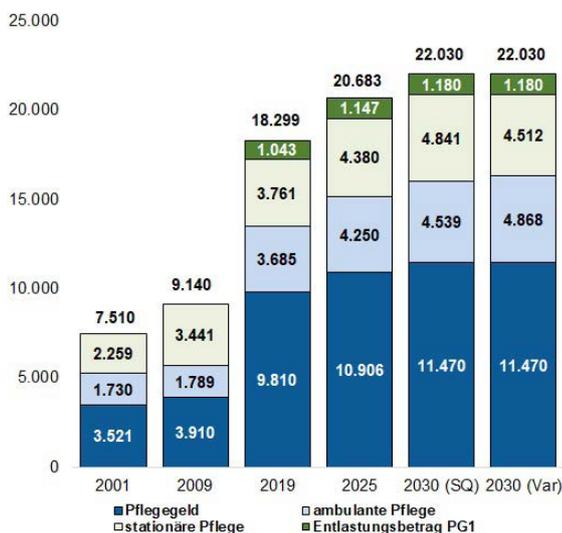
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



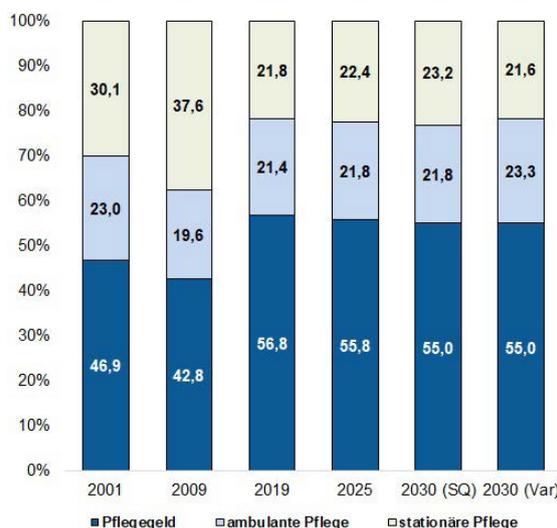
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

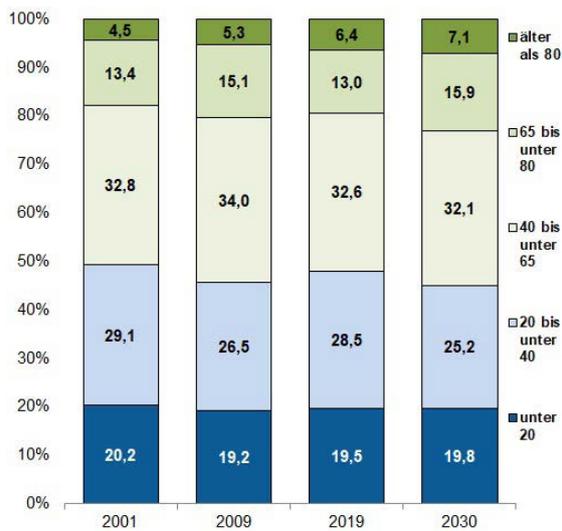
Stadt Heilbronn



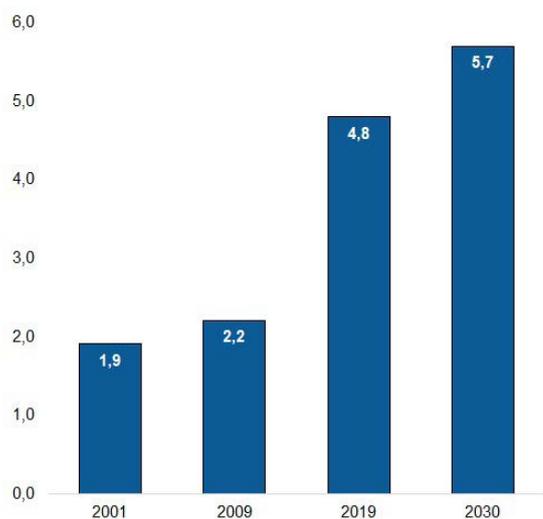
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.437	1.715
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.801	1.523
Pflegegeld	3.657	3.657
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	328	328
Gesamtzahl Pflegeleistungen	7.224	7.224
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	45	48
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	92
	Höchstbedarf	404

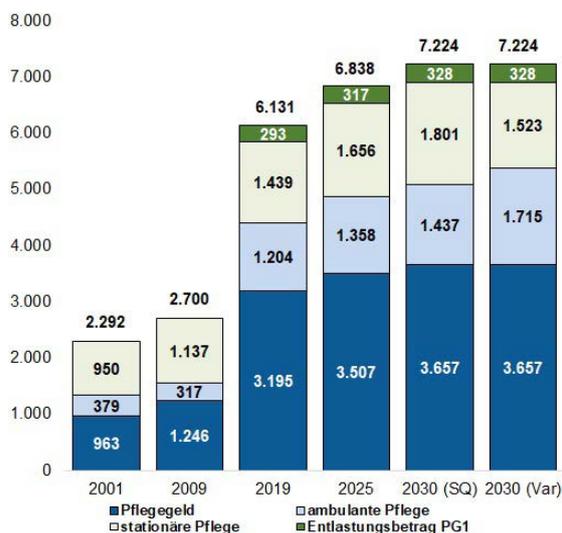
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



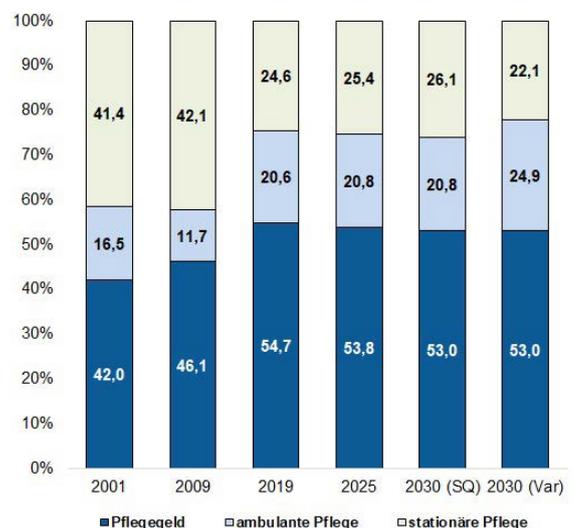
Pflegequote 2001–2030



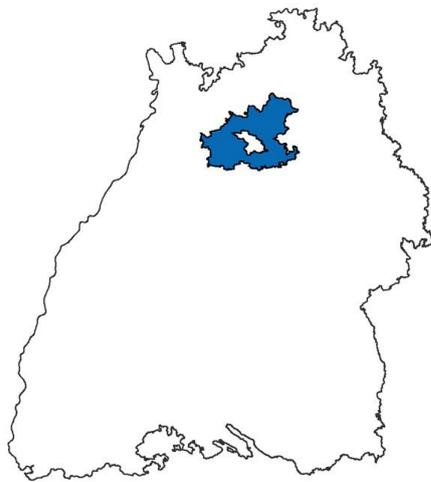
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



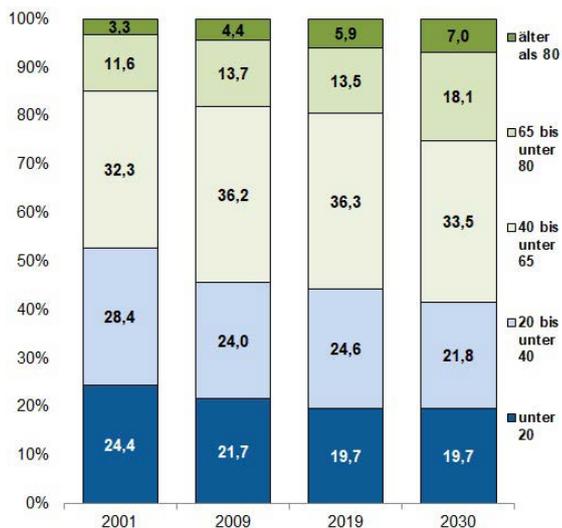
Landkreis Heilbronn



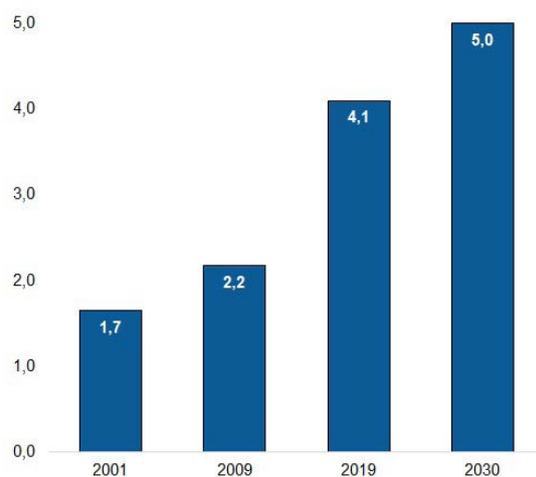
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	3.646	4.146
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	3.825	3.326
Pflegegeld	9.374	9.374
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	865	865
Gesamtzahl Pflegeleistungen	17.710	17.710
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	115	120
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	385
	Höchstbedarf	1.182

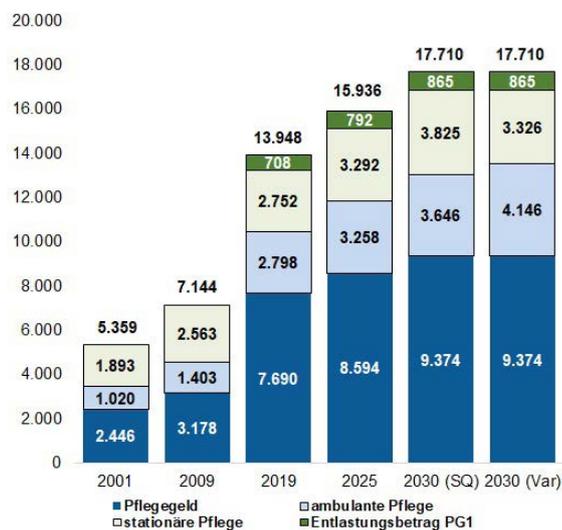
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



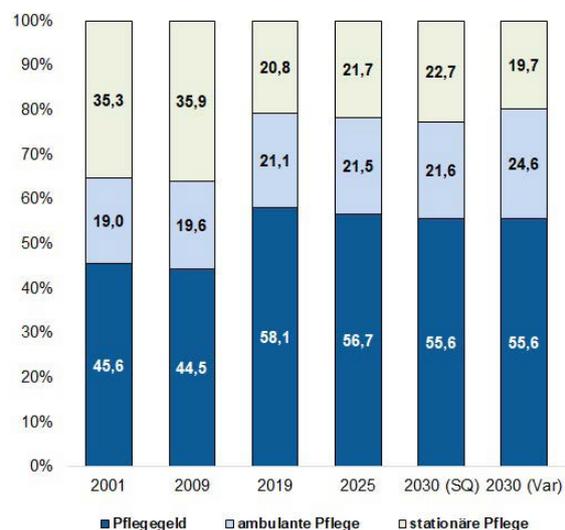
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

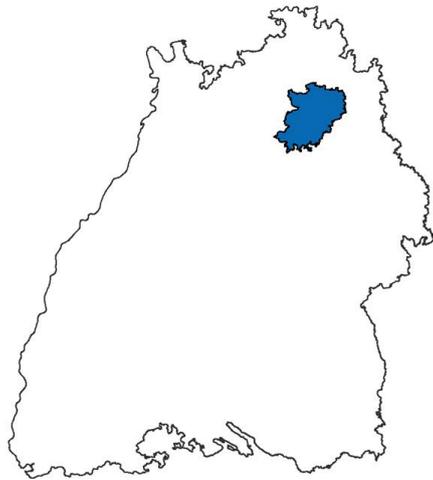


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

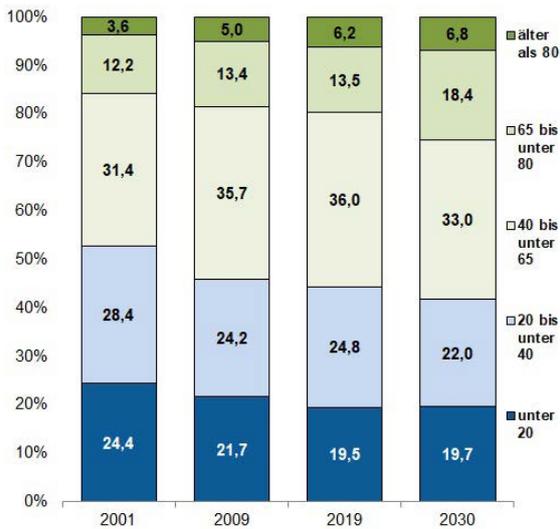
Hohenlohekreis



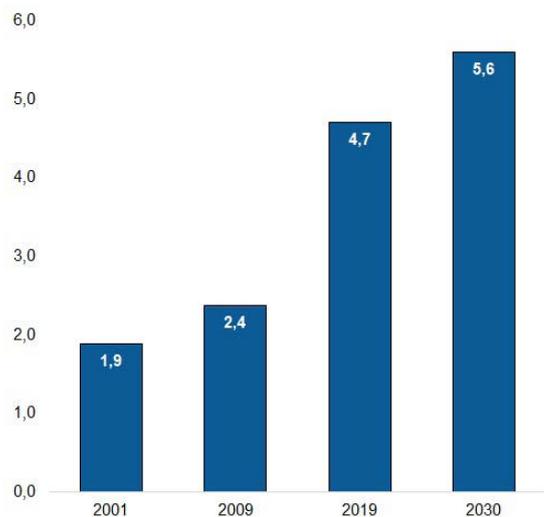
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.378	1.617
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.505	1.266
Pflegegeld	3.385	3.385
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	244	244
Gesamtzahl Pflegeleistungen	6.511	6.511
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	42	44
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	150
	Höchstbedarf	441

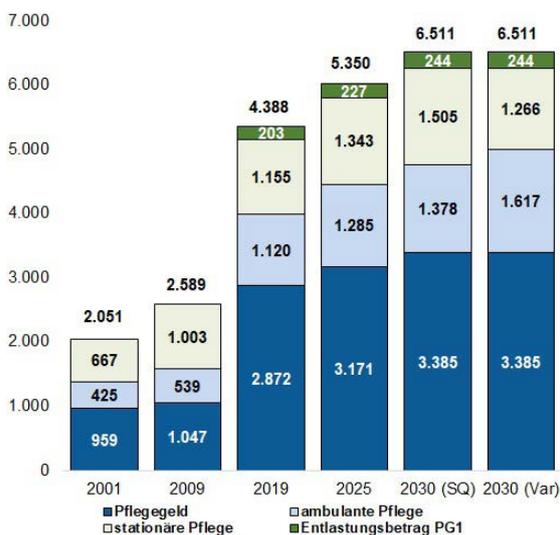
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



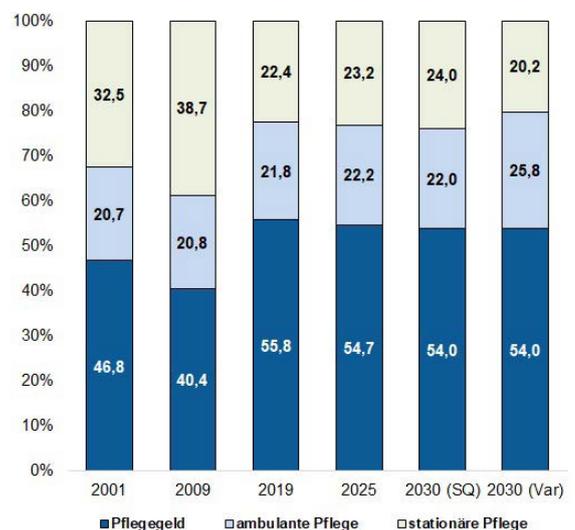
Pflegequote 2001–2030



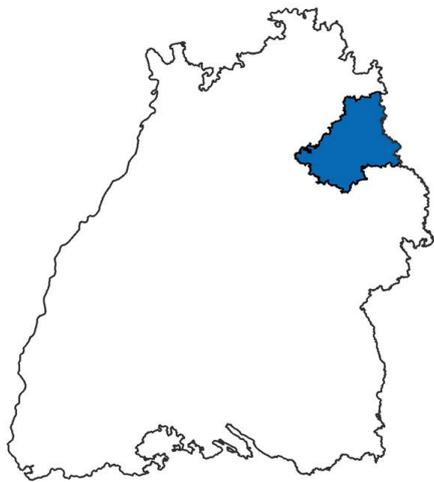
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



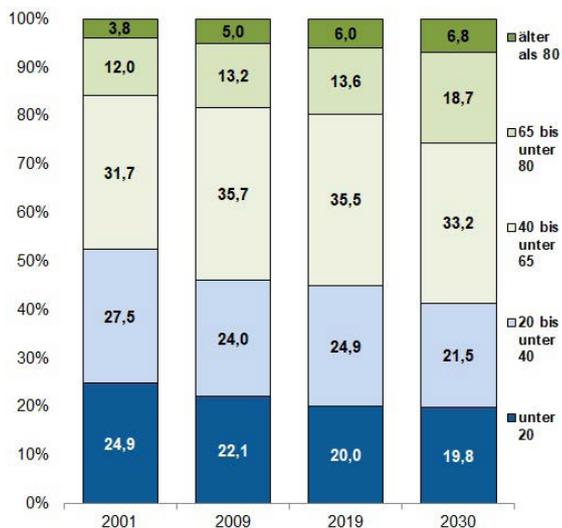
Landkreis Schwäbisch Hall



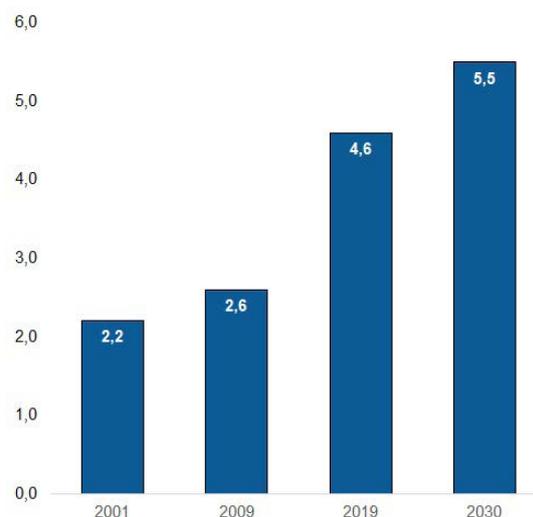
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	3.116	3.472
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.234	1.878
Pflegegeld	5.346	5.346
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	450	450
Gesamtzahl Pflegeleistungen	11.146	11.146
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	75	78
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	212
	Höchstbedarf	730

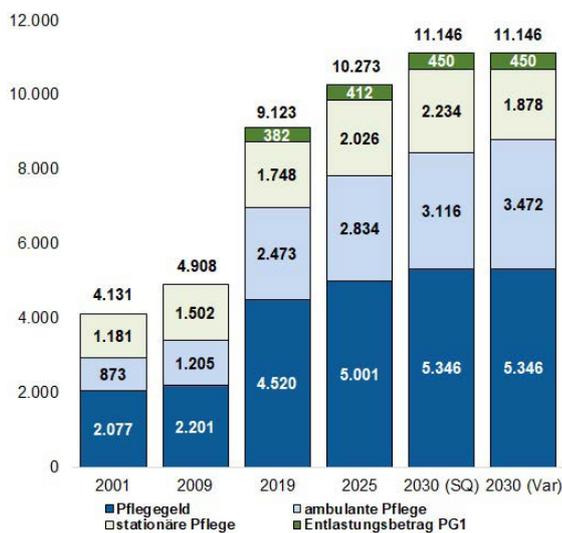
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



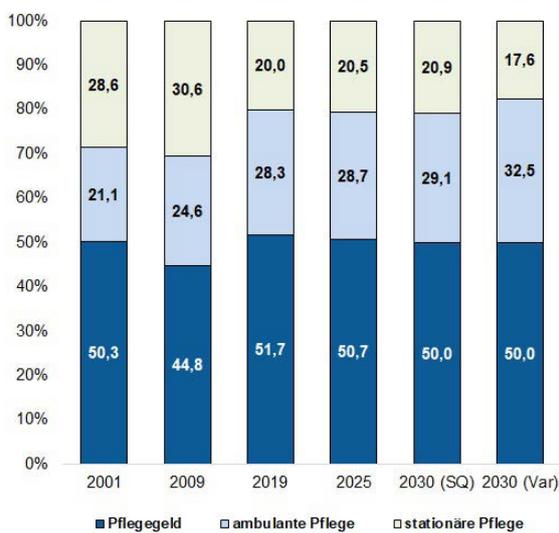
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

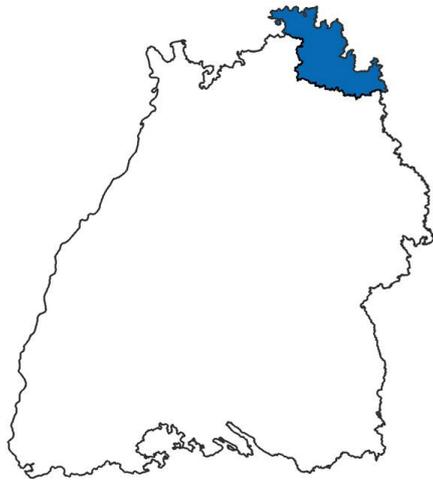


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

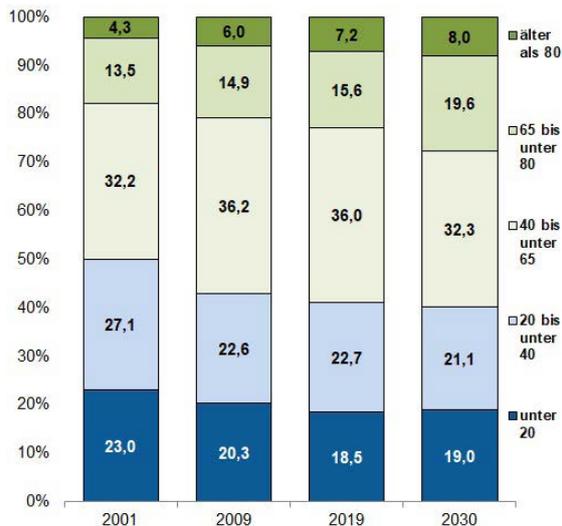
Main-Tauber-Kreis



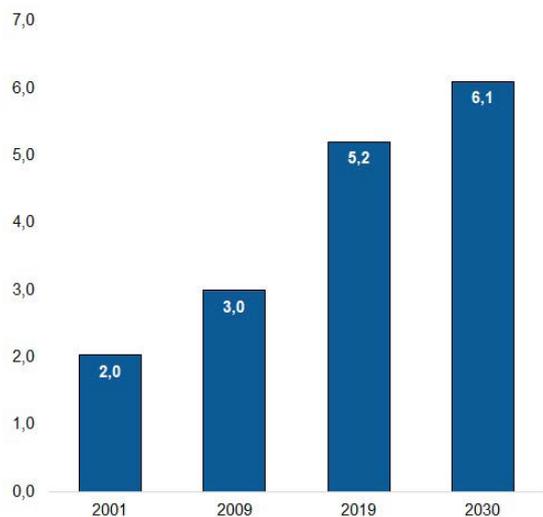
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.526	1.769
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.993	1.750
Pflegegeld	4.464	4.464
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	324	324
Gesamtzahl Pflegeleistungen	8.307	8.307
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	53	55
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	230
	Höchstbedarf	596

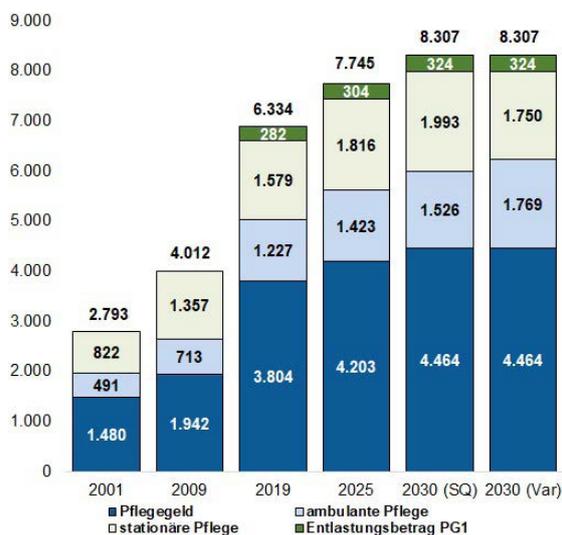
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



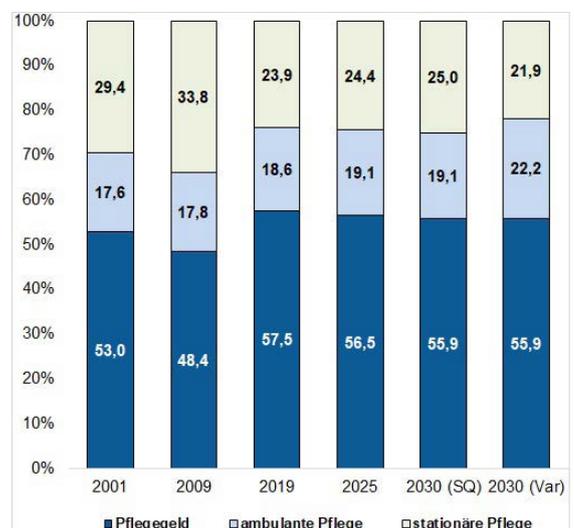
Pflegequote 2001–2030



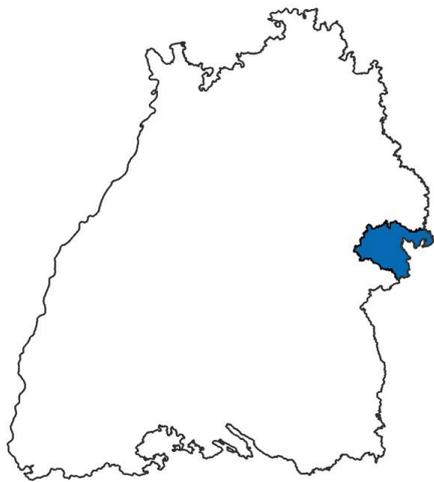
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



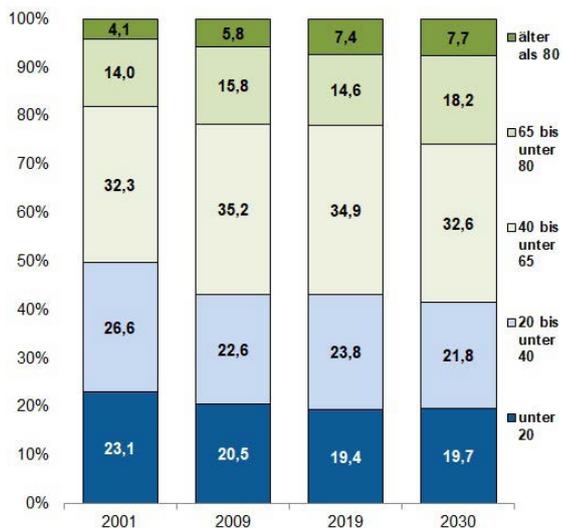
Landkreis Heidenheim



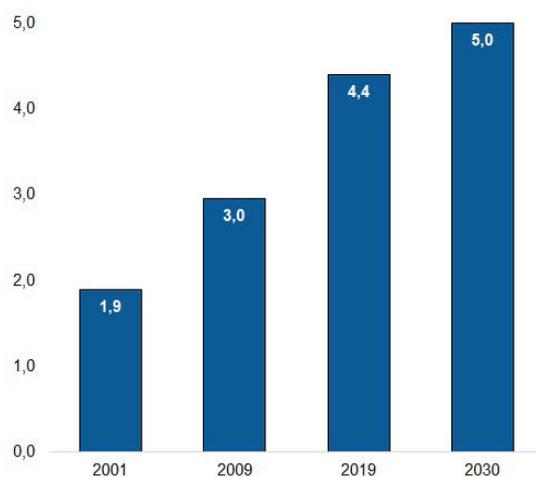
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.111	1.236
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	1.524	1.399
Pflegegeld	3.711	3.711
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	488	488
Gesamtzahl Pflegeleistungen	6.834	6.834
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	43	44
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	199
	Höchstbedarf	494

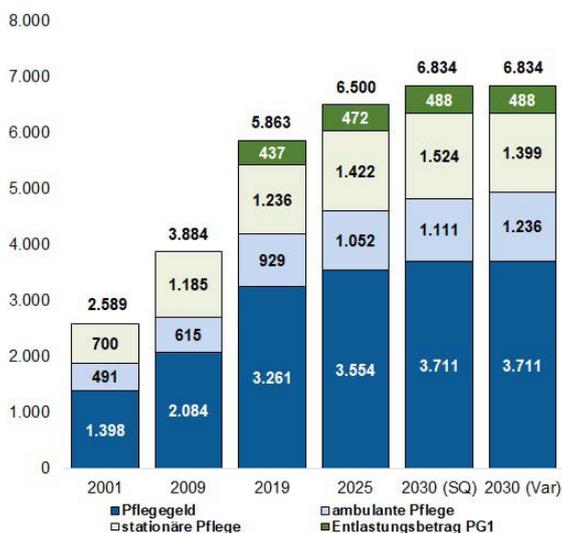
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



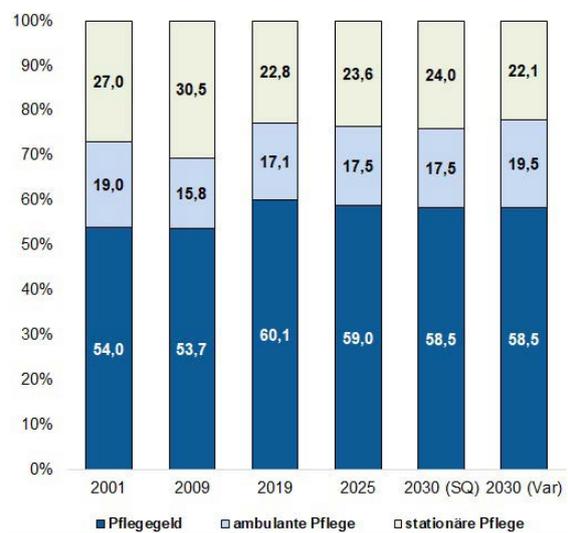
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

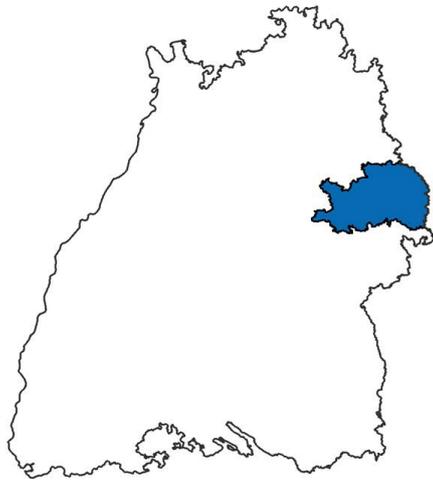


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

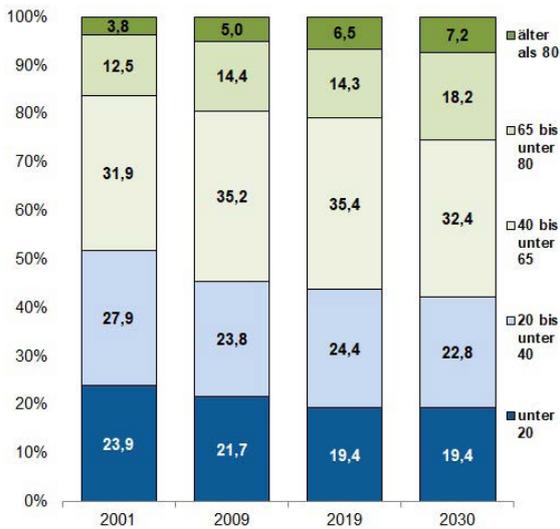
Ostalbkreis



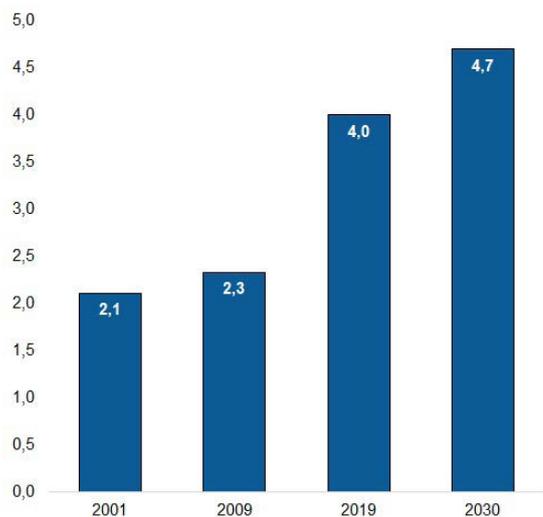
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.562	2.920
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	3.626	3.267
Pflegegeld	8.181	8.181
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	807	807
Gesamtzahl Pflegeleistungen	15.176	15.176
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	95	98
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	298
	Höchstbedarf	955

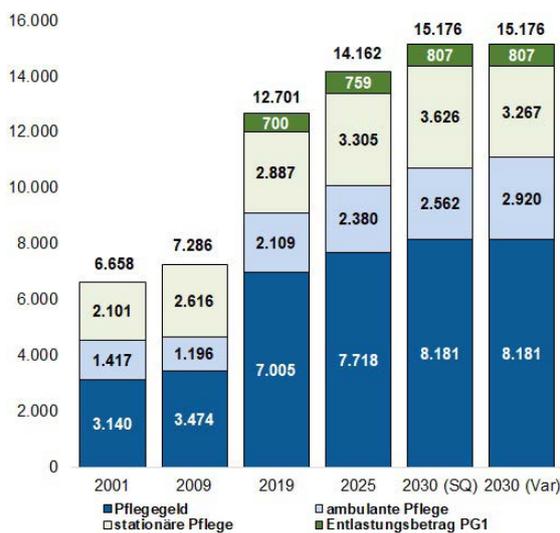
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



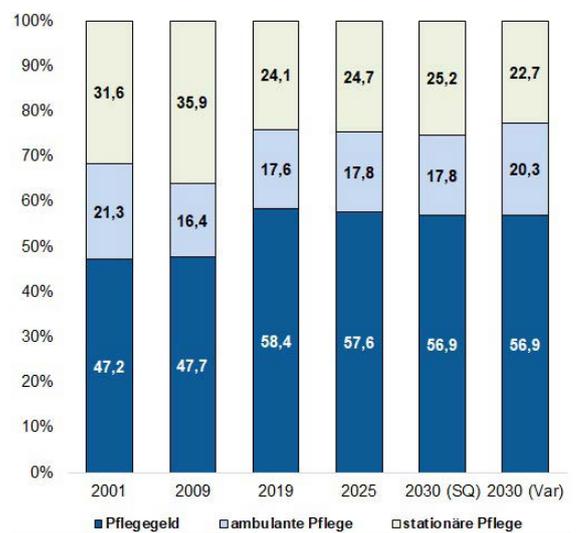
Pflegequote 2001–2030



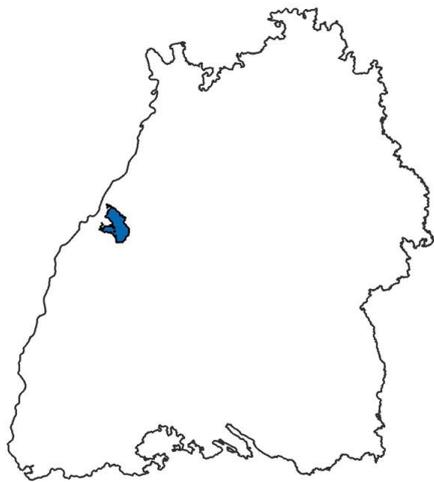
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



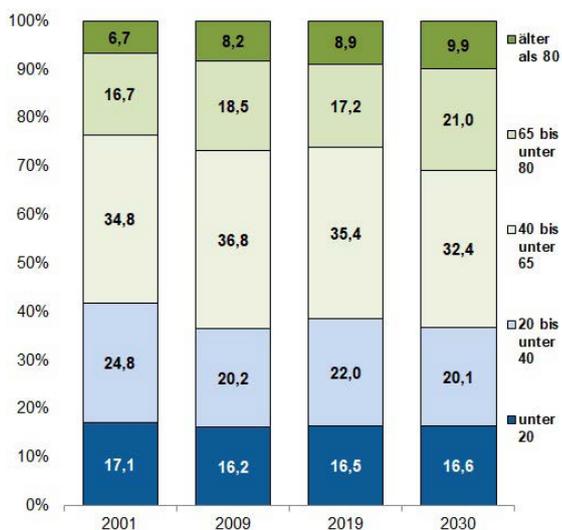
Stadt Baden-Baden



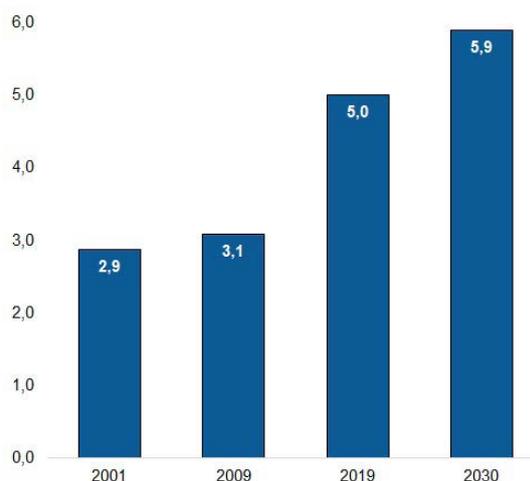
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	802	916
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	758	644
Pflegegeld	1.542	1.542
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	138	138
Gesamtzahl Pflegeleistungen	3.240	3.240
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	21	22
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	161
	Höchstbedarf	304

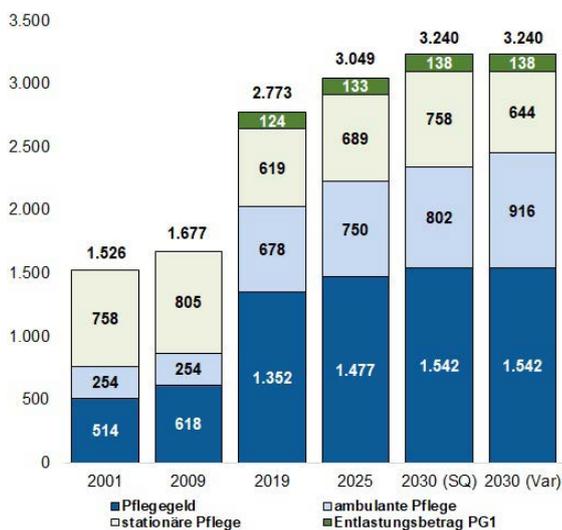
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



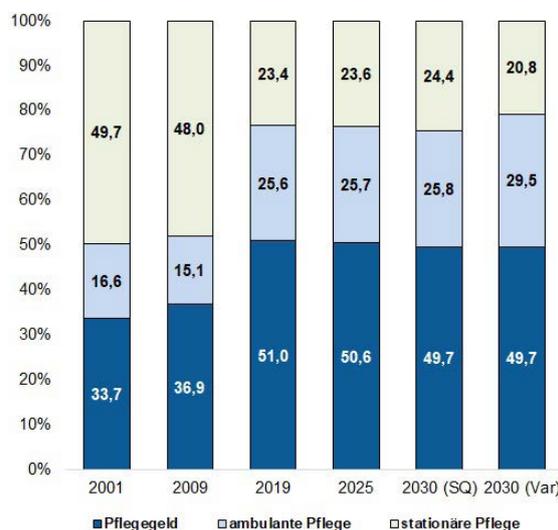
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030**

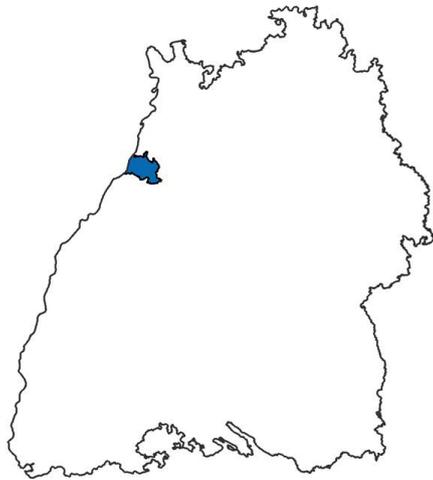


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

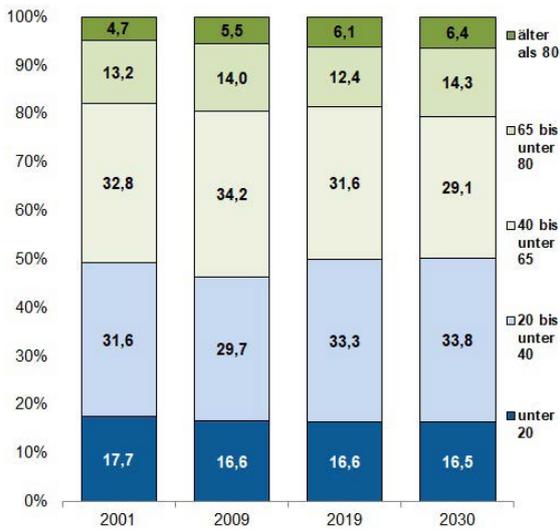
Stadt Karlsruhe



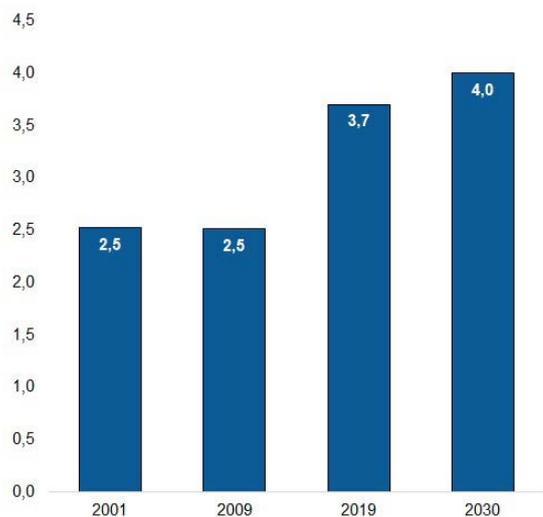
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.389	2.797
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	3.129	2.721
Pflegegeld	6.935	6.935
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	821	821
Gesamtzahl Pflegeleistungen	13.273	13.273
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	83	86
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	242
	Höchstbedarf	813

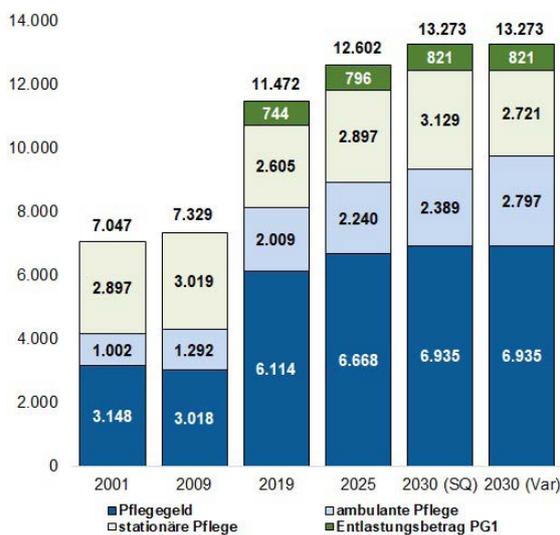
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



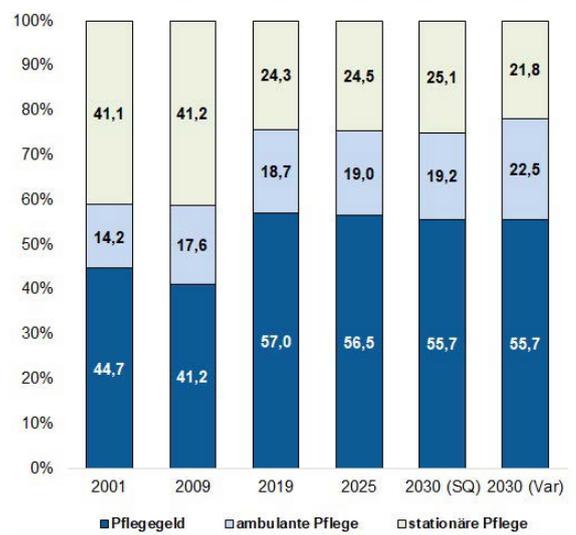
Pflegequote 2001–2030



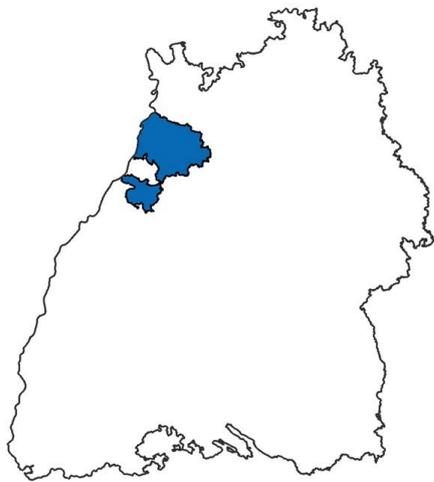
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



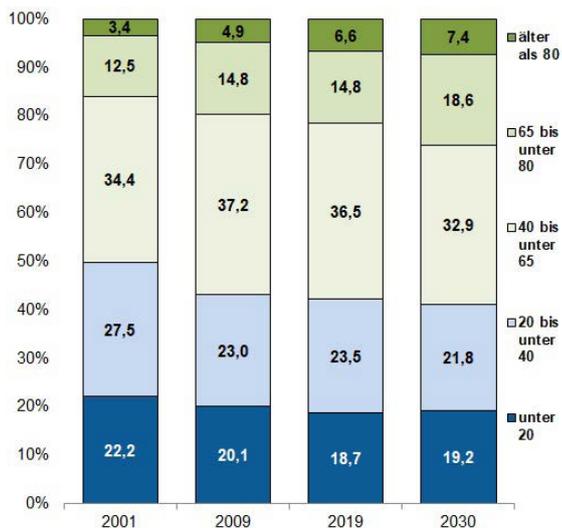
Landkreis Karlsruhe



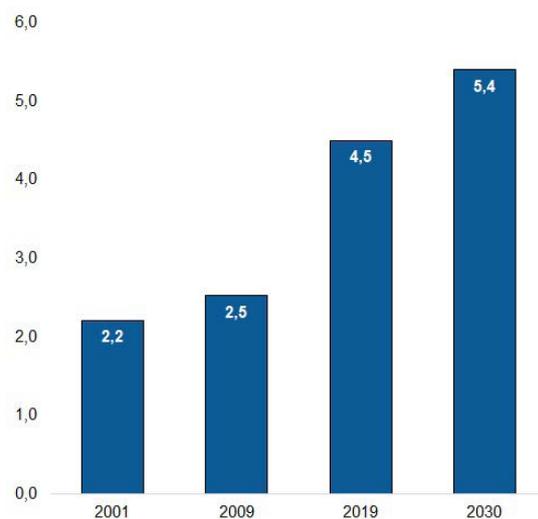
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	4.703	5.308
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	5.025	4.419
Pflegegeld	13.730	13.730
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	1.112	1.112
Gesamtzahl Pflegeleistungen	24.569	24.569
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	163	168
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	742
	Höchstbedarf	1.870

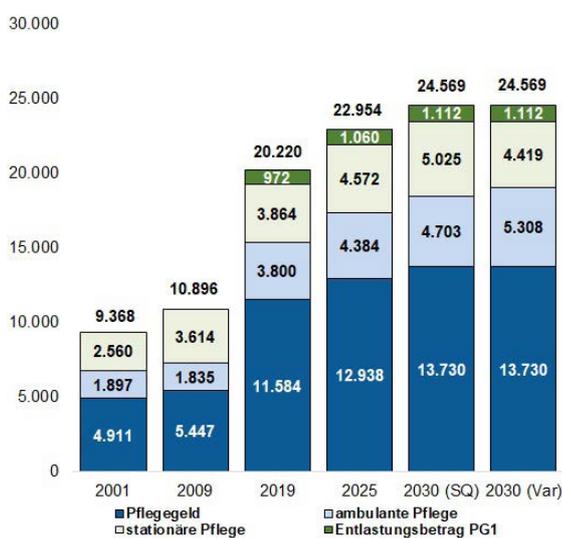
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



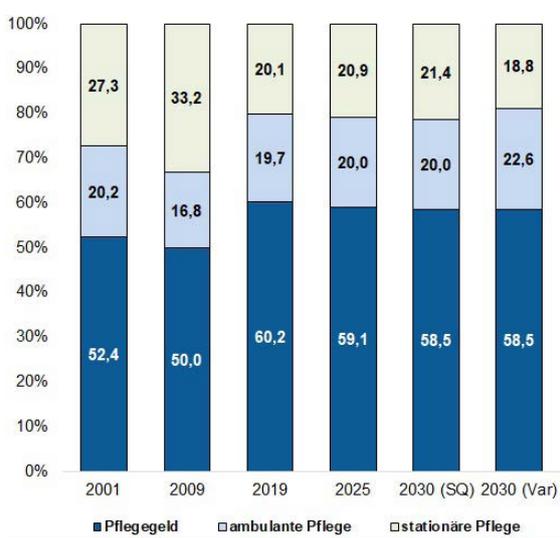
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

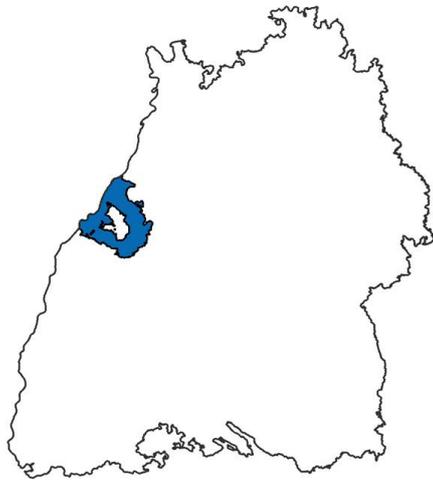


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

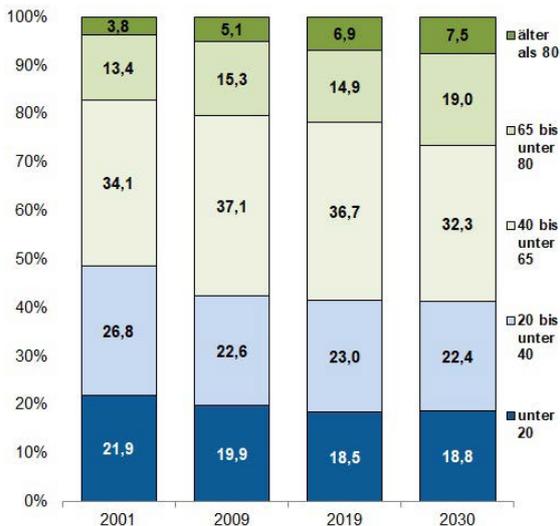
Landkreis Raststatt



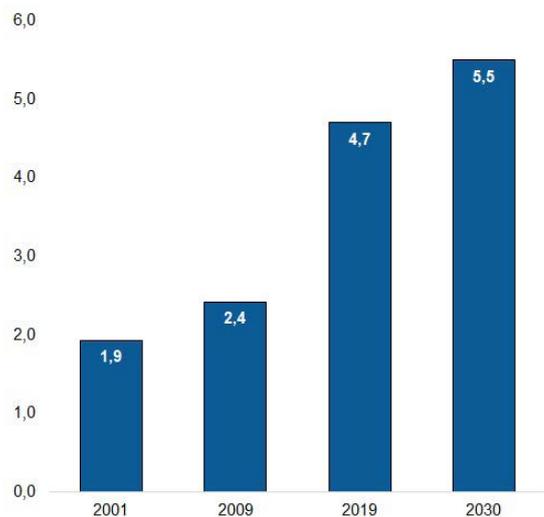
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.231	2.263
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.352	2.320
Pflegegeld	7.779	7.779
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	572	572
Gesamtzahl Pflegeleistungen	12.933	12.933
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	89	89
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	385
	Höchstbedarf	998

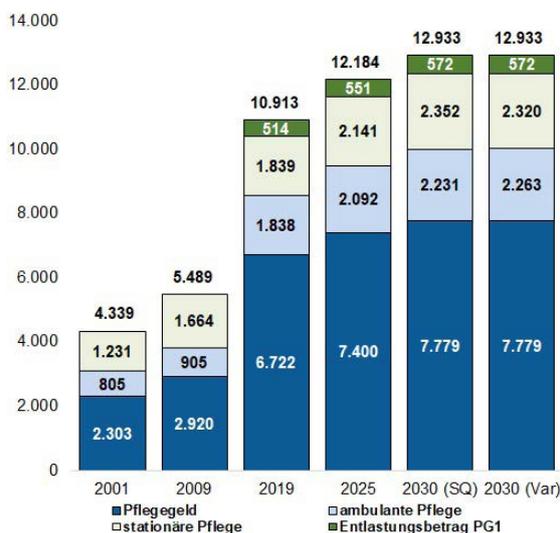
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



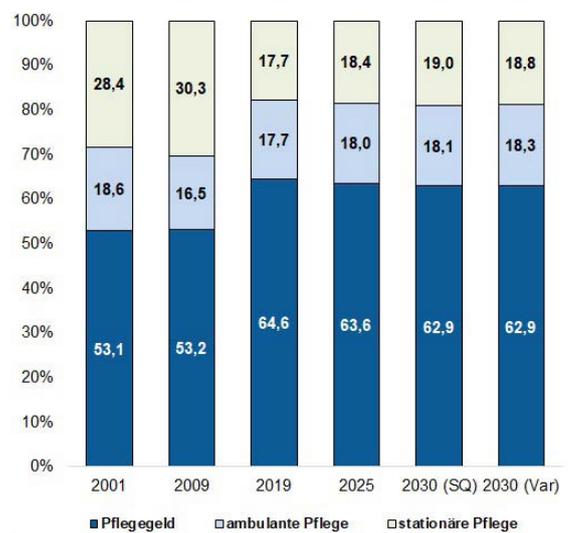
Pflegequote 2001–2030



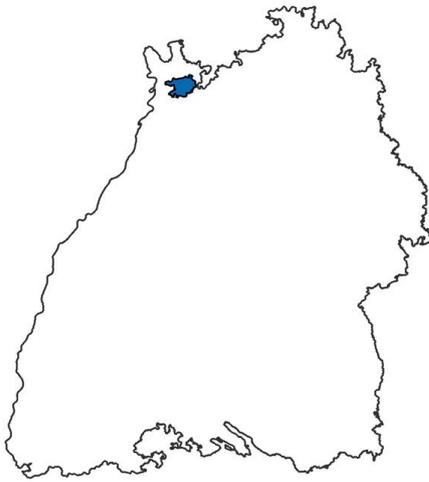
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



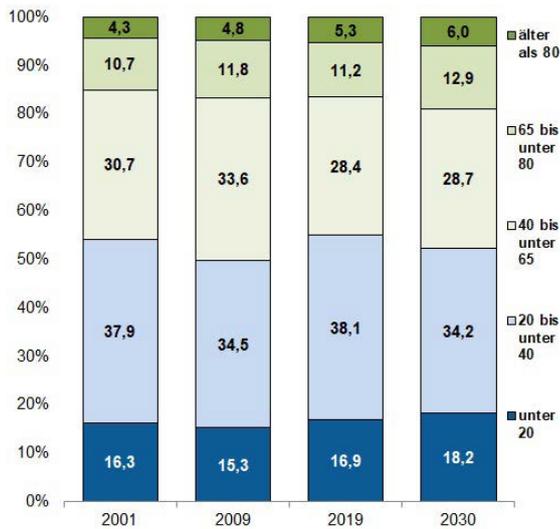
Stadt Heidelberg



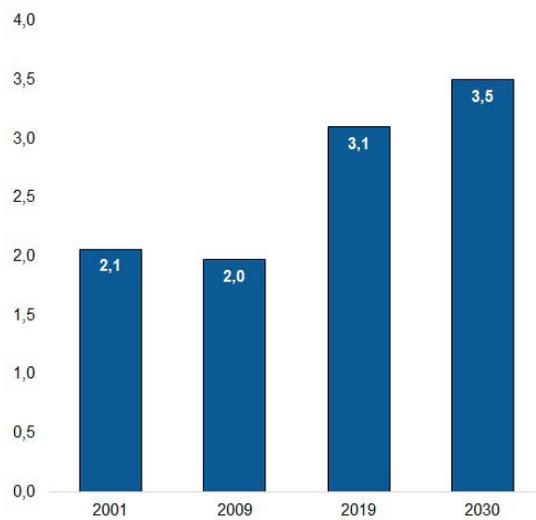
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.001	1.204
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.377	1.174
Pflegegeld	3.204	3.204
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	255	255
Gesamtzahl Pflegeleistungen	5.837	5.837
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	37	39
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	73
	Höchstbedarf	331

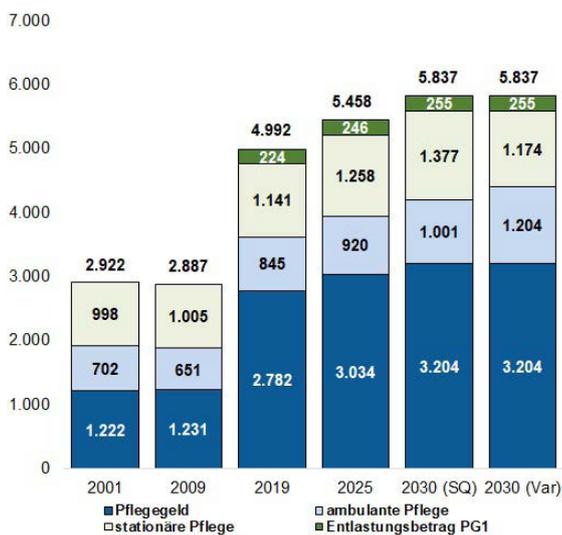
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



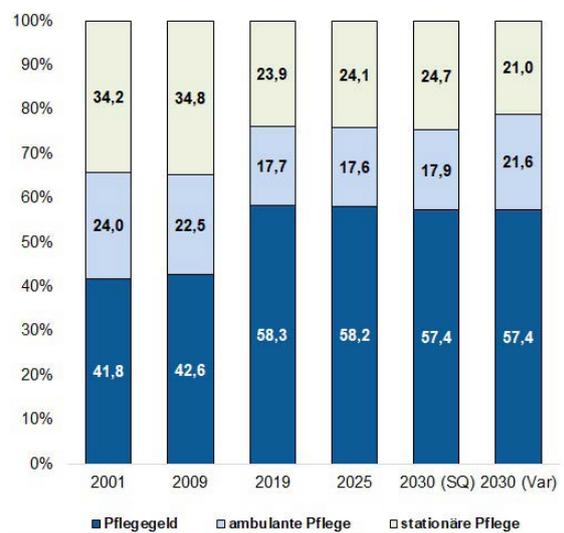
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

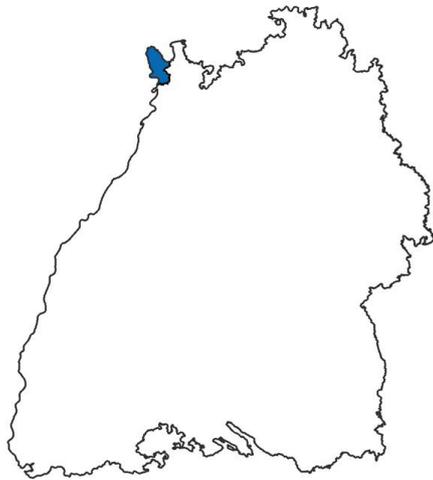


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

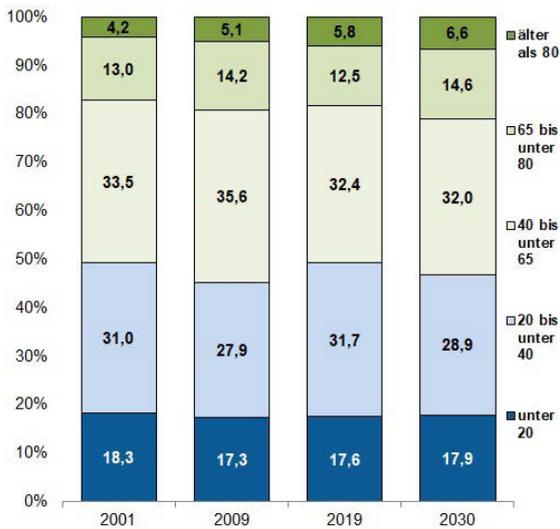
Stadt Mannheim



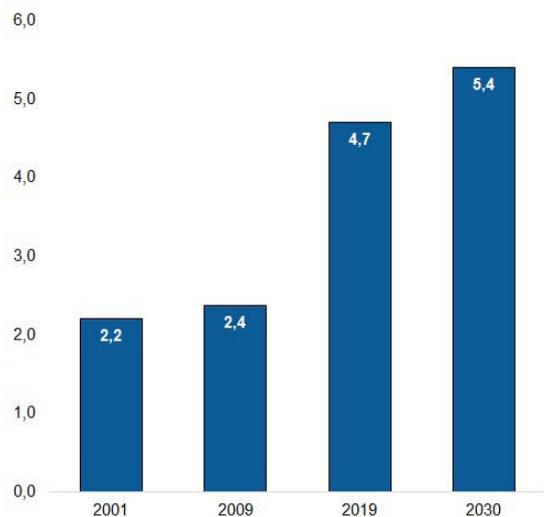
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	3.292	3.799
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	3.481	2.974
Pflegegeld	9.714	9.714
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	838	838
Gesamtzahl Pflegeleistungen	17.326	17.326
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	115	120
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	263
	Höchstbedarf	1.059

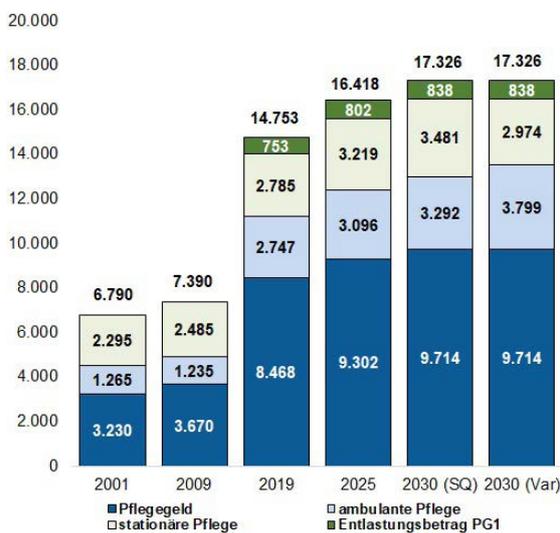
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



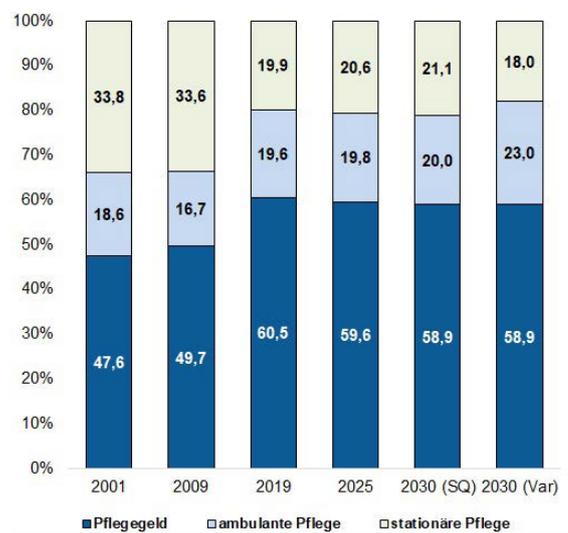
Pflegequote 2001–2030



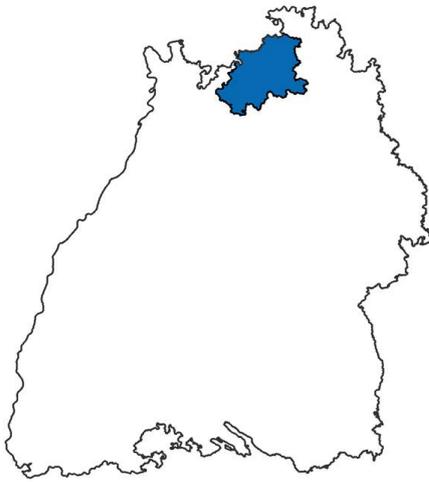
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



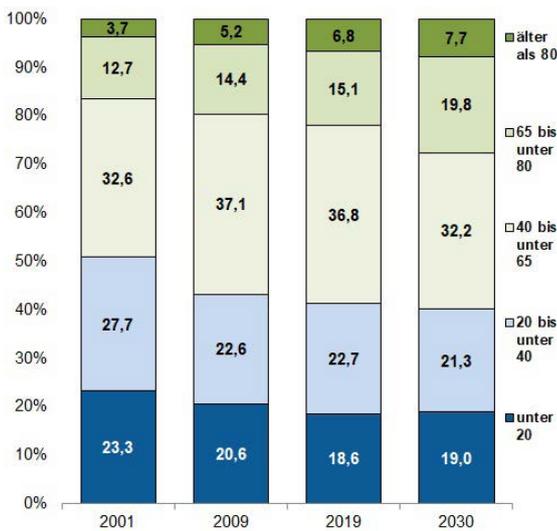
Neckar-Odenwald-Kreis



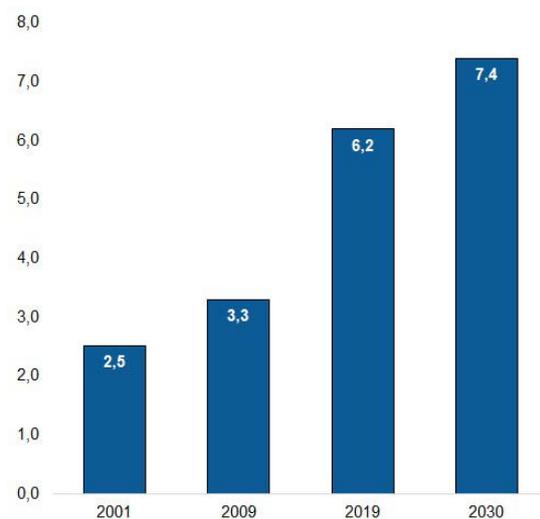
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.781	2.832
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.099	2.048
Pflegegeld	5.629	5.629
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	402	402
Gesamtzahl Pflegeleistungen	10.911	10.911
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	74	75
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	351
	Höchstbedarf	866

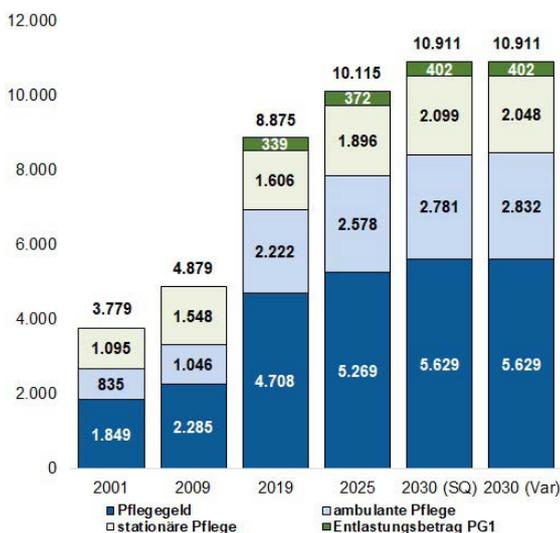
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



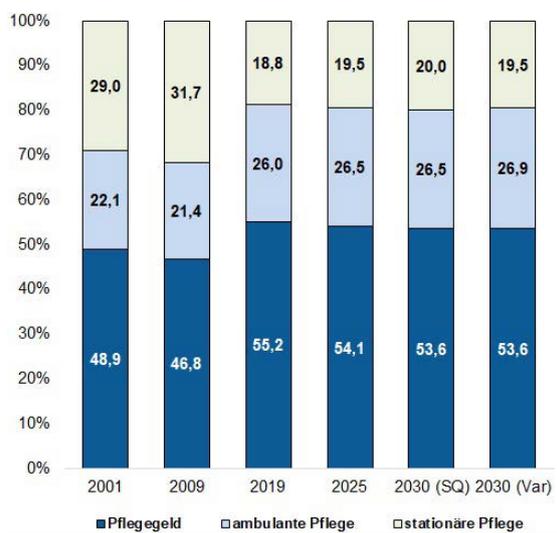
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

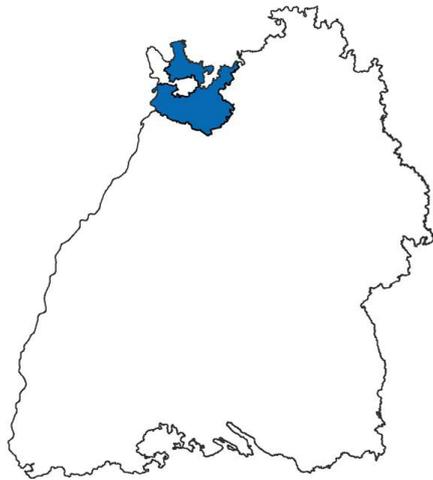


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

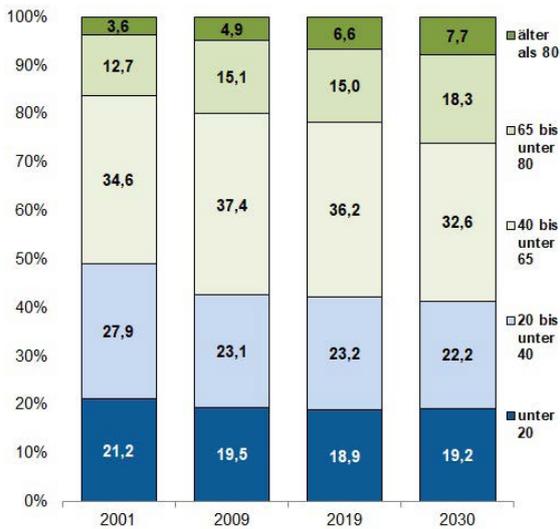
Rhein-Neckar-Kreis



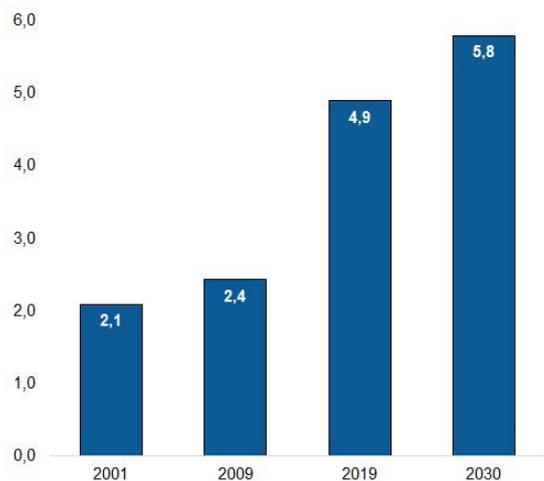
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	6.684	7.454
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	6.040	5.270
Pflegegeld	18.414	18.414
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	1.435	1.435
Gesamtzahl Pflegeleistungen	32.573	32.573
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	222	229
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	571
	Höchstbedarf	2.107

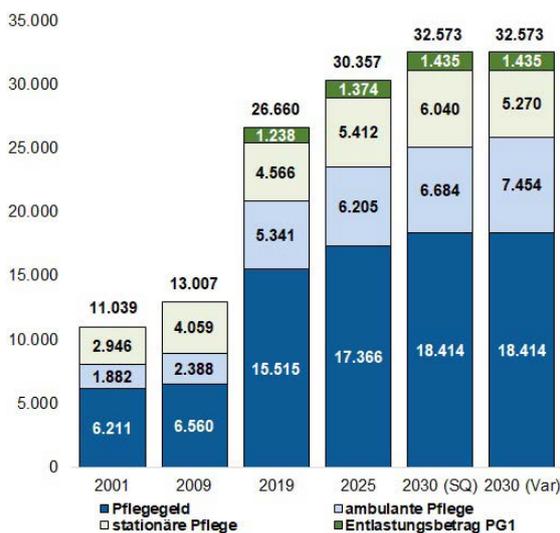
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



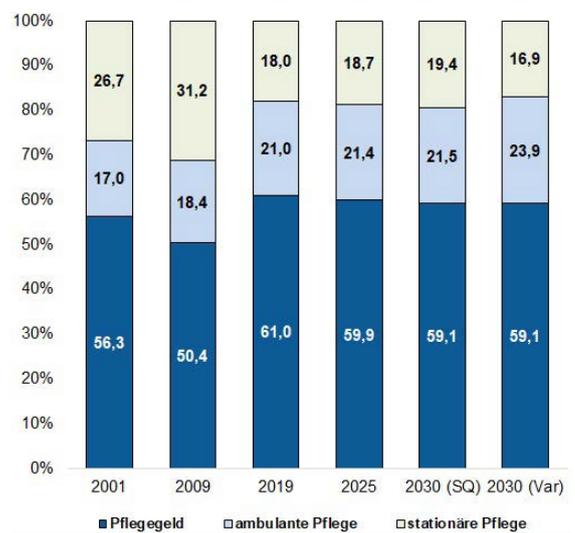
Pflegequote 2001–2030



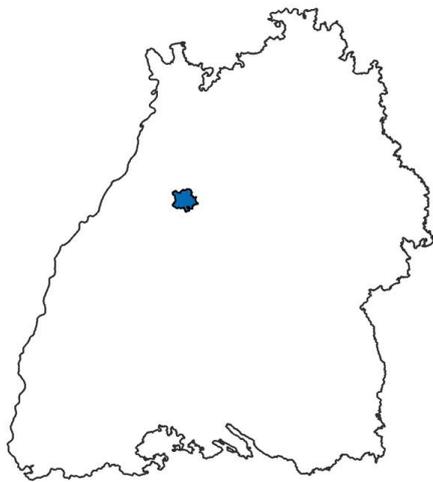
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



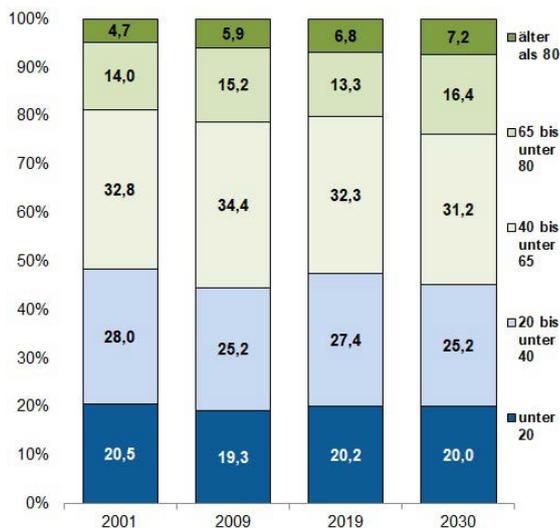
Stadt Pforzheim



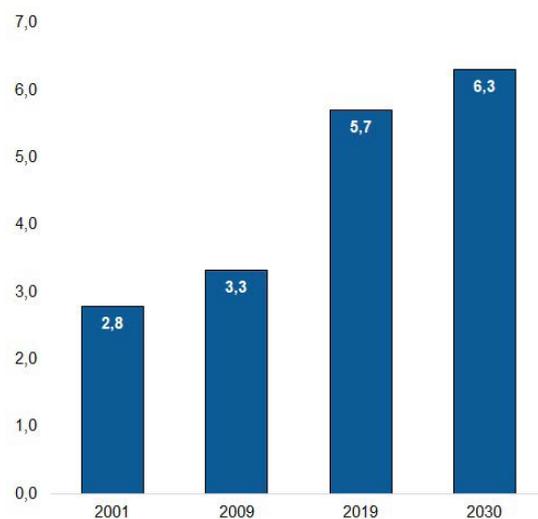
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.158	1.350
stationäre Pflege (Dauer- und eingestrente Kurzzeitpflege)	1.828	1.636
Pflegegeld	4.682	4.682
Pflegegrad 1 mit Entlastungs-betrag	372	372
Gesamtzahl Pflegeleistungen	8.040	8.040
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	52	53
Tagespflege-plätze	Mindestbedarf	221
	Höchstbedarf	579

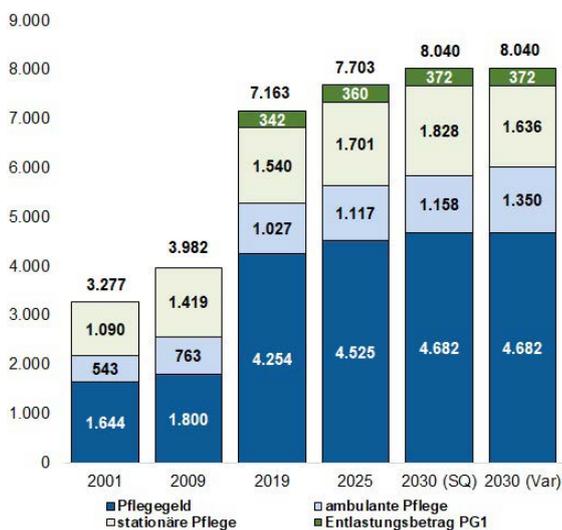
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



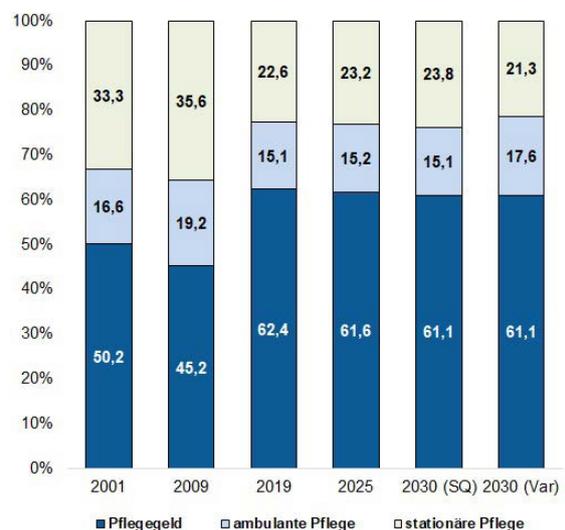
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

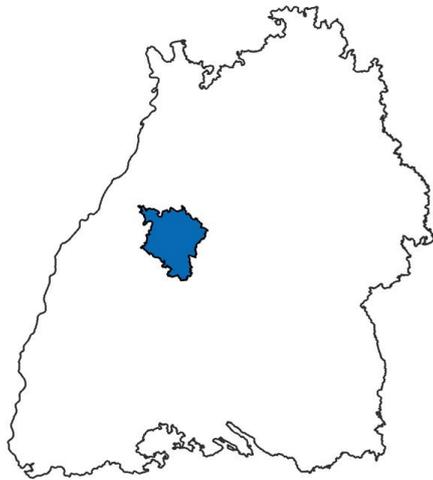


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

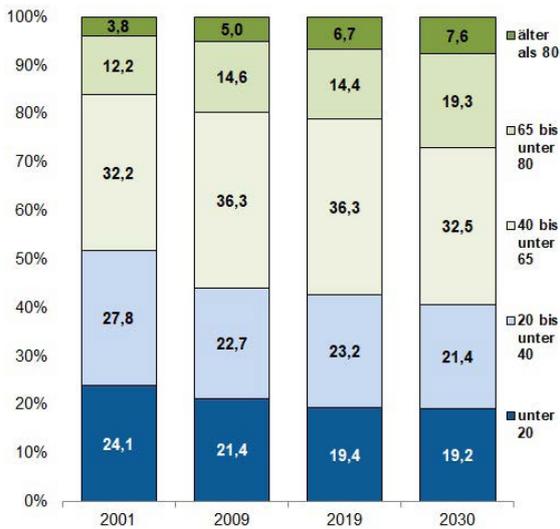
Landkreis Calw



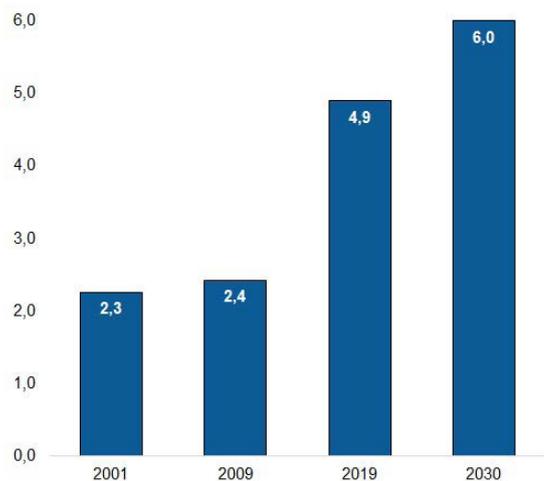
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.044	2.015
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.195	2.224
Pflegegeld	5.067	5.067
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	378	378
Gesamtzahl Pflegeleistungen	9.685	9.685
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	63	63
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	229
	Höchstbedarf	664

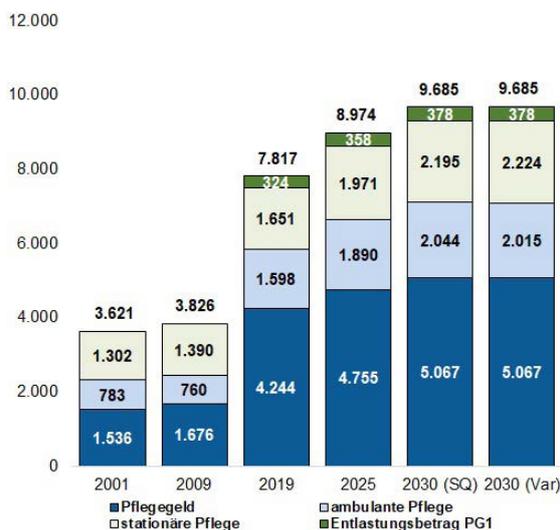
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



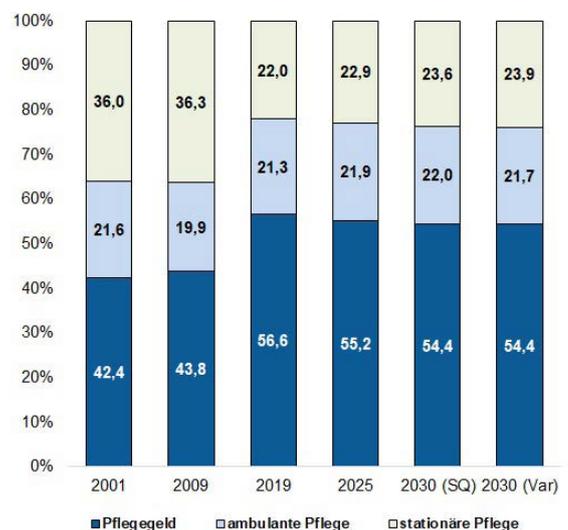
Pflegequote 2001–2030



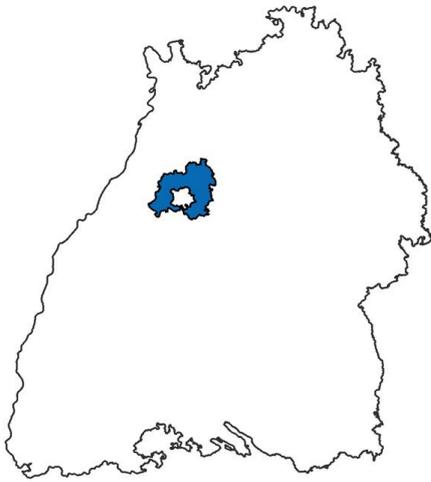
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



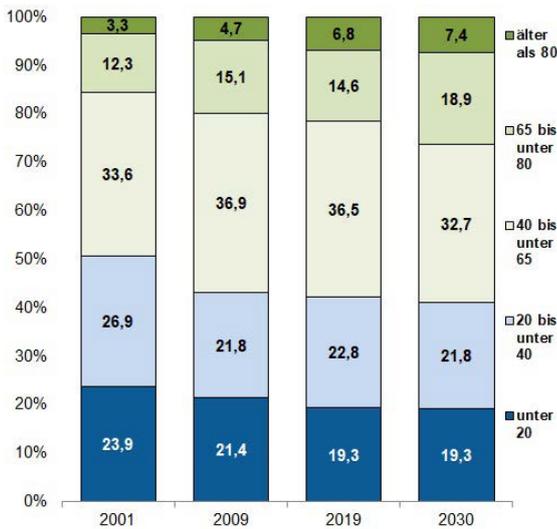
Enzkreis



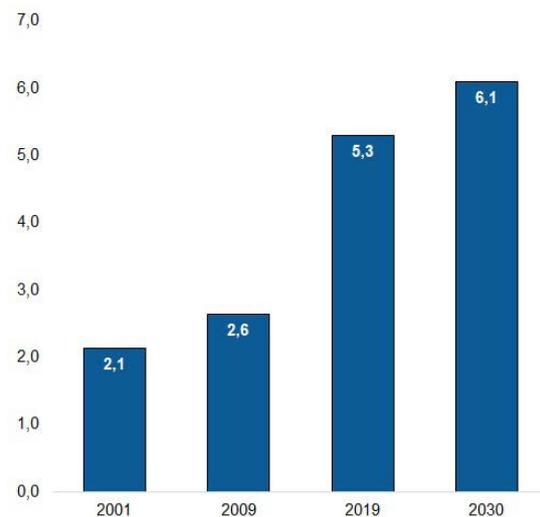
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	3.594	3.420
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	2.237	2.411
Pflegegeld	6.136	6.136
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	473	473
Gesamtzahl Pflegeleistungen	12.441	12.441
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	86	85
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	423
	Höchstbedarf	1.019

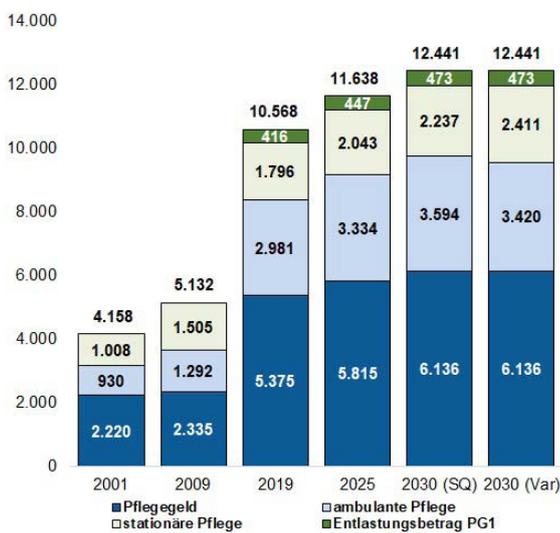
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



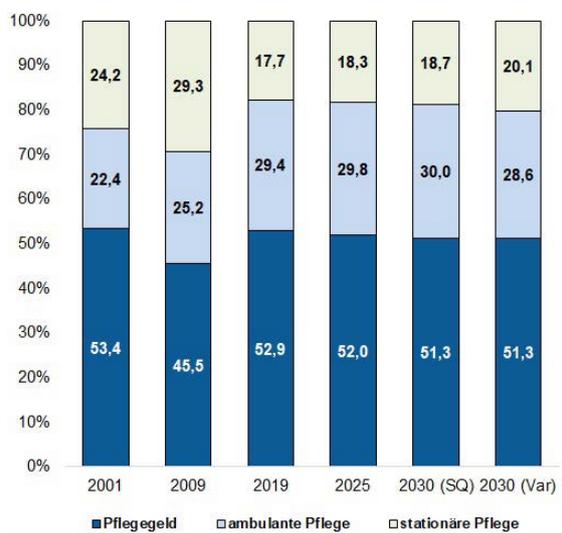
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

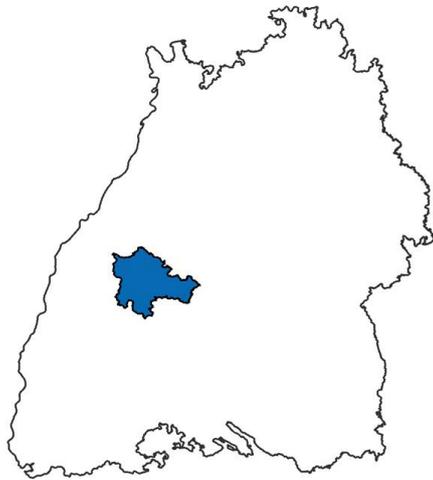


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

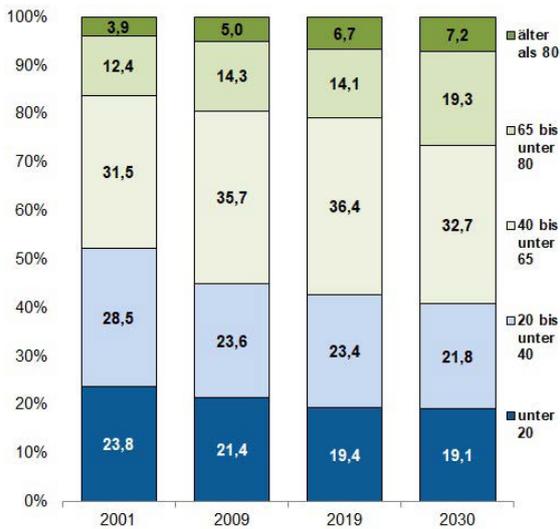
Landkreis Freudenstadt



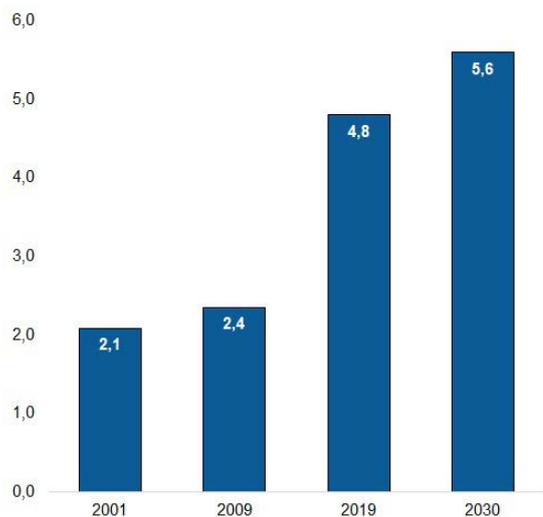
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.259	1.513
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.604	1.351
Pflegegeld	3.536	3.536
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	347	347
Gesamtzahl Pflegeleistungen	6.746	6.746
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	42	45
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	211
	Höchstbedarf	504

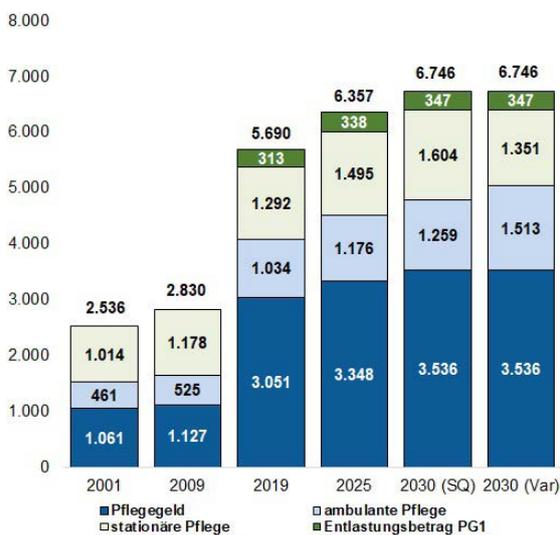
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



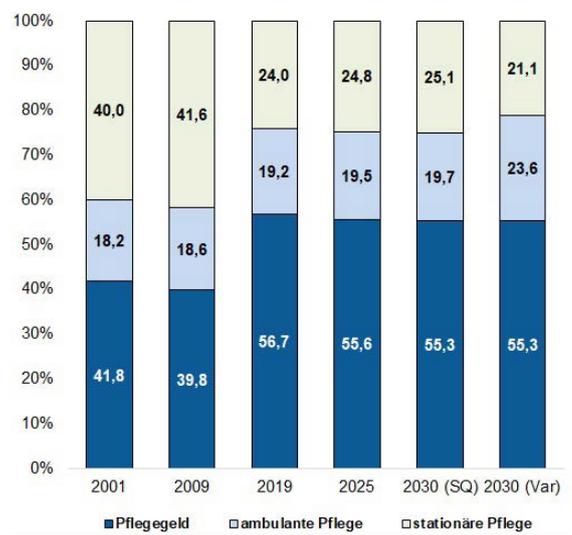
Pflegequote 2001–2030



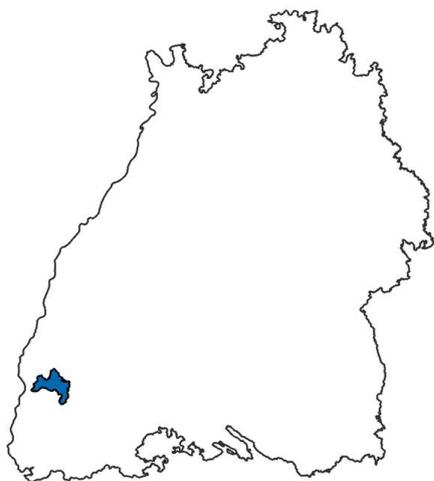
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



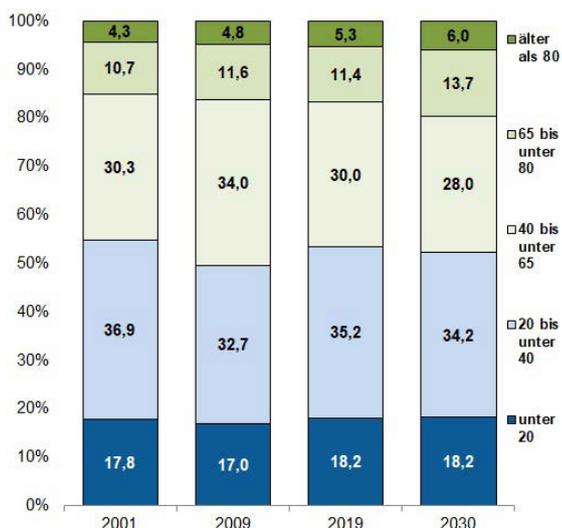
Stadt Freiburg



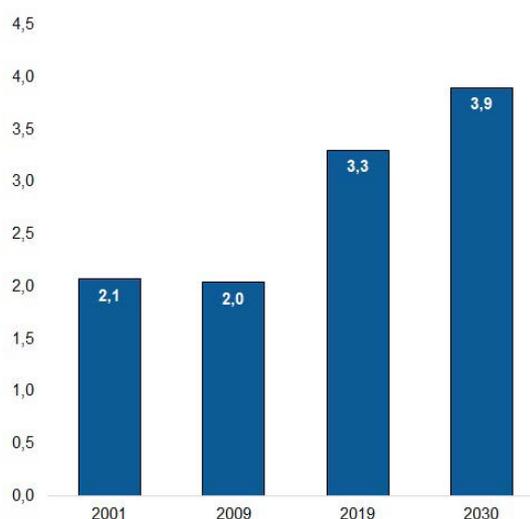
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.908	1.875
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.414	2.447
Pflegегeld	4.421	4.421
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	509	509
Gesamtzahl Pflegeleistungen	9.252	9.252
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	56	56
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	93
	Höchstbedarf	480

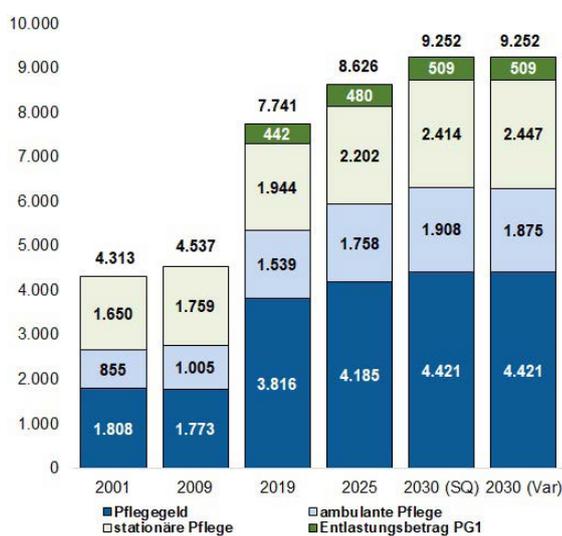
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



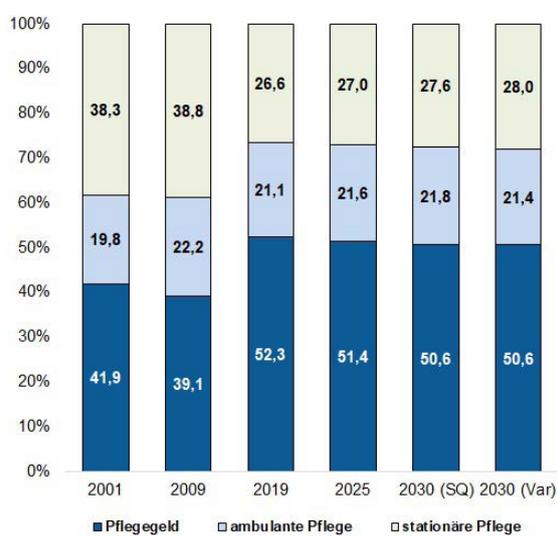
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

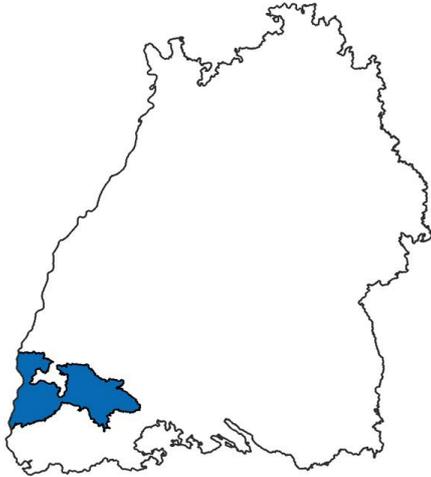


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

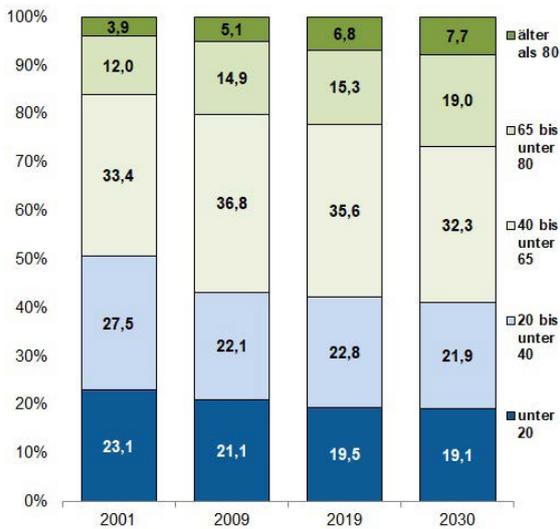
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald



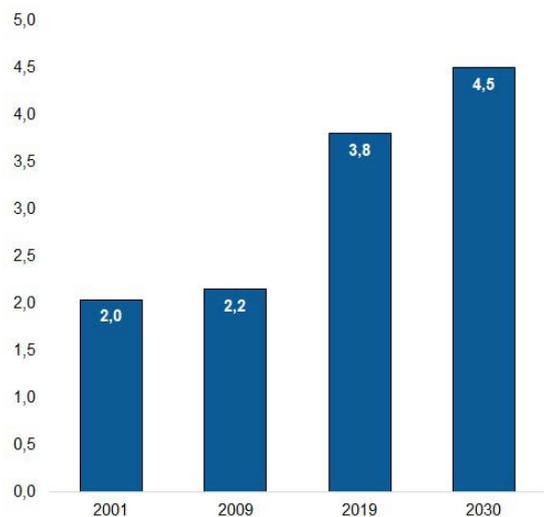
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.331	2.698
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.485	2.117
Pflegegeld	6.572	6.572
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	699	699
Gesamtzahl Pflegeleistungen	12.086	12.086
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	79	82
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	337
	Höchstbedarf	882

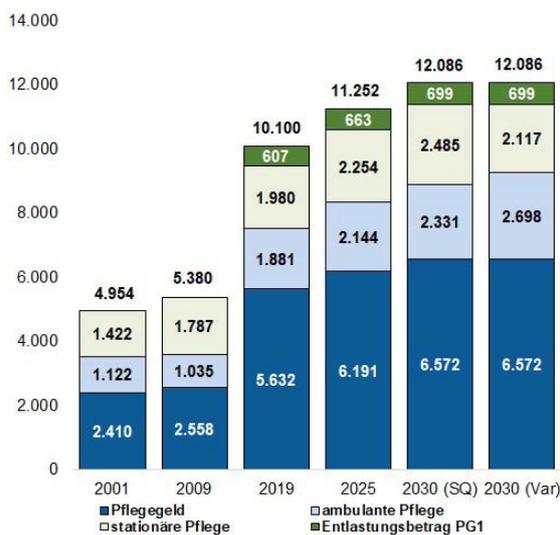
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



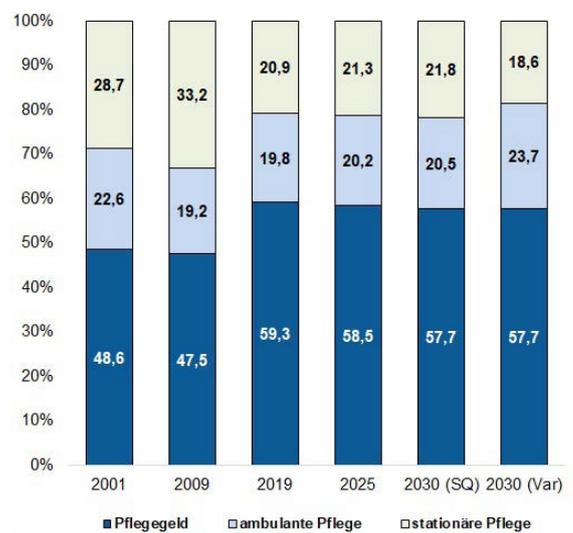
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



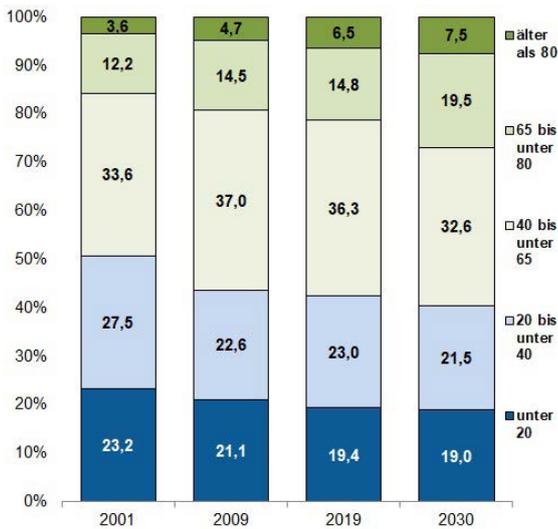
Landkreis Emmendingen



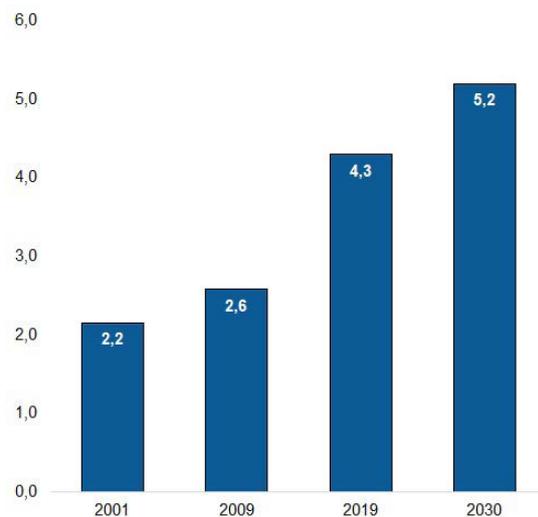
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.027	1.890
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	1.852	1.988
Pflegegeld	4.459	4.459
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	437	437
Gesamtzahl Pflegeleistungen	8.775	8.775
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	57	56
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	157
	Höchstbedarf	554

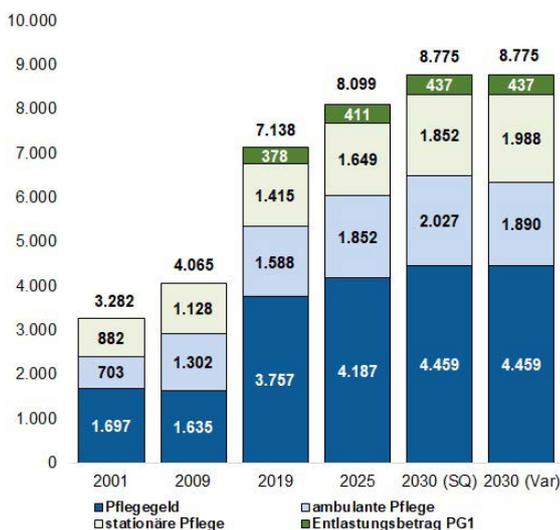
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



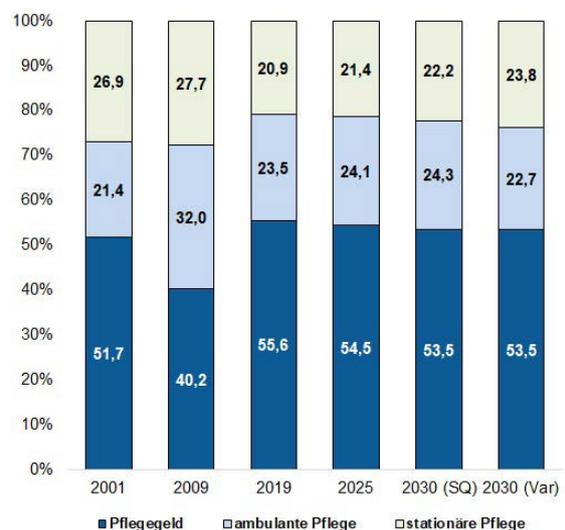
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

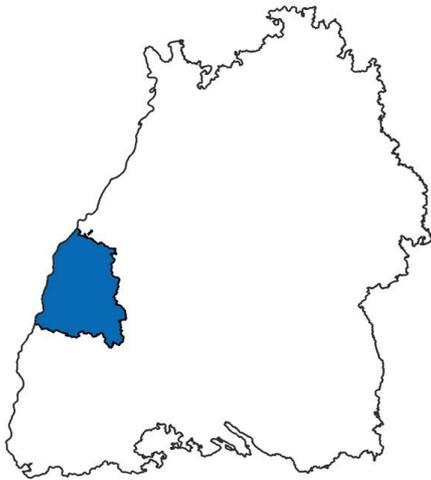


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

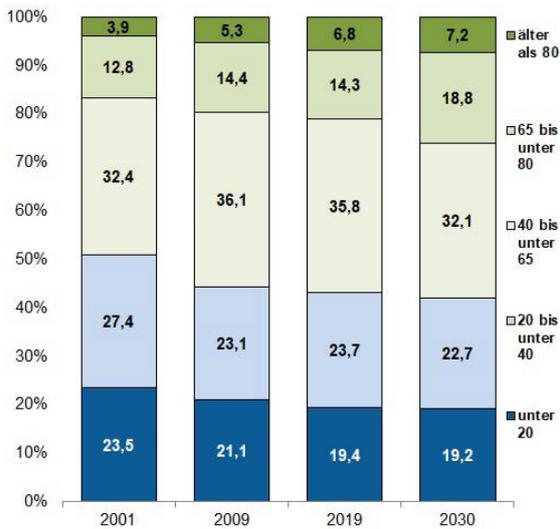
Ortenaukreis



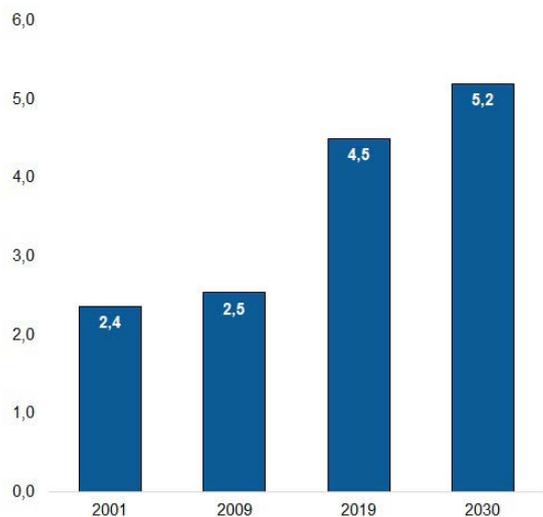
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	4.786	5.108
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	5.258	4.936
Pflegegeld	11.371	11.371
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	1.126	1.126
Gesamtzahl Pflegeleistungen	22.541	22.541
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	143	146
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	988
	Höchstbedarf	1.977

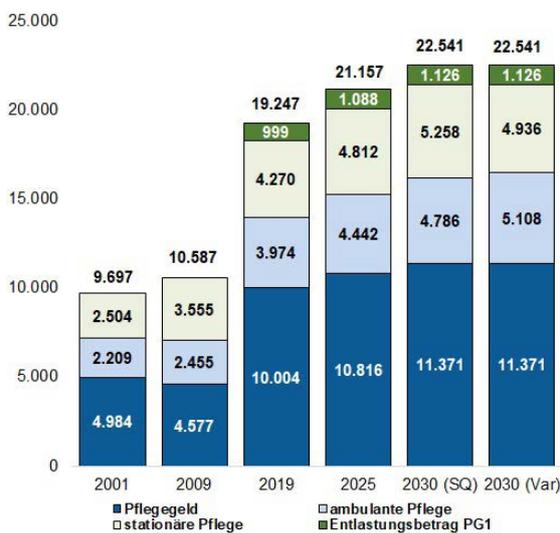
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



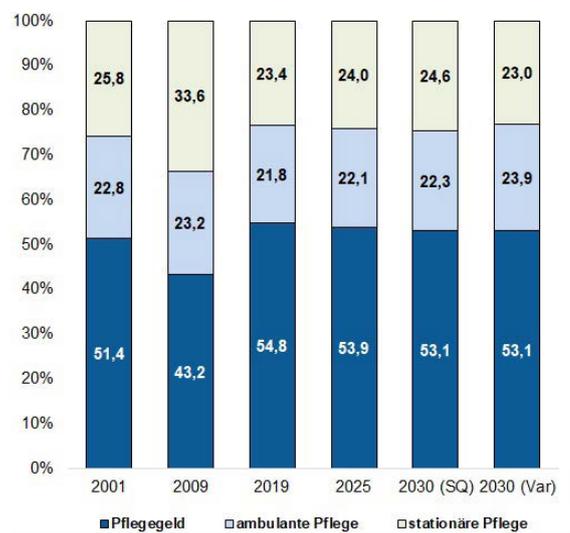
Pflegequote 2001–2030



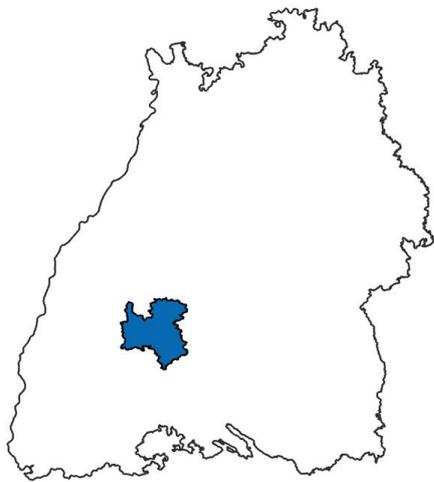
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



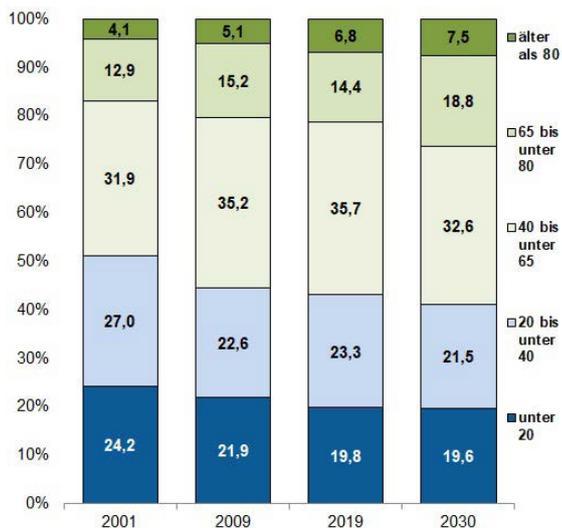
Landkreis Rottweil



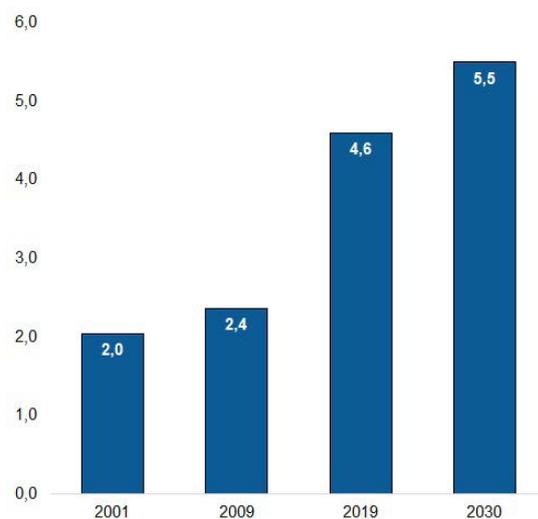
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.351	1.577
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.689	1.463
Pflegegeld	4.535	4.535
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	338	338
Gesamtzahl Pflegeleistungen	7.913	7.913
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	52	54
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	183
	Höchstbedarf	544

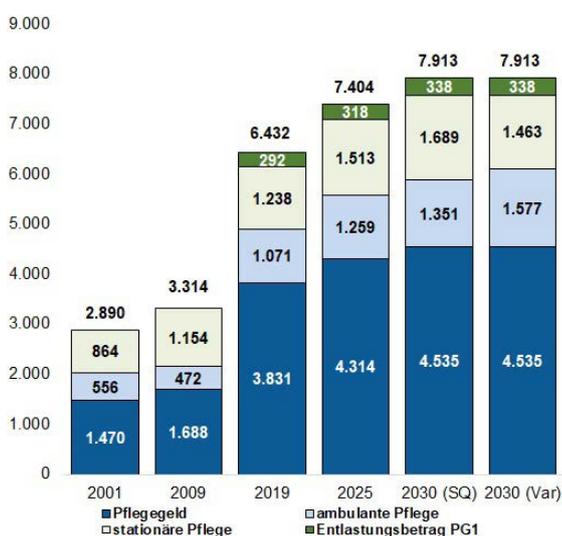
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



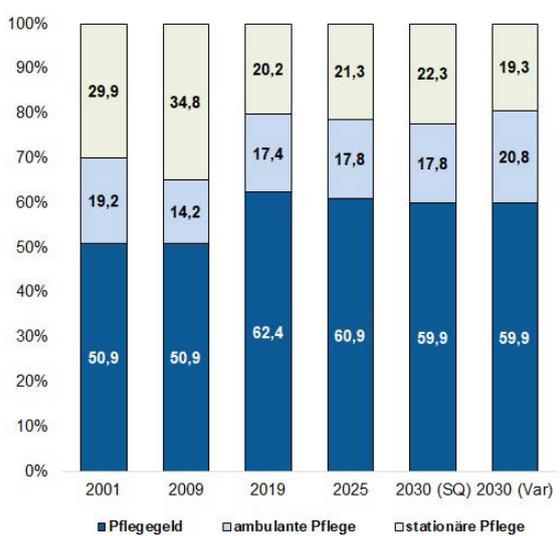
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

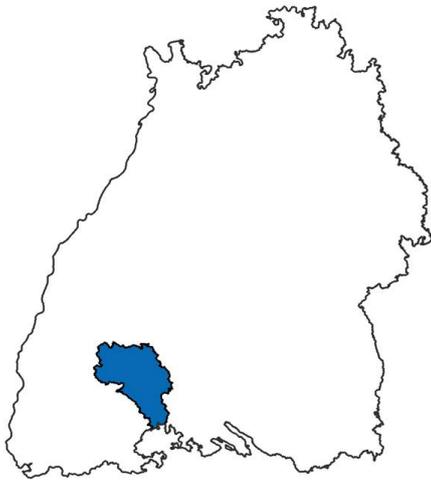


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

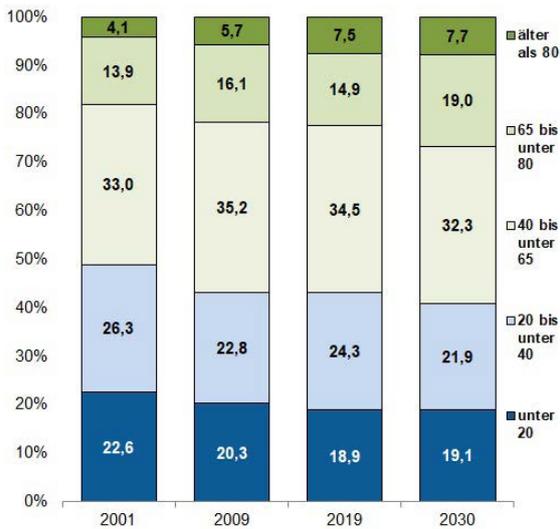
Schwarzwald-Baar-Kreis



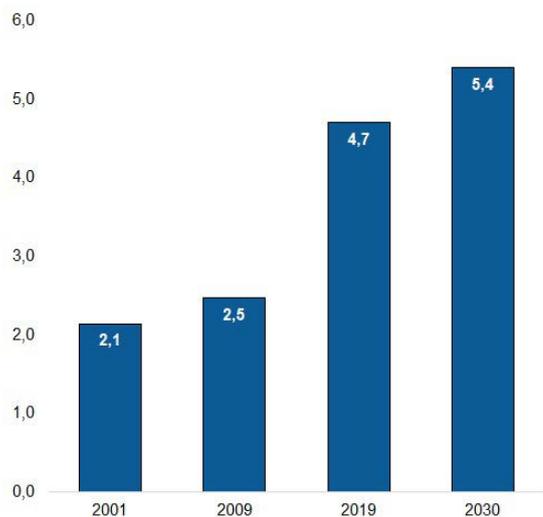
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.480	2.831
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.591	2.239
Pflegegeld	5.873	5.873
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	540	540
Gesamtzahl Pflegeleistungen	11.484	11.484
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	74	77
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	329
	Höchstbedarf	841

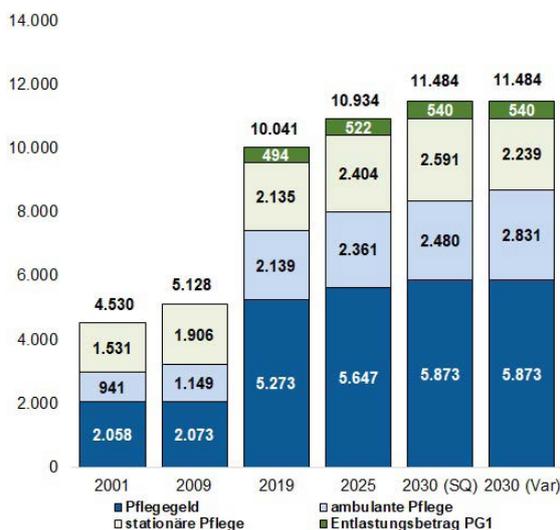
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



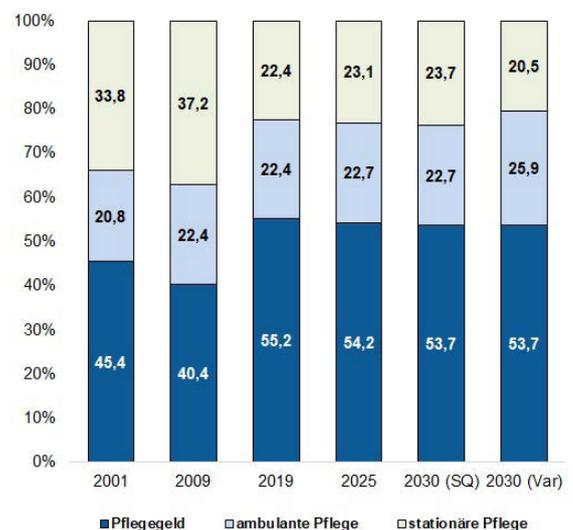
Pflegequote 2001–2030



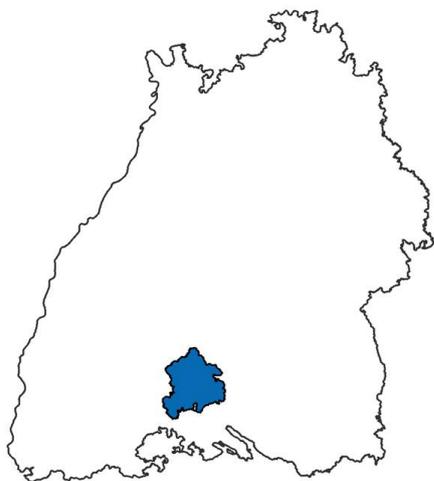
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



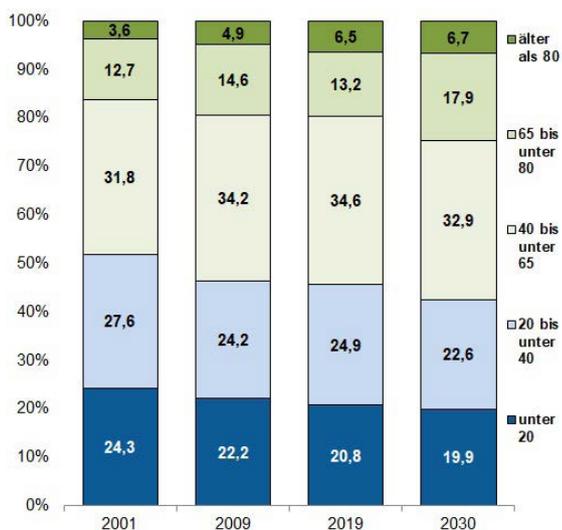
Landkreis Tuttlingen



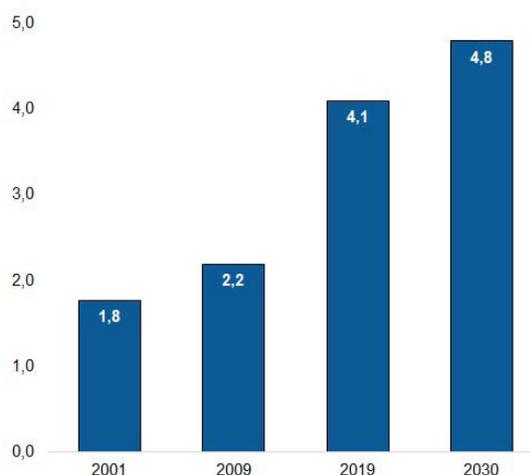
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	969	986
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreprte Kurzzeitpflege)	1.409	1.393
Pflegegeld	4.050	4.050
Pflegegrad 1 mit Entlastungs-betrag	365	365
Gesamtzahl Pflegeleistungen	6.793	6.793
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	44	45
Tagespflege-plätze	Mindestbedarf	208
	Höchstbedarf	516

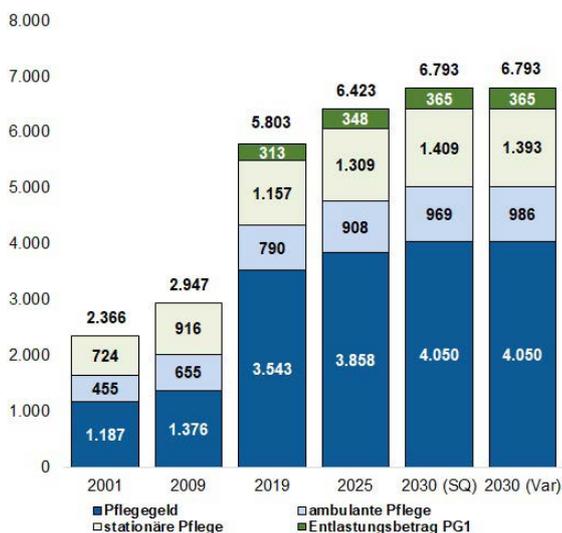
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



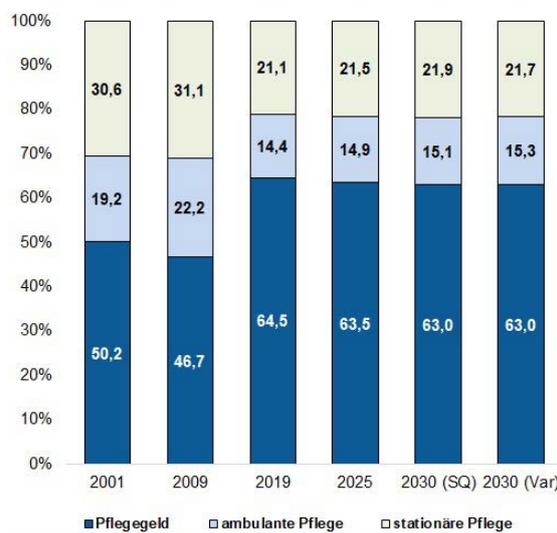
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

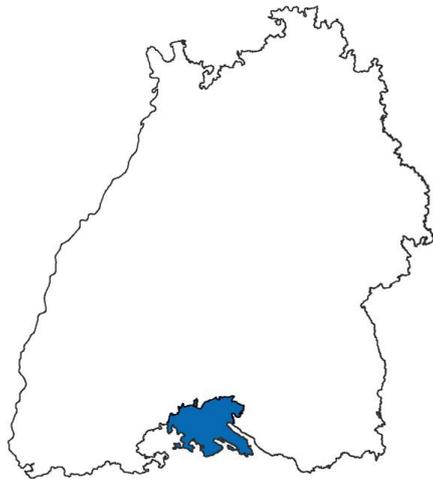


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

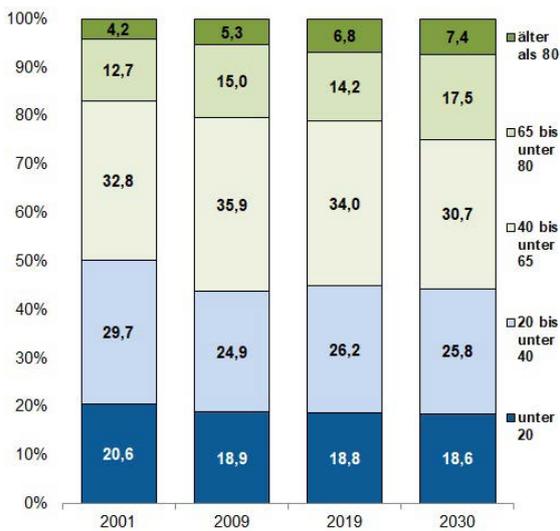
Landkreis Konstanz



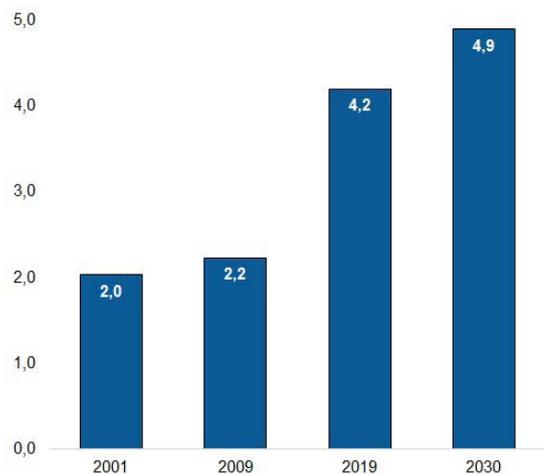
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.476	2.728
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	3.289	3.038
Pflegegeld	7.704	7.704
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	791	791
Gesamtzahl Pflegeleistungen	14.261	14.261
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	90	92
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	307
	Höchstbedarf	930

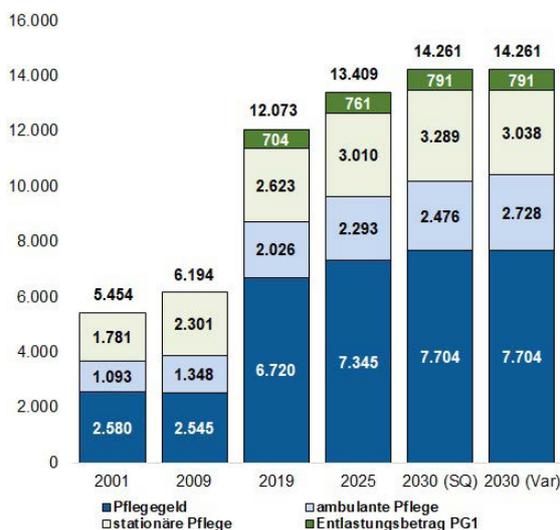
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



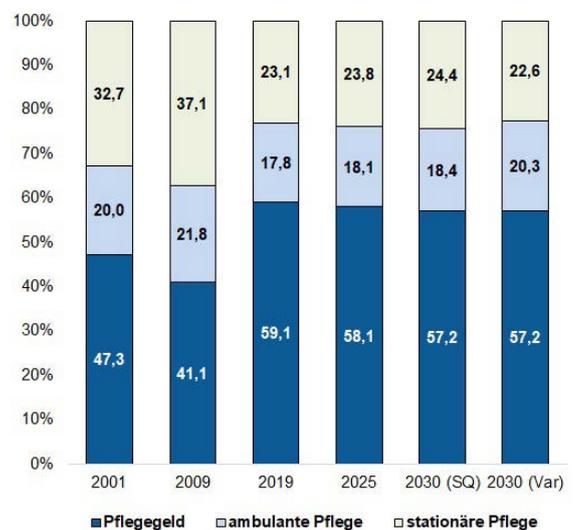
Pflegequote 2001–2030



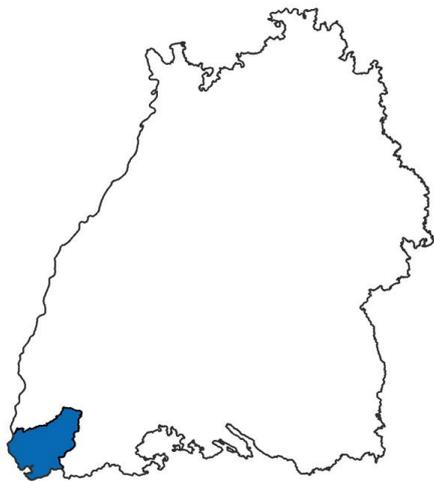
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



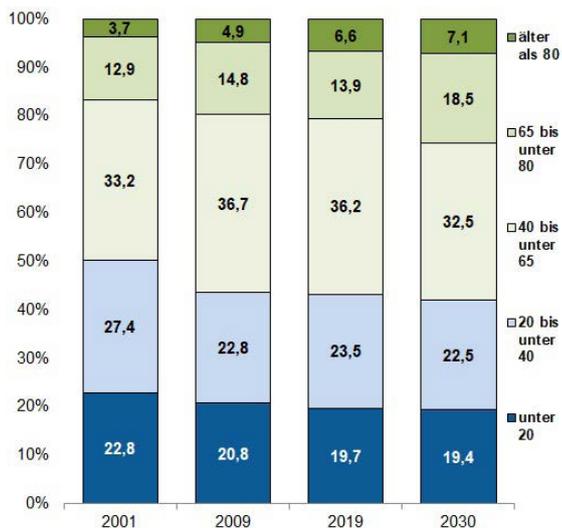
Landkreis Lörrach



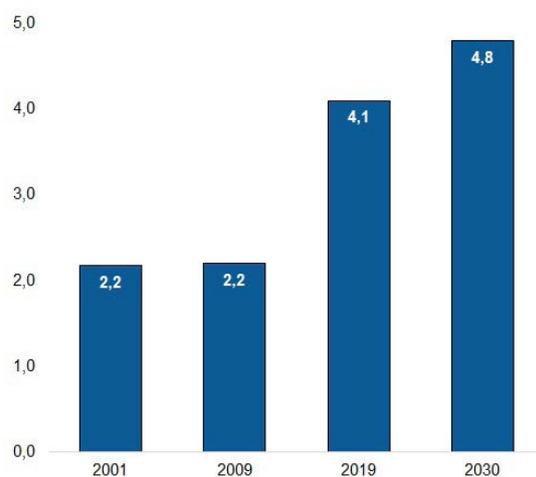
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.310	2.667
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.320	1.963
Pflegegeld	5.769	5.769
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	791	791
Gesamtzahl Pflegeleistungen	11.190	11.190
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	72	75
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	227
	Höchstbedarf	721

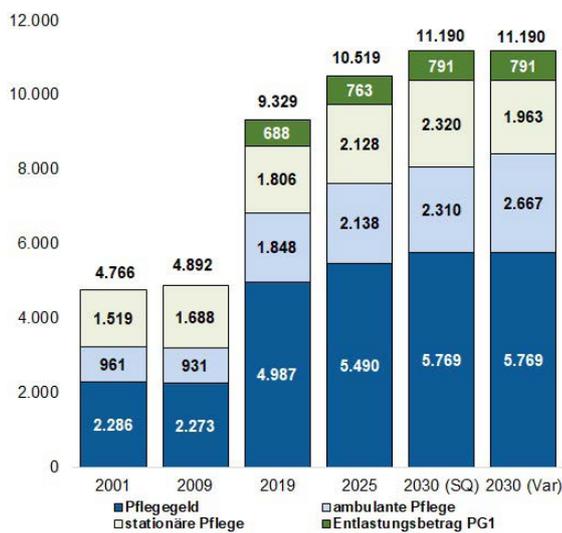
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



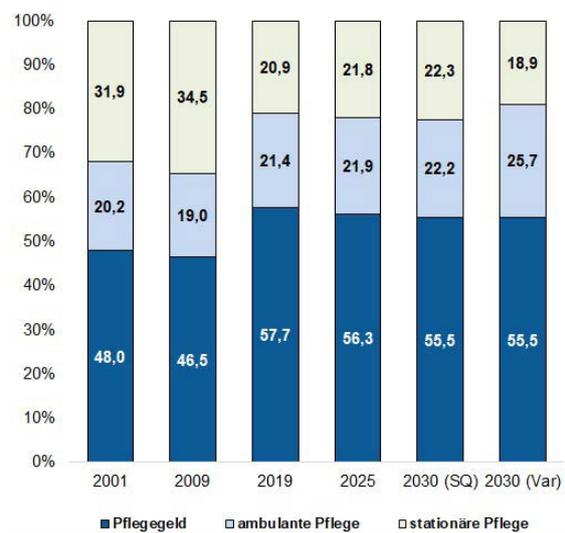
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

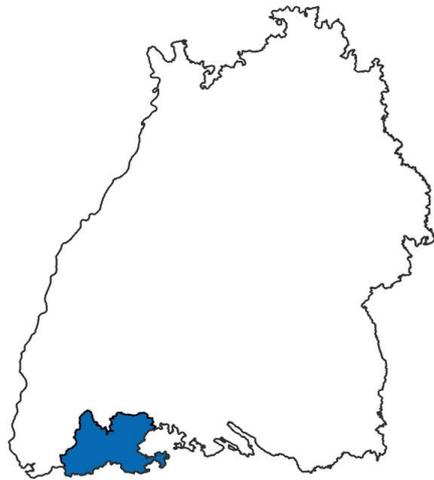


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

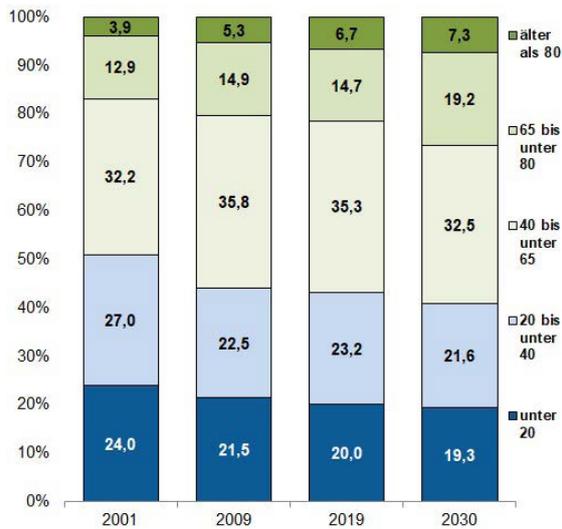
Landkreis Waldshut



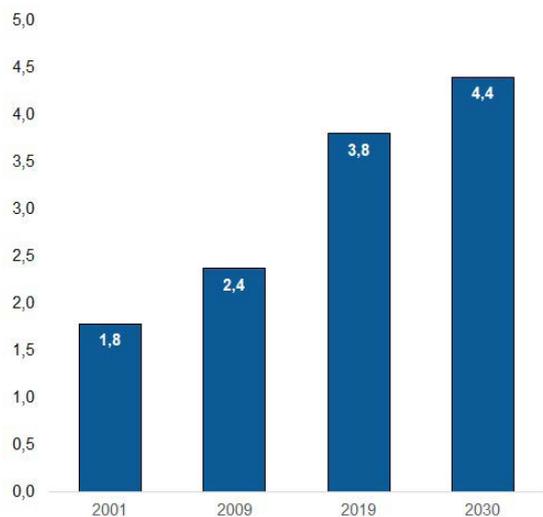
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	810	1.057
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.897	1.650
Pflegegeld	4.608	4.608
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	403	403
Gesamtzahl Pflegeleistungen	7.719	7.719
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	48	50
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	236
	Höchstbedarf	568

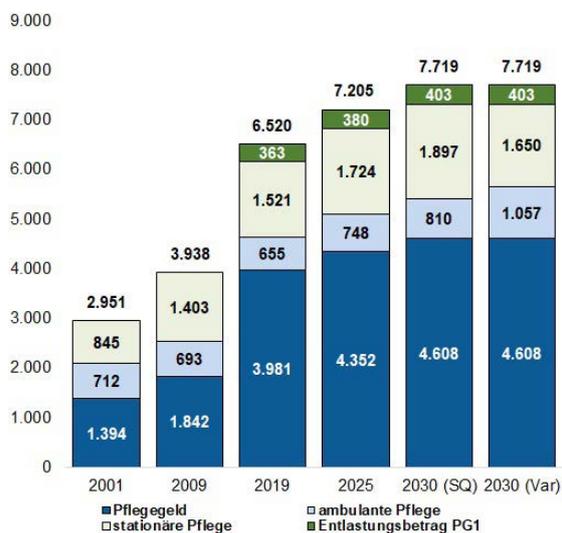
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



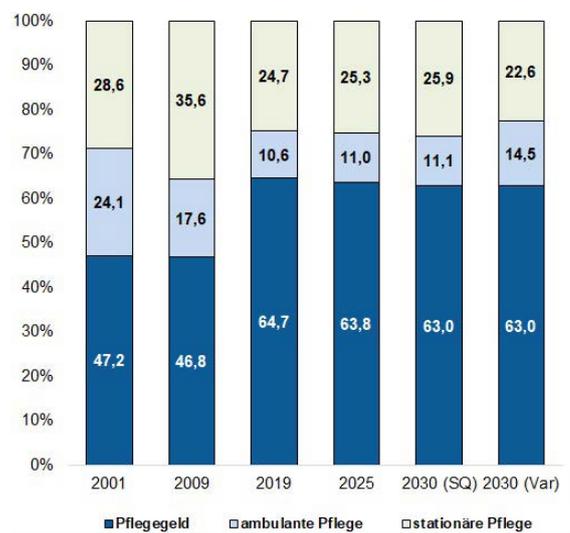
Pflegequote 2001–2030



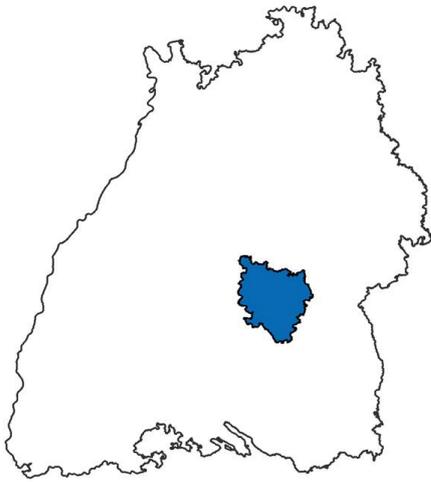
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



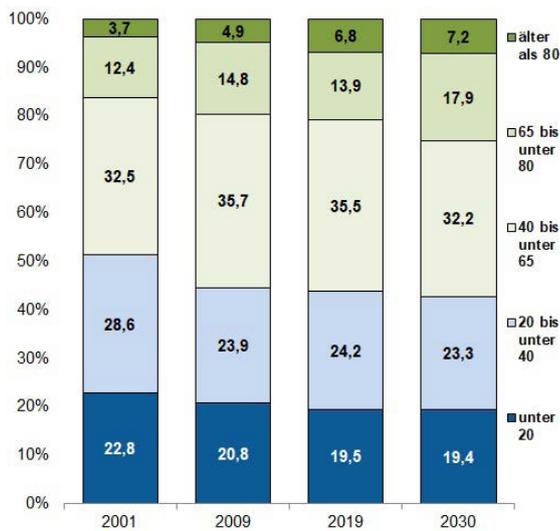
Landkreis Reutlingen



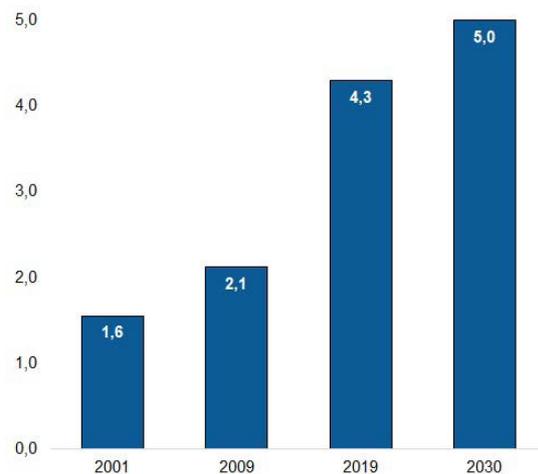
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.796	2.946
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	2.885	2.735
Pflegegeld	8.162	8.162
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	721	721
Gesamtzahl Pflegeleistungen	14.564	14.564
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	97	98
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	216
	Höchstbedarf	887

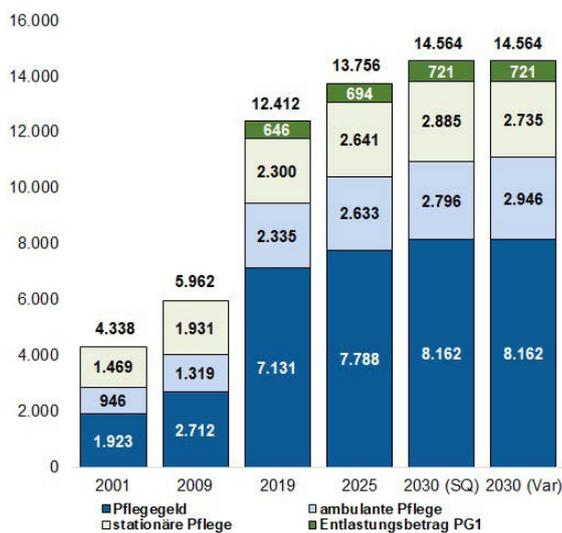
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



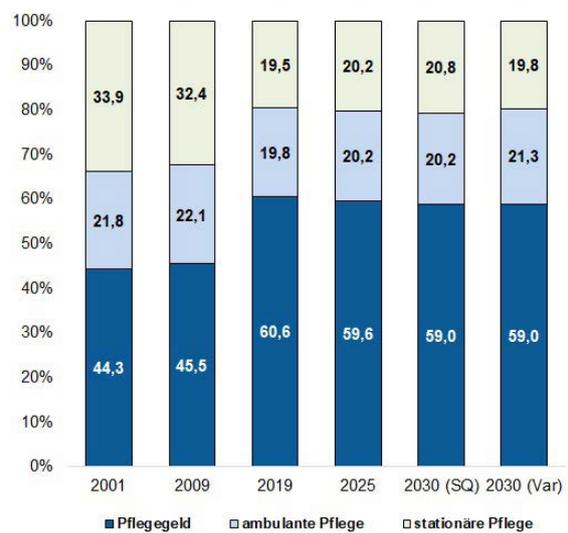
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

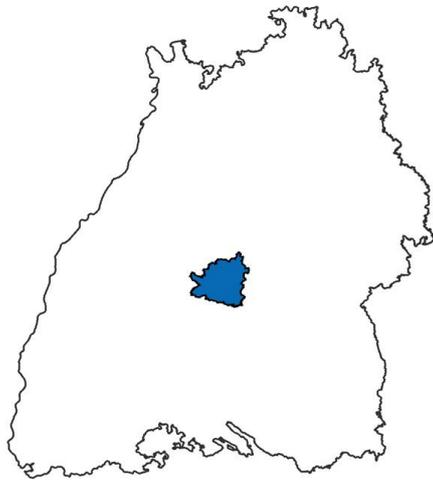


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

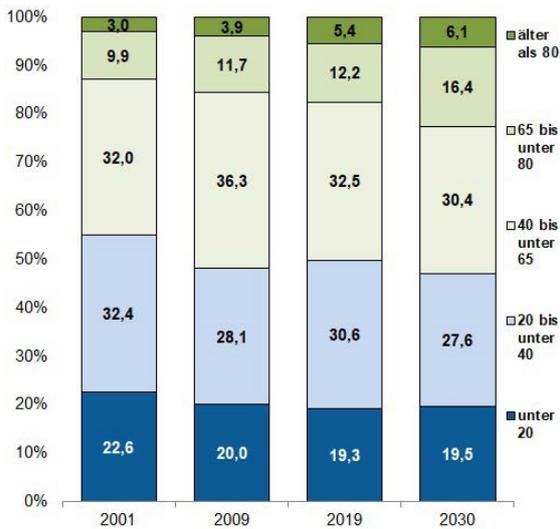
Landkreis Tübingen



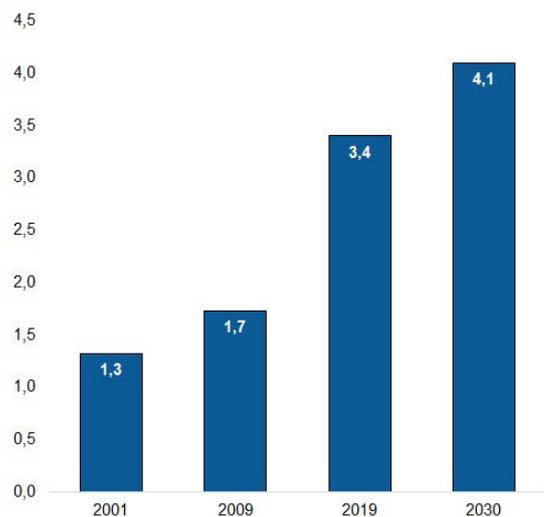
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.518	1.748
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.874	1.644
Pflegegeld	5.876	5.876
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	408	408
Gesamtzahl Pflegeleistungen	9.677	9.677
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	65	67
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	281
	Höchstbedarf	733

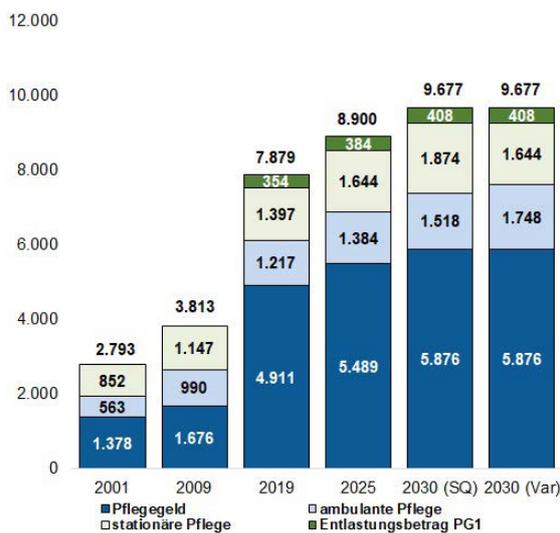
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



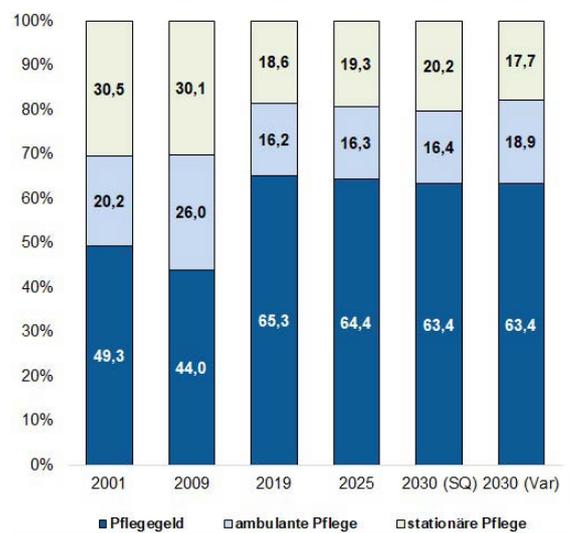
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



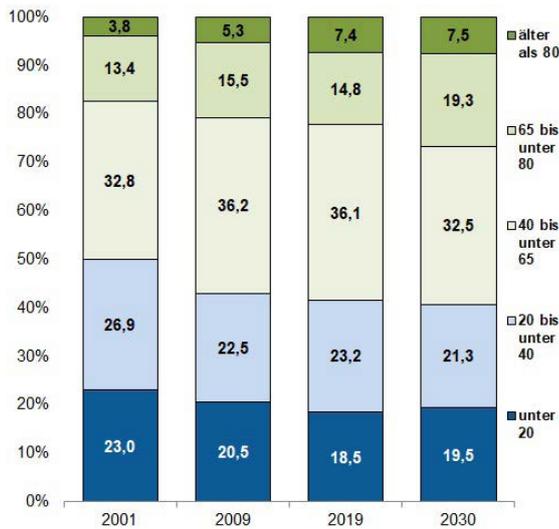
Zollernalbkreis



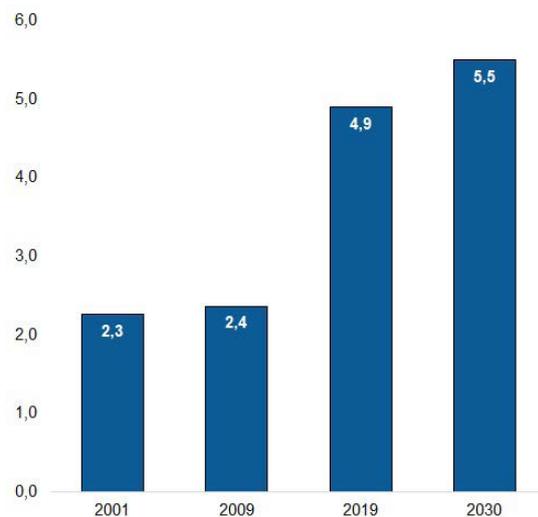
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.896	2.118
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.877	1.655
Pflegegeld	6.315	6.315
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	451	451
Gesamtzahl Pflegeleistungen	10.538	10.538
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	73	75
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	305
	Höchstbedarf	807

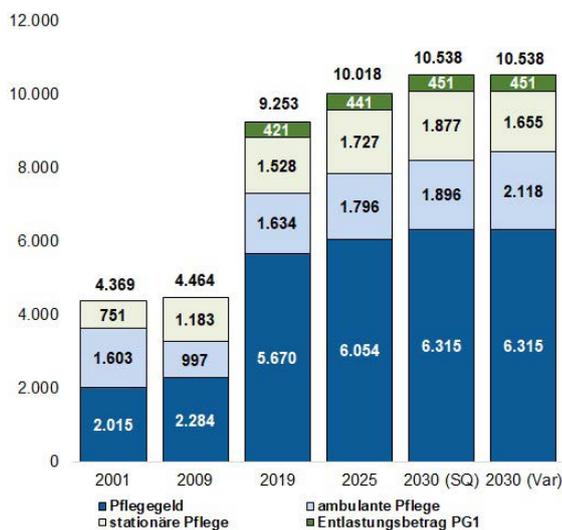
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



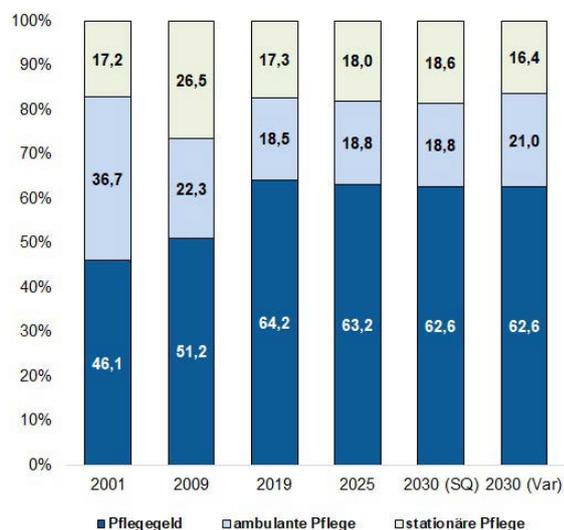
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

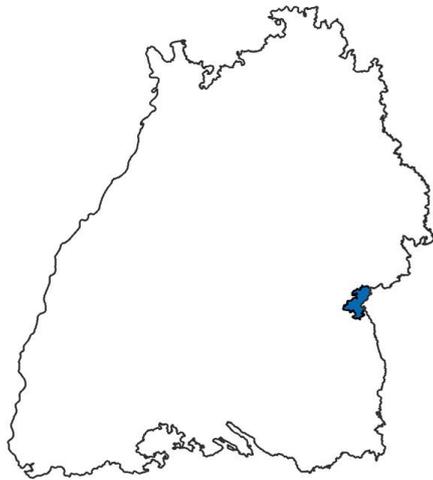


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

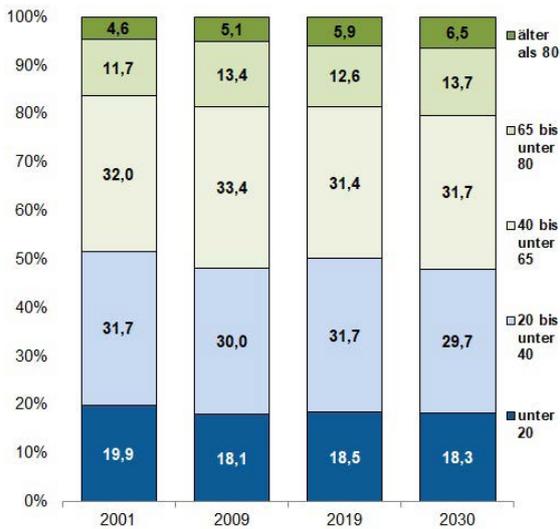
Stadt Ulm



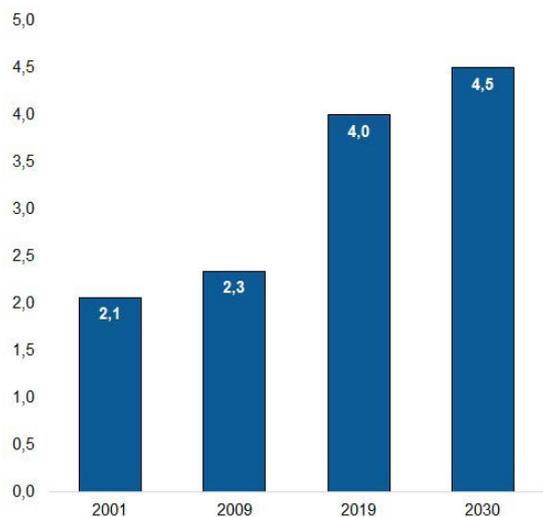
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.116	1.266
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.351	1.201
Pflegegeld	3.263	3.263
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	297	297
Gesamtzahl Pflegeleistungen	6.027	6.027
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	39	40
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	192
	Höchstbedarf	461

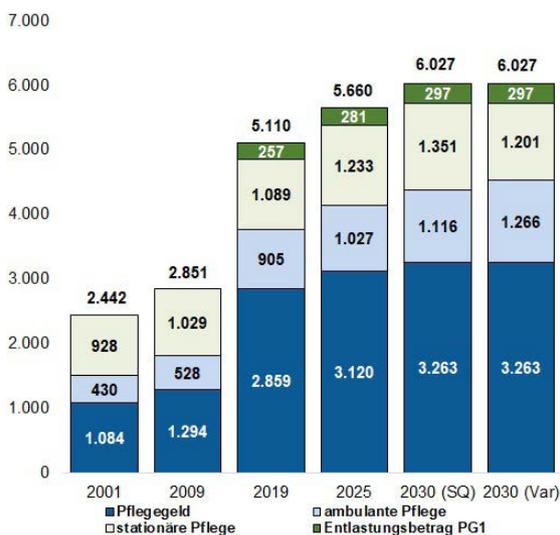
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



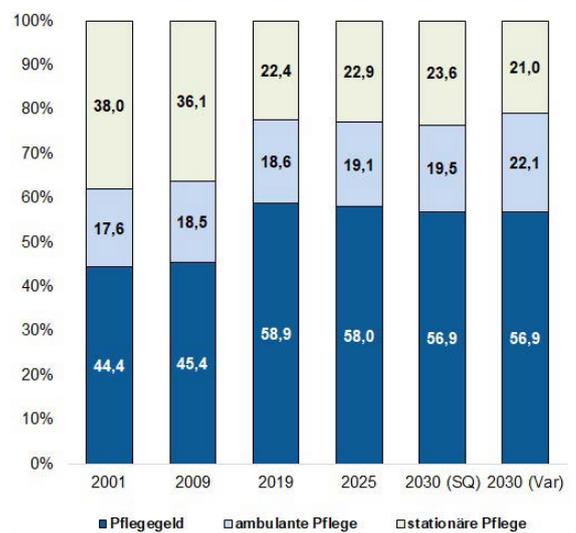
Pflegequote 2001–2030



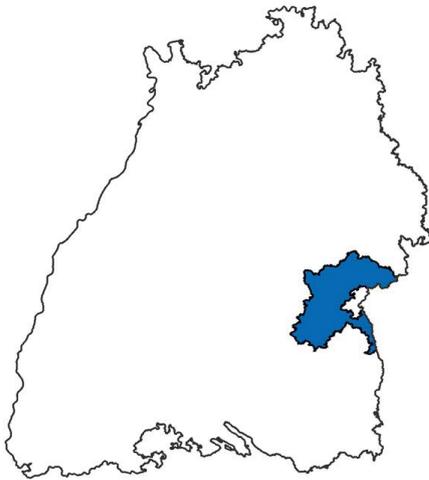
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



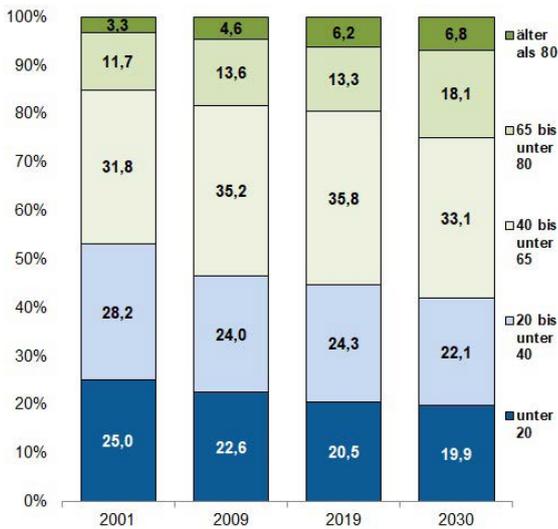
Alb-Donau-Kreis



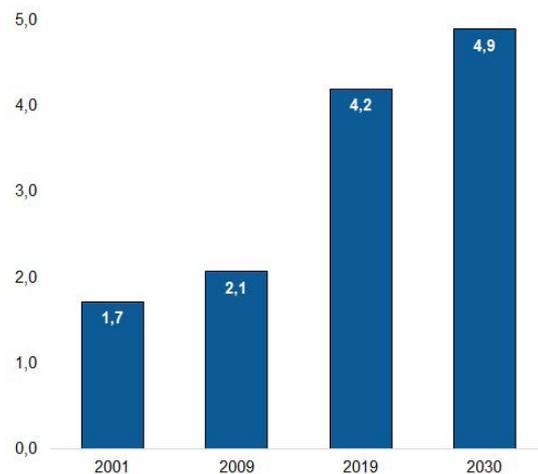
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.072	2.165
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.972	1.880
Pflegegeld	5.458	5.458
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	360	360
Gesamtzahl Pflegeleistungen	9.863	9.863
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	67	67
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	284
	Höchstbedarf	745

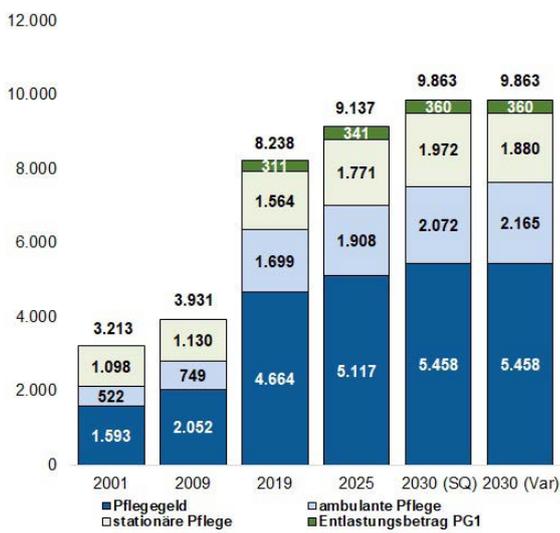
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



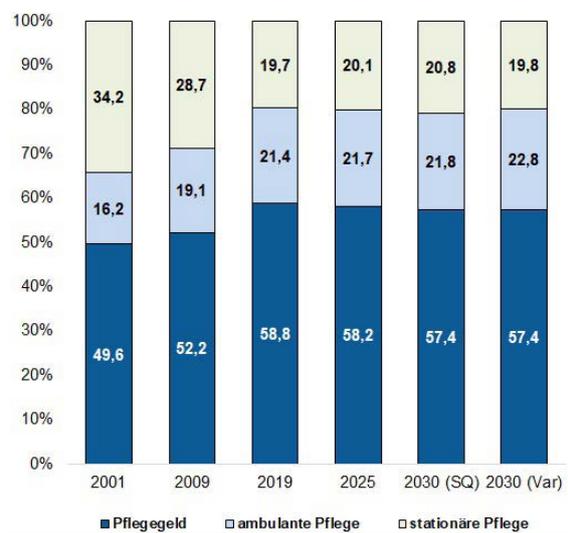
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

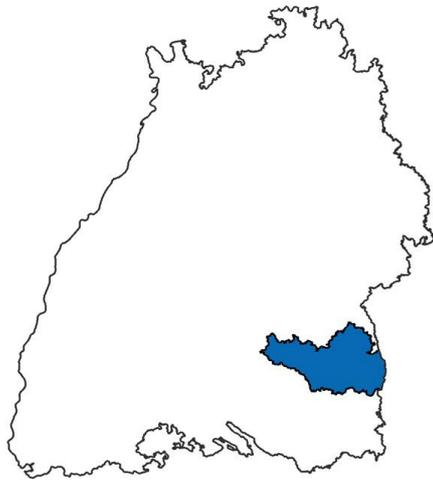


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

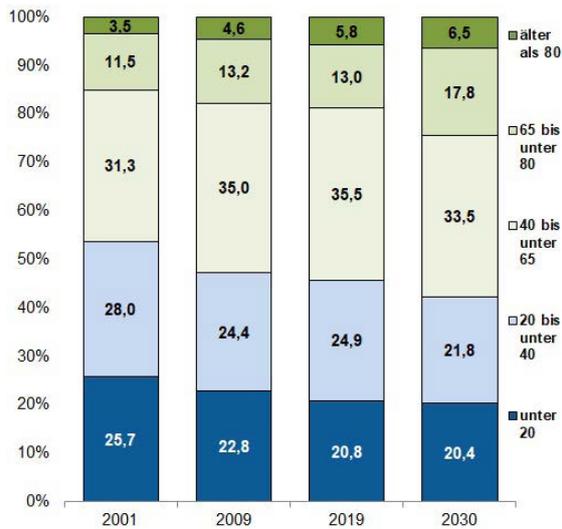
Landkreis Biberach



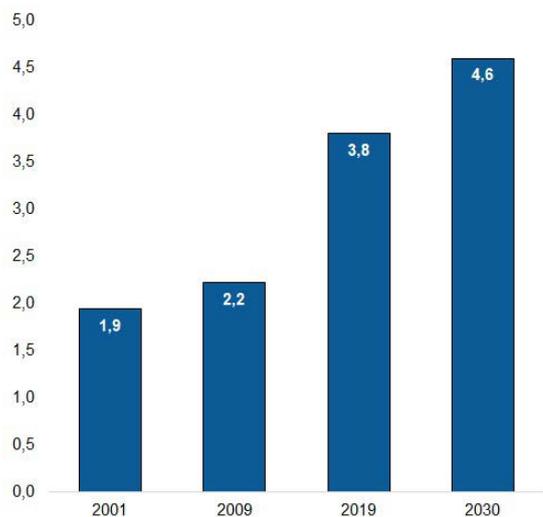
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.423	1.662
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	1.946	1.707
Pflegegeld	5.671	5.671
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	452	452
Gesamtzahl Pflegeleistungen	9.492	9.492
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	63	65
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	367
	Höchstbedarf	801

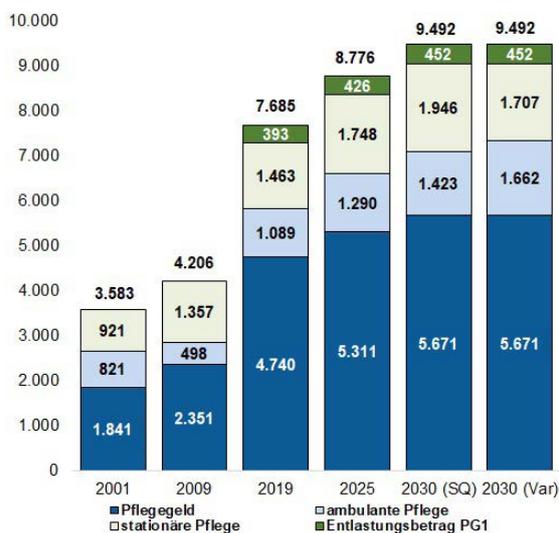
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



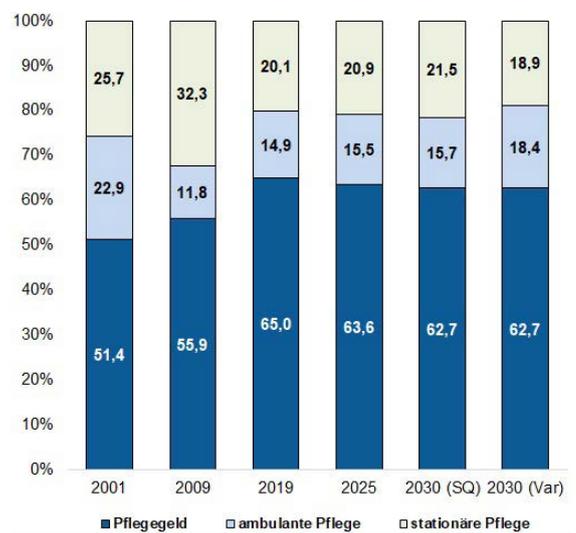
Pflegequote 2001–2030



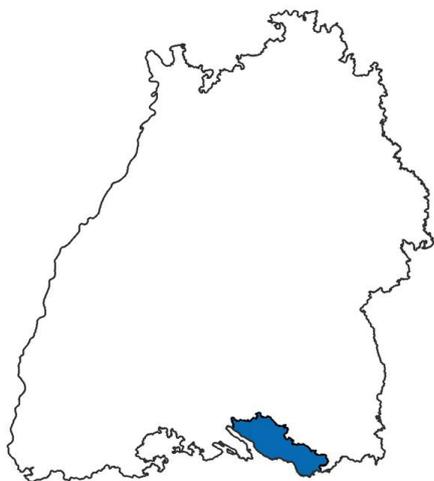
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



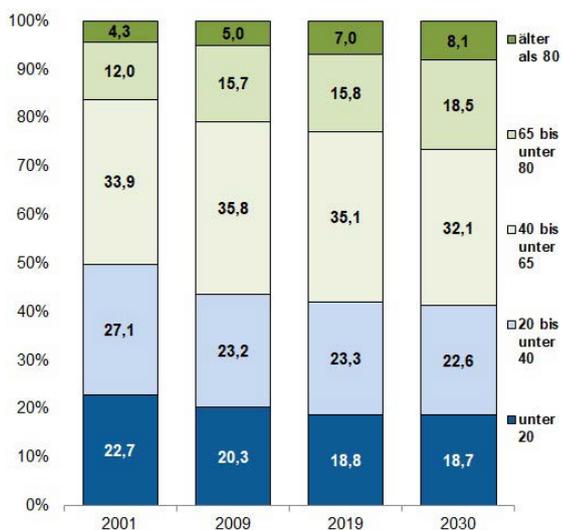
Bodenseekreis



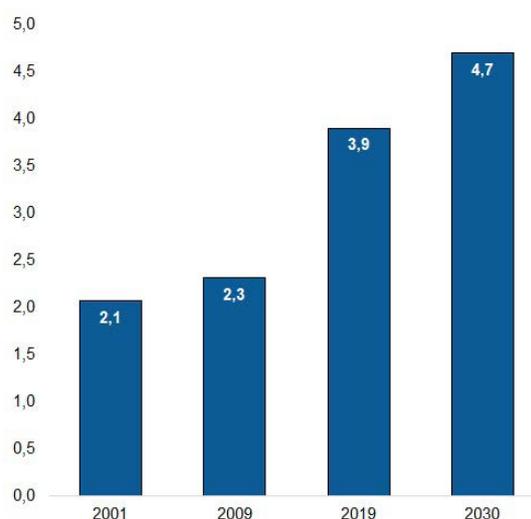
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	2.187	2.454
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	2.069	1.802
Pflegegeld	5.466	5.466
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	542	542
Gesamtzahl Pflegeleistungen	10.263	10.263
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	68	70
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	131
	Höchstbedarf	599

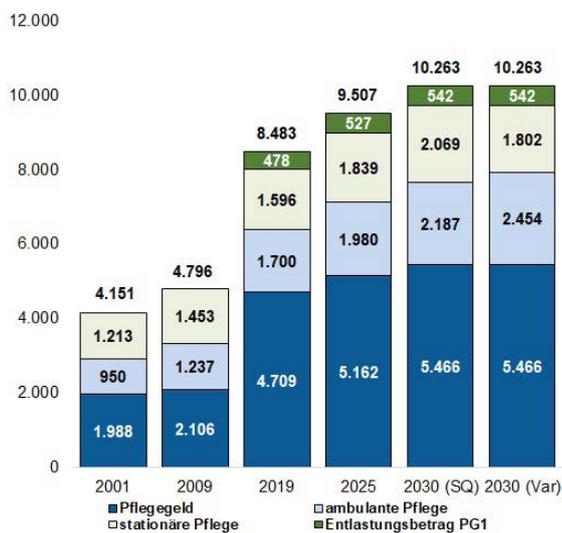
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



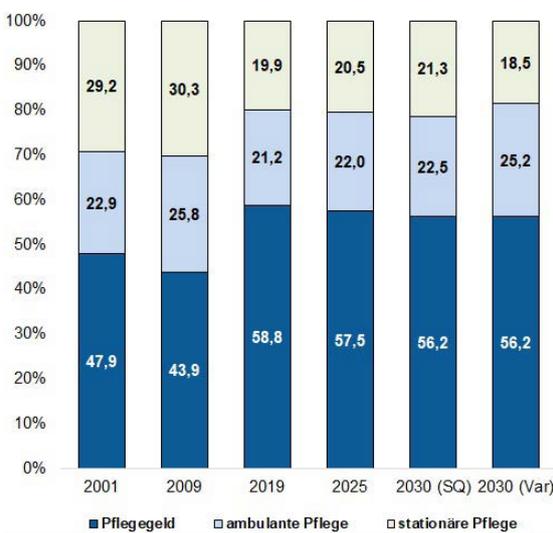
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*

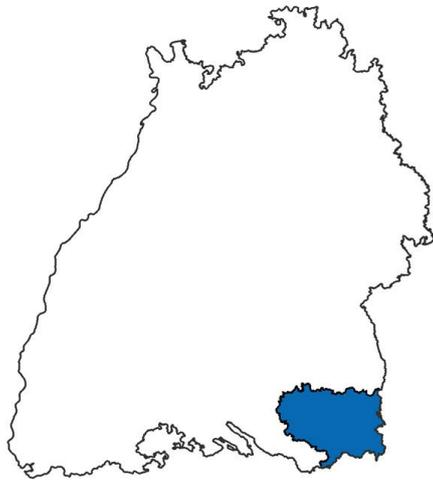


Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

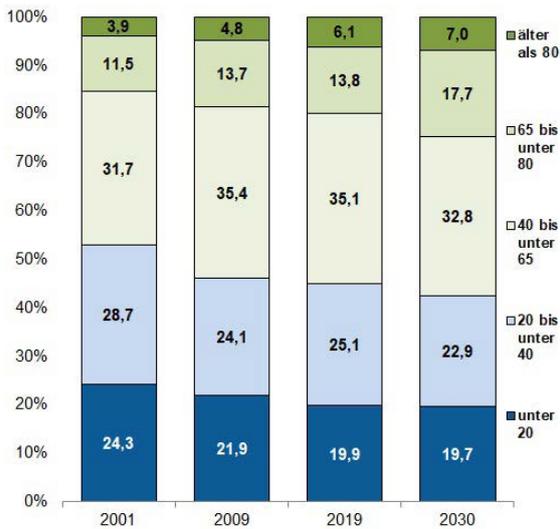
Landkreis Ravensburg



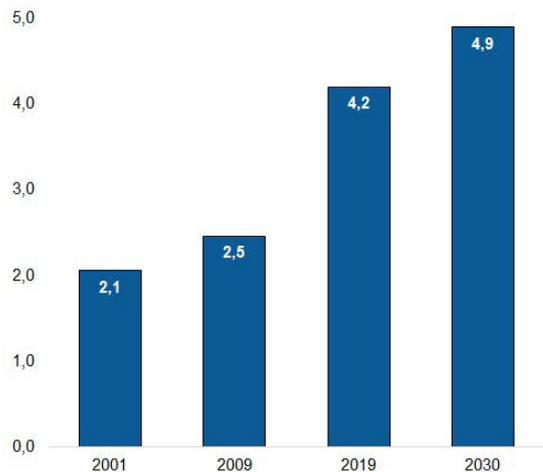
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	3.431	3.703
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreute Kurzzeitpflege)	2.849	2.577
Pflegegeld	7.480	7.480
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	644	644
Gesamtzahl Pflegeleistungen	14.405	14.405
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	97	99
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	267
	Höchstbedarf	935

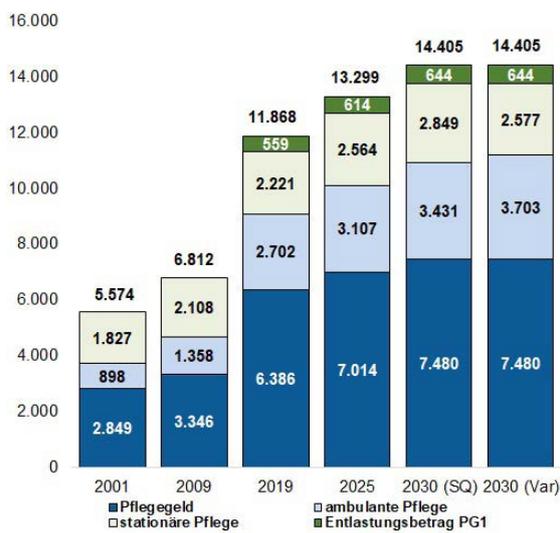
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



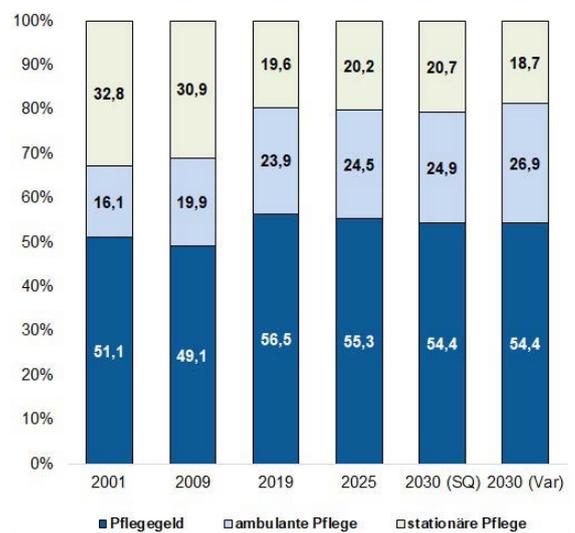
Pflegequote 2001–2030



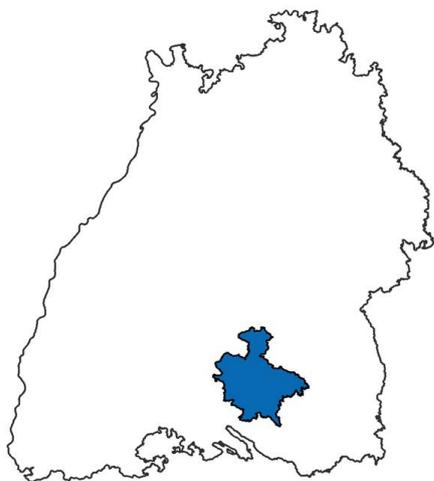
Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



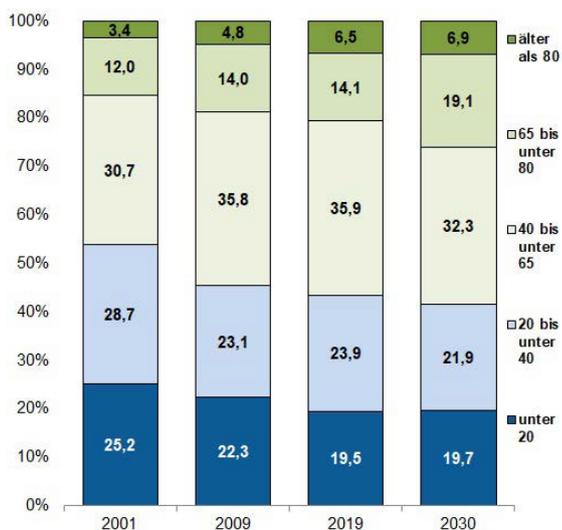
Landkreis Sigmaringen



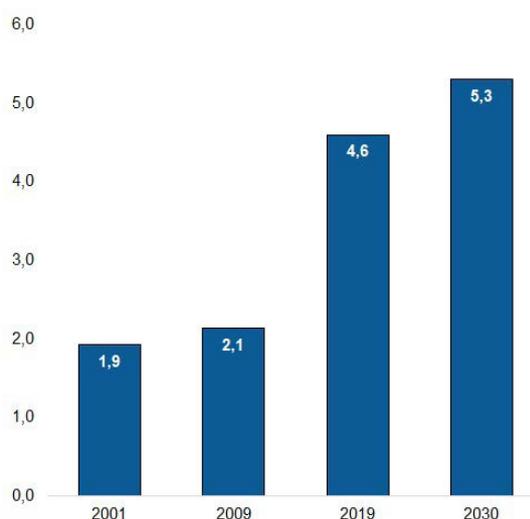
Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante

Orientierungswerte 2030	Status-Quo Berechnung	Variante
ambulante Pflege	1.437	1.483
stationäre Pflege (Dauer- und eingestreuete Kurzzeitpflege)	1.162	1.116
Pflegegeld	4.050	4.050
Pflegegrad 1 mit Entlastungsbetrag	427	427
Gesamtzahl Pflegeleistungen	7.076	7.076
verlässliche Kurzzeitpflegeplätze	49	49
Tagespflegeplätze	Mindestbedarf	197
	Höchstbedarf	533

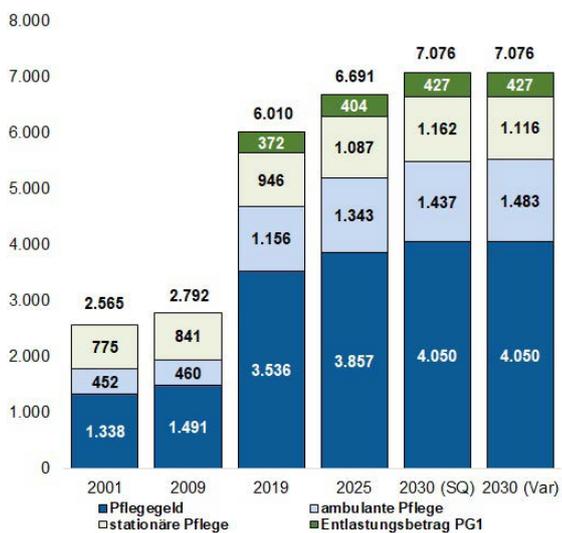
Entwicklung Altersgruppen 2001–2030



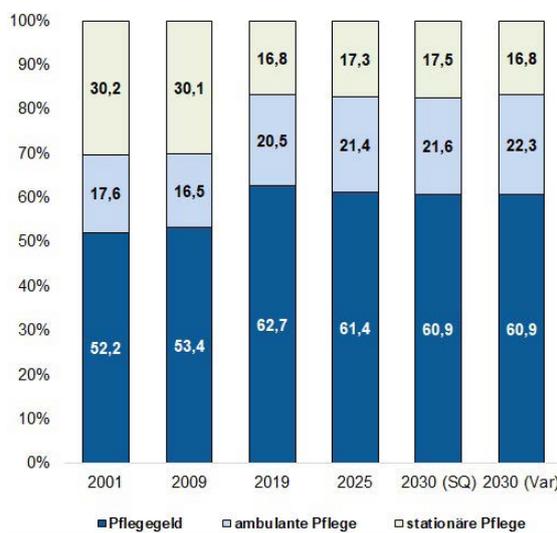
Pflegequote 2001–2030



Pflegeleistungen 2001–2030*



Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent*



* siehe Hinweise, Seite 59

Anhang

Anhang

Hinweise zu den Grafiken ab Seite 12

Der Entlastungsbetrag nach § 45b SGB XI kann für verschiedene Leistungen eingesetzt werden. Hauptsächlich ist er für anerkannte Angebote nach § 45a SGB XI vorgesehen, wie zum Beispiel für Betreuungsgruppen für Menschen mit Demenz oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Er kann aber auch für Tagespflege oder für die ambulante und stationäre Pflege eingesetzt werden. In der Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg werden die Personen, die den Entlastungsbetrag für die ambulante oder stationäre Pflege einsetzen, bei der entsprechenden Leistungsart berücksichtigt. Die Personen, die den Entlastungsbetrag ausschließlich für die Tagespflege oder für Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 45a SGB XI nutzen, werden in der Pflegestatistik gesondert erfasst. Pflegebedürftige mit einer ausschließlichen Nutzung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag werden in den Grafiken ab Seite 12 als „PG 1 mit Entlastungsbetrag“ ausgewiesen.

In der Abbildung „Pflegeleistungen 2001–2030“ wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit auf die Darstellung von Menschen in Pflegegrad 1 mit aus-

schließlich teilstationären Leistungen verzichtet. Seit der Pflegestatistik 2017 werden diese in der Gesamtzahl der pflegebedürftigen Menschen berücksichtigt. Diese Personen setzen den Entlastungsbetrag für Leistungen der Tagespflege ein. Im Jahr 2017 gab es in Baden-Württemberg insgesamt 141 Personen mit dieser Leistung. 2019 erhöhte sich die Anzahl geringfügig auf 226 Personen. Wird diese Zahl auf die einzelnen Stadt- und Landkreise heruntergebrochen, ergibt sich eine geringe Anzahl an Nutzern je Kreis. Aus diesem Grunde weicht die in den Grafiken ausgewiesene Gesamtzahl an Pflegebedürftigen für die Jahre 2017 und 2019 von der Gesamtzahl in der Pflegestatistik ab.

In der Grafik „Versorgungsformen 2001–2030 in Prozent“ wurden Menschen in Pflegegrad 1, die den Entlastungsbetrag für Angebote nach § 45a SGB XI nutzen, nicht berücksichtigt. Auf diese Weise können die Anteile für das Jahr 2019 mit den Anteilen der Vorjahre weiter verglichen werden. Diese Personengruppe wurde in der Pflegestatistik 2019 das erste Mal ausgewiesen⁵ und ist in der Grafik „Pflegeleistungen 2001–2030“ dunkelgrün dargestellt.

⁵ Siehe hierzu auch Seite 5

Methodik der Vorausrechnung von Pflegeleistungen

I. Datenbasis

Für die Berechnung des künftigen Bedarfs an Pflegeleistungen wurden folgende Informationen verwendet:

- die Bevölkerungsstatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zum Stichtag 31.12.2019
- die aktuelle regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg auf der Basis der Bevölkerungsstatistik vom 31.12.2017⁶ und
- die Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, die zuletzt zum Stichtag 15.12.2019⁷ erhoben wurde.

II. Berechnung der zukünftigen Zahl pflegebedürftiger Menschen

Die Berechnung von Orientierungswerten für Pflegeleistungen im Jahr 2030 kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen: Sie kann entweder mit der durchschnittlichen Pflegequote für das Land Baden-Württemberg oder der Pflegequote des jeweiligen Kreises bestimmt werden. Die Pflegequote für das Land Baden-Württemberg lag im Jahr 2019 bei 4,3 Prozent. Die Pflegequoten der einzelnen Stadt- und Landkreise unterscheiden sich jedoch zum Teil deutlich von der Pflegequote des Landes Baden-Württemberg (siehe Abbildung 1). Eine Berechnung der Zahl pflegebedürftiger Menschen mit der Pflegequote des Landes würde deshalb in einigen Stadt- und Landkreisen bereits im Jahr 2019 zu einer Unter- beziehungsweise

Überschätzung der tatsächlich vorhandenen Anzahl an pflegebedürftigen Menschen führen. Deshalb scheint es plausibel, die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2030 mit der kreisspezifischen Pflegequote zu berechnen. Damit werden zwar die spezifischen Gegebenheiten vor Ort fortgeschrieben, jedoch spiegeln sie die konkreten Verhältnisse wider und können nur zum Teil beeinflusst werden.

Anhand der Informationen aus der Pflegestatistik wurde zunächst bestimmt, wie viele pflegebedürftige Frauen und Männer es im Jahr 2019 in bestimmten Altersgruppen in den jeweiligen Stadt- und Landkreisen gab. In den Altersgruppen ab 65 Jahren wurden jeweils fünf Jahrgänge zusammengefasst. Die Gesamtzahl der pflegebedürftigen Frauen und Männer je Altersgruppe wurde anschließend auf 1.000 Einwohner der entsprechenden Altersgruppe bezogen. Diese Anteile wurden anschließend auf die vom Statistischen Landesamt vorausberechnete Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht im Jahr 2030 bezogen. Unter der Annahme, dass sich der Anteil der Frauen und Männer in den entsprechenden Altersgruppen, die in Zukunft pflegebedürftig werden, nicht verändert, wurde die künftige Zahl pflegebedürftiger Menschen im Jahr 2030 bestimmt.

III. Berechnung der zukünftigen Nutzung der einzelnen Versorgungsangebote

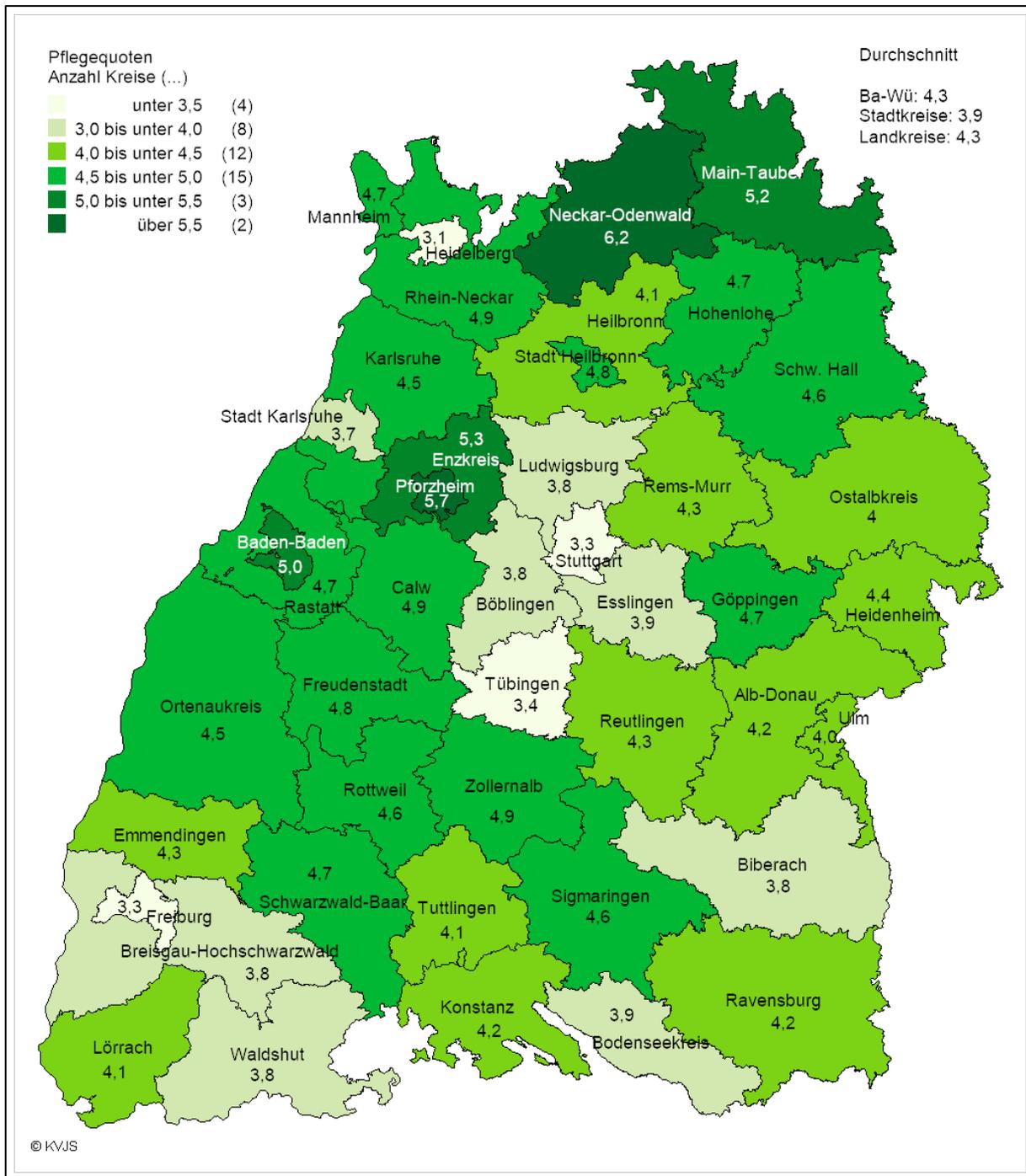
In einem weiteren Schritt wurde betrachtet, welche Angebote die Pflegebedürftigen zum Stichtag der Pflegestatistik 2019 genutzt hatten. Die Verteilung der Pflegebedürftigen auf die unterschiedlichen Angebote der Pflegeversicherung liegt nach Alter und Geschlecht differenziert vor.

Die Berechnung erfolgt für die stationäre, ambulante und häusliche Pflege sowie für Pflegebedürftige in Pflegegrad 1, die ausschließlich Angebote nach § 45a SGB XI nutzen. Da Leistungsempfänger von Tages- und Nachtpflege in Pflegegrad 2 bis 5 in der Regel auch Pflegegeld oder ambulante Pflegeleistungen erhalten, sind sie in der Pflegestatistik bereits bei der Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt erfasst. Leis-

6 Ausgangspunkt für die regionale Bevölkerungsvorausrechnung ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen zum 31. Dezember 2017.

7 Als pflegebedürftig im Sinne der Pflegestatistik gelten Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Voraussetzung ist, dass sie durch die Pflegekassen oder privaten Versicherungen in einen Pflegegrad eingestuft sind. Leistungen aus der Pflegeversicherung stehen Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 bis 5 zu. Pflegebedürftige in Pflegegrad 1 können nur einen Teil der Leistungen nutzen: Sie haben Anspruch auf Pflegehilfsmittel, den Entlastungsbetrag und auf Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Der Entlastungsbetrag kann sowohl für Angebote nach § 45a SGB XI als auch für die ambulante, teil- oder vollstationäre Pflege eingesetzt werden.

Abbildung 1: Pflegequoten in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg im Jahr 2019



Grafik: KVJS. Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Pflegestatistik 2019.

tungsberechtigte in Pflegegrad 1, die ausschließlich teilstationäre Pflege erhalten und hierfür den Entlastungsbetrag einsetzen, werden bei der Berechnung der zukünftigen Zahl pflegebedürftiger Menschen zwar berücksichtigt. Da ihre Zahl jedoch gering ist, werden sie auf die unterschiedlichen Leistungsformen der Pflegeversicherung verteilt.⁸

Der Anteil der Pflegebedürftigen, die vollstationär versorgt werden, ergibt sich aus der Anzahl der Pflegebedürftigen in der stationären Dauerpflege und den Leistungsempfängern von Kurzzeitpflege. Im Gegensatz zu ganzjährig verfügbaren Kurzzeitpflegeplätzen stehen eingestreute Plätze nicht das gesamte Jahr über verlässlich für die Kurzzeitpflege zur Verfügung. Sie werden flexibel genutzt und können auch in Dauerpflegeplätze übergehen. Deswegen werden eingestreute Kurzzeitpflegeplätze zusammen mit den vollstationären Plätzen betrachtet.

Die Verteilung der Pflegebedürftigen auf die einzelnen Leistungsarten erfolgt auf zwei Wegen:

Status-Quo-Berechnung

Die Status-Quo-Berechnung basiert auf der Annahme, dass die Pflegebedürftigen im Jahr 2030 die einzelnen Leistungsarten so in Anspruch nehmen wie im Jahr 2019. Es wird also davon ausgegangen, dass Männer und Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen im Jahr 2030 zu gleichen Anteilen stationäre oder ambulante Pflege, Pflegegeld oder Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 45a SGB XI nutzen wie im Jahr 2019. Verschiebungen zwischen den einzelnen Leistungsangeboten ergeben sich bei der Status-Quo-Berechnung durch die demografische Entwicklung. Steigt zum Beispiel die Zahl hochaltriger Pflegebedürftiger überproportional an, erhöht sich automatisch auch der Anteil stationärer Versorgung, da diese Versorgungsform in den höheren Altersgruppen stärker in Anspruch genommen wird.

⁸ In Baden-Württemberg erhielten zum Stichtag der Pflegestatistik von insgesamt 471.913 pflegebedürftigen Menschen 226 Personen in Pflegegrad 1 ausschließlich teilstationäre Leistungen. Wird diese Zahl auf Kreisebene heruntergebrochen, ergibt sich je Kreis eine kaum nennenswerte Anzahl an Pflegebedürftigen in Pflegegrad 1 mit ausschließlich teilstationären Leistungen.

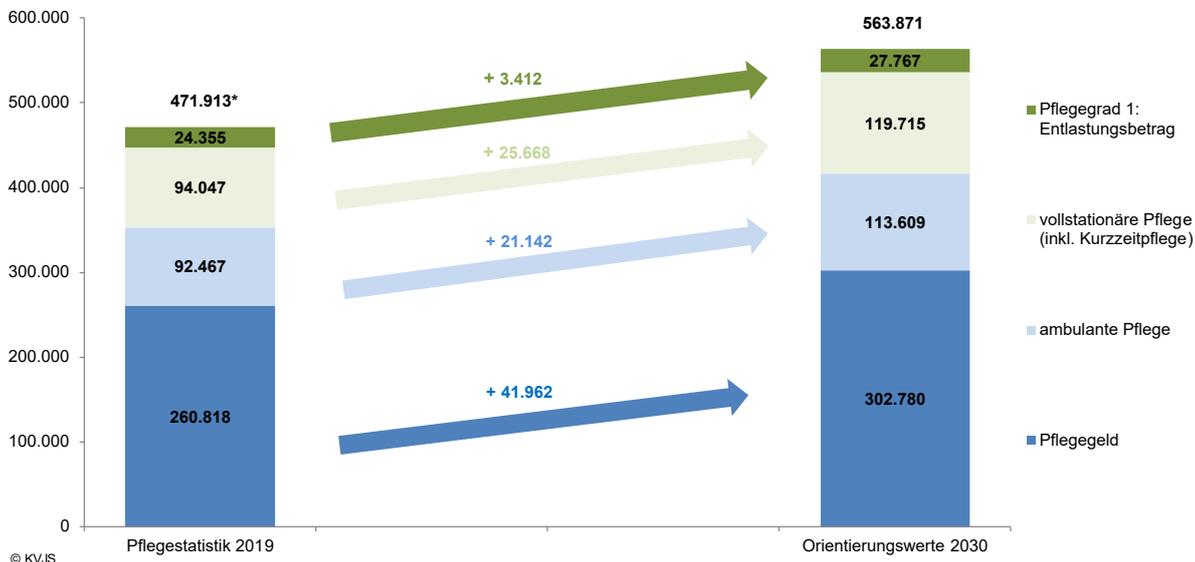
Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Der Variante liegt die Annahme zugrunde, dass die Veränderungen durch die Pflegestärkungsgesetze dazu führen, dass der Anteil der stationären Pflege abnimmt, während der Anteil der ambulanten Pflege zunimmt. Wie sich die Pflegestärkungsgesetze auf die Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Pflegeangebote auswirken werden, lässt sich derzeit noch nicht abschließend feststellen. Pflegebedürftige bis einschließlich Pflegegrad 2 müssen seit dem 01.01.2017 mit höheren Kosten als bisher rechnen, wenn sie in ein Pflegeheim umziehen. Gleichzeitig wurden die Leistungen für ambulante und teilstationäre Angebote in der Pflegeversicherung ausgeweitet. Dies führt voraussichtlich dazu, dass Pflegebedürftige in niedrigen Pflegegraden zukünftig aus finanziellen Gründen in geringerem Ausmaß als bisher die Versorgung in einem Pflegeheim in Anspruch nehmen und eher ambulant versorgt werden.

Für die Berechnung der Variante wird zunächst die Veränderung der Pflegeheimbewohner in den Pflegegraden 1 und 2 von 2017 auf 2019 betrachtet. Unter der Annahme, dass sich die Zahl der Pflegeheimbewohner in Pflegegrad 1 und 2 in den kommenden Jahren im selben Umfang verändert wie von 2017 auf 2019, wird die Anzahl der stationär versorgten Pflegebedürftigen im Jahr 2030 bestimmt. Die Anzahl der Pflegeheimbewohner in den Pflegegraden 3 bis 5 ändert sich bei der Variante nicht. Dadurch ergibt sich beim Vergleich von Status-Quo und der Variante eine Differenz, die ausschließlich auf die Veränderungen in den Pflegegraden 1 und 2 zurückzuführen ist. Diese Differenz wird der ambulanten Pflege zugerechnet. Dadurch ergibt sich eine andere Verteilung der Pflegeleistungen als bei der Status-Quo-Berechnung und es wird die Annahme berücksichtigt, dass zukünftig mehr Pflegebedürftige in den Pflegegraden 1 und 2 ambulant versorgt werden.

Die Zahl der Pflegegeldempfänger ist bei beiden Berechnungen identisch. Dahinter steht die Annahme, dass die Pflegebedürftigen, die zuvor dem stationären Bedarf zugerechnet wurden, auch zukünftig

Abbildung 2: Pflegeleistungen im Jahr 2019 und Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung



Abweichungen von der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen in Tabelle 1 und 2 sind rundungsbedingt.
 * einschließlich 226 Personen in Pflegegrad 1 mit ausschließlich teilstationären Leistungen
 Grafik: KVJS; Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019. Eigene Berechnungen KVJS.

tig professionelle pflegerische Hilfe benötigen.⁹ Dies schließt nicht aus, dass zusätzlich auch die Zahl der Pflegegeldempfänger bei der Variante ansteigt – zum Beispiel bei der Inanspruchnahme einer sogenannten „Kombinationsleistung“.¹⁰ Auch die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ist bei beiden Varianten gleich hoch. Es kommt lediglich zu Verschiebungen zwischen der stationären und der ambulanten Pflege.

a. Vorausrechnung von Pflegeleistungen – Ergebnisse

Nach der **Status-Quo-Berechnung** werden im Jahr 2030 in Baden-Württemberg rund 564.000 Menschen auf Pflegeleistungen angewiesen sein. Davon erhal-

ten 303.000 Pflegebedürftige Pflegegeld, 120.000 werden einen Platz in einem Pflegeheim benötigen und rund 113.600 Personen erhalten Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst. Knapp 28.000 pflegebedürftige Menschen in Pflegegrad 1 werden ausschließlich Angebote zur Unterstützung im Alltag benötigen.

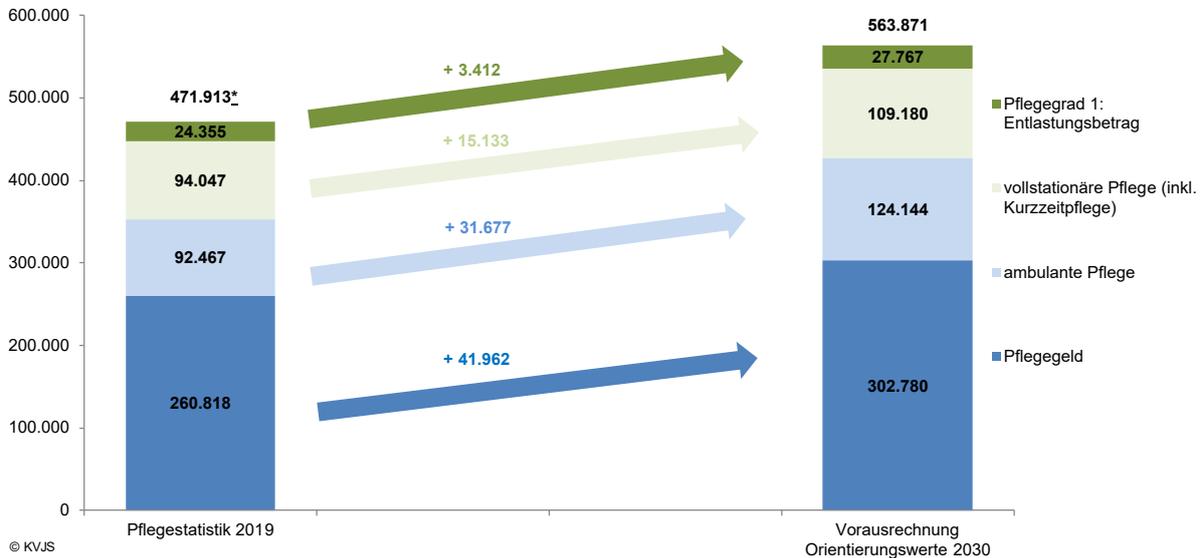
Wenn sich das Nachfrageverhalten der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2030 nicht ändert und ambulante und stationäre Leistungen so in Anspruch genommen werden wie im Jahr 2019 (Status-Quo-Berechnung), wären im Jahr 2030 rund 47.000 Personen mehr auf professionelle Leistungen in Form von ambulanter und stationärer Pflege angewiesen. Verschiebungen zwischen den einzelnen Leistungsangeboten ergeben sich bei der Status-Quo-Berechnung durch die demografische Entwicklung.

Stationäre Pflege verzeichnet höchste Steigerungsrate

Die Zahl der Pflegebedürftigen, die ambulant versorgt werden, wird bis zum Jahr 2030 um rund 21.000

9 In der Pflegestatistik werden Pflegebedürftige, die sowohl Pflegegeld als auch Pflege durch einen ambulanten Dienst erhalten, bei der ambulanten Pflege erfasst. Bei den Pflegegeldempfängern werden nur Pflegebedürftige erfasst, die ausschließlich Pflegegeld erhalten.
 10 Die Kombinationsleistung besteht aus Pflegegeld und ambulanter Pflegesachleistung. Damit finanziert die Pflegekasse allen Pflegebedürftigen eine individuelle Kombination aus häuslicher Pflege durch einen Angehörigen und einen ambulanten Pflegedienst.

Abbildung 3: Pflegeleistungen im Jahr 2019 und Orientierungswerte für das Jahr 2030 nach der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung



Abweichungen von der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen in Tabelle 1 und 2 sind rundungsbedingt.

* einschließlich 226 Personen in Pflegegrad 1 mit ausschließlich teilstationären Leistungen

Grafik: KVJS; Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019. Eigene Berechnungen KVJS.

Personen beziehungsweise 22,9 Prozent zunehmen. Auch die Zahl der Pflegebedürftigen, die zu Hause von Angehörigen mit Pflegegeld gepflegt und betreut werden, wird sich weiter erhöhen. Insgesamt werden voraussichtlich rund 303.000 Personen im Jahr 2030 Pflegegeld in Anspruch nehmen. Dies entspricht einer Steigerungsrate um 16,1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019. Die höchste Steigerungsrate wird die stationäre Pflege verzeichnen: Die Zahl der stationär versorgten Personen wird bis zum Jahr 2030 voraussichtlich um rund 25.700 Personen zunehmen. Dies entspricht einer Zunahme um 27,3 Prozent.

Wenn es durch gesetzliche Änderungen zu Veränderungen in der Leistungsgewährung kommt, dann werden sich vermutlich auch die Angebotsstruktur und das Nachfrageverhalten verändern. Es kann dadurch zu Verschiebungen zwischen den einzelnen Versorgungsarten kommen. Darüber hinaus ist fraglich, ob die Status-Quo-Berechnung zutreffen wird. Die auf ihrer Grundlage berechneten Ergebnisse sind als Orientierungswerte zu verstehen, wenn sich die Angebote und das Nachfrageverhalten der Pflegebe-

dürftigen nach den einzelnen Leistungsarten gegenüber dem Jahr 2019 nicht verändern sollten.

Variante: Zunahme der ambulanten Versorgung

Nach der **Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung** ergibt sich eine deutlich andere Verteilung der Pflegeleistungen. Die Auswirkungen eines veränderten Nutzerverhaltens auf den zukünftigen Bedarf sind beträchtlich: Die Zahl der ambulant versorgten Pflegebedürftigen erhöht sich auf 124.000 Menschen¹¹, während sich die Zahl derer, die in einem Pflegeheim versorgt werden, auf 109.000 reduziert.

¹¹ Bei den Personen, die in der Pflegestatistik ausgewiesen sind, handelt es sich ausschließlich um Menschen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Ambulante Dienste versorgen aber auch Personen, die nicht pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung sind, zum Beispiel Menschen, die Leistungen nach dem SGB V erhalten oder sonstige Angebote der ambulanten Dienste in Anspruch nehmen. Diese sind in der Pflegestatistik nicht ausgewiesen und können nicht gesondert bestimmt werden. Daher ist zu beachten, dass die benötigte Anzahl an ambulanten Pflegeleistungen höher ist als vorausberechnet.

Ambulante Pflege verzeichnet bei der Variante höchste Steigerungsrate

Nach der Variante ergibt sich der prozentual höchste Zuwachs aufgrund des veränderten Nutzerverhaltens im ambulanten Bereich mit einer Zunahme um 34,3 Prozent oder 31.677 Personen. Im stationären Bereich dagegen reduziert sich unter den veränder-

ten Annahmen der Anstieg auf 16,1 Prozent oder 15.133 Personen.

Der Bedarf an vollstationären und ambulanten Leistungen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen den Ergebnissen der Status-Quo-Berechnung und der Variante liegen.

Tabelle 3: Vorausberechneter Bedarf an ambulanter Pflege in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für ambulante Pflegeleistungen im Jahr 2030		
Stadt-/Landkreis	Status-Quo-Berechnung	Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung
Stadtkreis Stuttgart	4.655	4.483
Landkreis Böblingen	3.812	4.143
Landkreis Esslingen	5.518	6.141
Landkreis Göppingen	3.481	3.880
Landkreis Ludwigsburg	5.564	5.919
Landkreis Rems-Murr-Kreis	4.539	4.868
Stadtkreis Heilbronn	1.437	1.715
Landkreis Heilbronn	3.646	4.146
Landkreis Hohenlohekreis	1.378	1.617
Landkreis Schwäbisch Hall	3.116	3.472
Landkreis Main-Tauber-Kreis	1.526	1.769
Landkreis Heidenheim	1.111	1.236
Landkreis Ostalbkreis	2.562	2.920
Stadtkreis Baden-Baden	802	916
Stadtkreis Karlsruhe	2.389	2.797
Landkreis Karlsruhe	4.703	5.308
Landkreis Rastatt	2.231	2.263
Stadtkreis Heidelberg	1.001	1.204
Stadtkreis Mannheim	3.292	3.799
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	2.781	2.832
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	6.684	7.454
Stadtkreis Pforzheim	1.158	1.350
Landkreis Calw	2.044	2.015
Landkreis Enzkreis	3.594	3.420
Landkreis Freudenstadt	1.259	1.513
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	1.908	1.875
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.331	2.698
Landkreis Emmendingen	2.027	1.890
Landkreis Ortenaukreis	4.786	5.108
Landkreis Rottweil	1.351	1.577
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.480	2.831
Landkreis Tuttlingen	969	986
Landkreis Konstanz	2.476	2.728
Landkreis Lörrach	2.310	2.667
Landkreis Waldshut	810	1.057
Landkreis Reutlingen	2.796	2.946
Landkreis Tübingen	1.518	1.748
Landkreis Zollernalbkreis	1.896	2.118
Stadtkreis Ulm	1.116	1.266
Landkreis Alb-Donau-Kreis	2.072	2.165
Landkreis Biberach	1.423	1.662
Landkreis Bodenseekreis	2.187	2.454
Landkreis Ravensburg	3.431	3.703
Landkreis Sigmaringen	1.437	1.483
Baden-Württemberg	113.609	124.143

Abweichungen von der Gesamtzahl der jeweils benötigten Pflegeleistungen in Abbildung 2 und 3 sind rundungsbedingt. Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

Tabelle 4: Vorausberechneter Bedarf an Dauerpflegeplätzen (einschließlich eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Jahr 2030 nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für stationäre Pflege im Jahr 2030		
Stadt-/Landkreis	Status-Quo-Berechnung	Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung
Stadtkreis Stuttgart	5.680	5.852
Landkreis Böblingen	3.826	3.494
Landkreis Esslingen	5.347	4.723
Landkreis Göppingen	2.849	2.450
Landkreis Ludwigsburg	5.351	4.996
Landkreis Rems-Murr-Kreis	4.841	4.512
Stadtkreis Heilbronn	1.801	1.523
Landkreis Heilbronn	3.825	3.326
Landkreis Hohenlohekreis	1.505	1.266
Landkreis Schwäbisch Hall	2.234	1.878
Landkreis Main-Tauber-Kreis	1.993	1.750
Landkreis Heidenheim	1.524	1.399
Landkreis Ostalbkreis	3.626	3.267
Stadtkreis Baden-Baden	758	644
Stadtkreis Karlsruhe	3.129	2.721
Landkreis Karlsruhe	5.025	4.419
Landkreis Rastatt	2.352	2.320
Stadtkreis Heidelberg	1.377	1.174
Stadtkreis Mannheim	3.481	2.974
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	2.099	2.048
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	6.040	5.270
Stadtkreis Pforzheim	1.828	1.636
Landkreis Calw	2.195	2.224
Landkreis Enzkreis	2.237	2.411
Landkreis Freudenstadt	1.604	1.351
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	2.414	2.447
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	2.485	2.117
Landkreis Emmendingen	1.852	1.988
Landkreis Ortenaukreis	5.258	4.936
Landkreis Rottweil	1.689	1.463
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	2.591	2.239
Landkreis Tuttlingen	1.409	1.393
Landkreis Konstanz	3.289	3.038
Landkreis Lörrach	2.320	1.963
Landkreis Waldshut	1.897	1.650
Landkreis Reutlingen	2.885	2.735
Landkreis Tübingen	1.874	1.644
Landkreis Zollernalbkreis	1.877	1.655
Stadtkreis Ulm	1.351	1.201
Landkreis Alb-Donau-Kreis	1.972	1.880
Landkreis Biberach	1.946	1.707
Landkreis Bodenseekreis	2.069	1.802
Landkreis Ravensburg	2.849	2.577
Landkreis Sigmaringen	1.162	1.116
Baden-Württemberg	119.715	109.180

Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

b. Vorausrechnung in der Kurzzeitpflege – Methodik und Ergebnisse

Die Berechnung der Orientierungswerte für Kurzzeitpflegeplätze gestaltet sich deutlich schwieriger als die Berechnung im Bereich der Dauerpflege. Dies hat mehrere Gründe:

- In der Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes werden die Leistungsempfänger von Kurzzeitpflege am Stichtag 15.12. erhoben. Es ist unklar, ob zu diesem Stichtag alle Menschen, die ein solches Angebot in Anspruch nehmen wollten, auch einen Platz gefunden haben.
- Darüber hinaus bildet die Stichtagszahl nicht ab, ob Angebot und Nachfrage in der Kurzzeitpflege auf das ganze Jahr gesehen übereinstimmen: Typisch für die Kurzzeitpflege sind saisonale Nachfragespitzen und unvorhersehbare kurzfristige Bedarfe.
- Eingestreute Kurzzeitpflegeplätze stehen nicht ausschließlich für die Kurzzeitpflege zur Verfügung, sondern werden (auch) für die Dauerpflege genutzt. Kurzzeitpflegeplätze werden jedoch häufig kurzfristig benötigt, zum Beispiel nach einem Krankenhausaufenthalt oder in Krisensituationen, um die häusliche Pflege zu stabilisieren. Die Bestimmung von Orientierungswerten für die Kurzzeitpflege sollte daher das Ziel verfolgen, Bedarfe für solitäre und ganzjährig vorgehaltene Kurzzeitpflegeplätze zu berechnen. Dies ist aufgrund der vorhandenen Datenlage nur eingeschränkt leistbar.

Der KVJS hat Annahmen entwickelt, die es ermöglichen, sich dem Bedarf in der Kurzzeitpflege anzunähern. Dazu wird auf die Statistik über die Leistungen aus der Pflegeversicherung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg für das Jahr 2020¹² und den Barmer-Pflegereport 2018 zurückgegriffen. Daraus ergeben sich folgende Angaben:

- Anhand der Statistik der Pflegeversicherung kann bestimmt werden, wie viele Tage pro Jahr die Kurzzeitpflege im Durchschnitt von pflegebedürftigen Menschen genutzt wird. Im Jahr 2020 haben pflegebedürftige Personen durchschnittlich an 20 Tagen pro Jahr Kurzzeitpflege in Anspruch genommen.

¹² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Vierteljährliche Statistik über Leistungsfälle und Leistungstage nach Pflegearten und Pflegegraden (PG 1), Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2020.

- Aus dem Barmer-Pflegereport 2018 können Anhaltspunkte gewonnen werden, wie viele pflegende Angehörige Kurzzeitpflege nutzen würden, wenn ausreichend Angebote zur Verfügung stünden und der Zugang zur Kurzzeitpflege einfacher gestaltet wäre. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 17,7 Prozent der pflegenden Angehörigen eine Kurzzeitpflege unter verbesserten Rahmenbedingungen nutzen würden.¹³

Unter der Annahme, dass sich die durchschnittliche Nutzung von Kurzzeitpflege pro Jahr und der Anteil der pflegenden Angehörigen, die Kurzzeitpflege unter verbesserten Rahmenbedingungen nutzen würden, zukünftig nicht verändert, kann ein **Höchstbedarf für die Kurzzeitpflege** berechnet werden. Das bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass auch im Jahr 2030 17,7 Prozent der pflegenden Angehörigen Kurzzeitpflege an durchschnittlich 20 Tagen pro Jahr in Anspruch nehmen würden, wenn ausreichend Angebote vorhanden wären. Dieser Anteil kann auf die vorausberechnete Zahl der Pflegebedürftigen in häuslicher Pflege im Jahr 2030 in den einzelnen Stadt- und Landkreisen bezogen werden.¹⁴ Die Anzahl der häuslich gepflegten Menschen variiert je nachdem, ob die Status-Quo-Berechnung oder die Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung zugrunde gelegt wird (s. Methodik).

Die Berechnung eines Mindestbedarfs an Kurzzeitpflegeplätzen oder des Bedarfs an Kurzzeitpflege nach § 39c SGB V ist anhand der vorhandenen Datenlage nicht möglich.¹⁵

Für die einzelnen Stadt- und Landkreise ergeben sich auf Basis dieser Annahmen folgende Orientierungswerte für solitäre und ganzjährig vorgehaltene Kurzzeitpflegeplätze:

¹³ Barmer (Hrsg.), 2018: Pflegereport 2018, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Band 12, S. 137.

¹⁴ Dabei wird die Annahme getroffen, dass der Großteil der Pflegebedürftigen von einem Angehörigen oder einer sonstigen nahestehenden Person ausschließlich oder mit Hilfe eines ambulanten Dienstes gepflegt wird.

¹⁵ Es liegen keine Anhaltspunkte darüber vor, wie viele Menschen mit kurzfristigem Pflegebedarf nach einem Krankenhausaufenthalt einen Kurzzeitpflegeplatz suchen und gegebenenfalls nicht finden.

Tabelle 5: Vorausberechneter Höchstbedarf an verlässlichen Kurzzeitpflegeplätzen im Jahr 2030 in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung

Orientierungswerte für solitäre und ganzjährig verfügbare Kurzzeitpflegeplätze im Jahr 2030		
Stadt-/Landkreis	Status-Quo-Berechnung	Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung
Stadtkreis Stuttgart	145	143
Landkreis Böblingen	123	126
Landkreis Esslingen	166	172
Landkreis Göppingen	96	100
Landkreis Ludwigsburg	166	170
Landkreis Rems-Murr-Kreis	142	145
Stadtkreis Heilbronn	45	48
Landkreis Heilbronn	115	120
Landkreis Hohenlohekreis	42	44
Landkreis Schwäbisch Hall	75	78
Landkreis Main-Tauber-Kreis	53	55
Landkreis Heidenheim	43	44
Landkreis Ostalbkreis	95	98
Stadtkreis Baden-Baden	21	22
Stadtkreis Karlsruhe	83	86
Landkreis Karlsruhe	163	168
Landkreis Rastatt	89	89
Stadtkreis Heidelberg	37	39
Stadtkreis Mannheim	115	120
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	74	75
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	222	229
Stadtkreis Pforzheim	52	53
Landkreis Calw	63	63
Landkreis Enzkreis	86	85
Landkreis Freudenstadt	42	45
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	56	56
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	79	82
Landkreis Emmendingen	57	56
Landkreis Ortenaukreis	143	146
Landkreis Rottweil	52	54
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	74	77
Landkreis Tuttlingen	44	45
Landkreis Konstanz	90	92
Landkreis Lörrach	72	75
Landkreis Waldshut	48	50
Landkreis Reutlingen	97	98
Landkreis Tübingen	65	67
Landkreis Zollernalbkreis	73	75
Stadtkreis Ulm	39	40
Landkreis Alb-Donau-Kreis	67	67
Landkreis Biberach	63	65
Landkreis Bodenseekreis	68	70
Landkreis Ravensburg	97	99
Landkreis Sigmaringen	49	49
Baden-Württemberg	3.685	3.778

Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass für die Kurzzeitpflege der Höchstbedarf an Plätzen berechnet wurde.

c. Vorausrechnung in der Tagespflege – Methodik und Ergebnisse

Bedarfsvorausrechnungen im Bereich der Tagespflege stoßen ebenso wie bei der Kurzzeitpflege an methodische Grenzen. Dies hat mehrere Gründe:

- Die Plätze in einer Tagespflege werden in der Regel von mehreren Personen genutzt. Das ist möglich, weil ein Teil der Gäste die Tagespflege nur an einigen Tagen in der Woche in Anspruch nimmt. Dementsprechend ist die Zahl der Gäste höher als die Zahl der Plätze. Für Planungszwecke ist eine Umrechnung erforderlich, die aufgrund der Datenlage nur eingeschränkt leistbar ist. Der KVJS greift hierfür auf eine Einschätzung aus einem Fachbeitrag¹⁶ zurück: Nach diesem benötigen Tagespflegeeinrichtungen mit zwölf Plätzen eine Gästezahl zwischen 30 und 40, um eine Vollauslastung und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Dies entspricht einer Relation von 2,5 beziehungsweise 3,3 Gästen pro Platz. Ergebnisse aus Erhebungen des KVJS bei Tagespflegen im Rahmen der Seniorenplanungen sowie die Zunahme der Tagespflegenutzung in den vergangenen Jahren deuten eher auf die niedrigere Gäste-Platz-Relation hin. Daher wird der niedrigere Wert von 2,5 Gästen pro Platz für die Bestimmung von Orientierungswerten in der Tagespflege herangezogen.
- Seit 2015 hat die Inanspruchnahme von Tagespflege durch die Leistungsausweitungen im Rahmen der Pflegestärkungsgesetze und den Ausbau an Plätzen in Baden-Württemberg deutlich zugenommen. Inwiefern sich diese Entwicklung in den folgenden Jahren fortsetzt, ist nicht absehbar. Auch die Folgen der angekündigten Pflegereform der Bundesregierung können zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden.
- Werden Tagespflegeangebote auch von Gästen genutzt, die außerhalb des Stadt- oder Landkreises wohnen, hat dies Auswirkungen auf den zukünftigen Bedarf. Planungen in den Nachbarkreisen haben daher Einfluss auf den Bedarf und die Auslastung von Tagespflegeeinrichtungen in den Kommunen an den Kreisgrenzen.

16 Vgl. Rommel, Ulrich: Mit Tagespflege punkten. In: *Altenheim* 4/2017, S. 54-57.

tion von Tagespflegeeinrichtungen in den Kommunen an den Kreisgrenzen.

Anhand bestimmter Annahmen kann der voraussichtliche Bedarf in der Tagespflege berechnet werden. Da die zukünftigen Entwicklungen in der Tagespflege noch nicht absehbar sind, berechnet der KVJS einen Mindest- und einen Höchstbedarf in der Tagespflege. Die tatsächliche Entwicklung wird sich voraussichtlich innerhalb dieses Korridors abspielen.

Für die **Berechnung des Mindestbedarfs** wird davon ausgegangen, dass sich das Nachfrageverhalten der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 nicht wesentlich verändert. Die derzeitige Nutzung von Tagespflege wird fortgeschrieben. Anhand der aktuellen Tagespflegeplätze in den einzelnen Stadt- und Landkreisen¹⁷ und der Anzahl der häuslich gepflegten Pflegebedürftigen desselben Jahres kann der Anteil der pflegebedürftigen Menschen bestimmt werden, die eine Tagespflegeleistung im Jahr 2021 nutzen. Derselbe Anteil wird bei dieser Berechnung auch für das Jahr 2030 angenommen.

Die **Berechnung eines Höchstbedarfs** in der Tagespflege erfolgt unter der Annahme, dass zusätzlich zu den aktuellen Nutzern von Tagespflege weitere 15,3 Prozent hinzukommen, die eine Tagespflege nutzen würden, wenn ausreichend Angebote vorhanden und der Zugang zu Angeboten erleichtert würde.¹⁸ Derselbe Anteil wird auch für das Jahr 2030 angenommen und auf die Anzahl der häuslich gepflegten Personen im Jahr 2030 bezogen. Die Anzahl der häuslich gepflegten Pflegebedürftigen im Jahr 2030 unterscheidet sich, je nachdem ob von der Status-Quo-Berechnung oder der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung ausgegangen wird (siehe Methodik). Deswegen werden für die Tagespflege vier unterschiedliche Orientierungswerte angegeben.

17 Grundlage für die Bestimmung der aktuellen Tagespflegeplätze in den einzelnen Kreisen sind die Informationen aus dem Einrichtungs-Informationssystem (EIS) des KVJS, Stand Frühjahr 2021.

18 Dieses Ergebnis beruht auf der Versichertenbefragung der Barmer im Rahmen des Barmer-Pflegereports 2018. Barmer (Hrsg.), 2018: *Pflegereport 2018*, Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Band 12, S. 134.

Tabelle 6: Vorausberechneter Bedarf an Tagespflegeplätzen im Jahr 2030 in den einzelnen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg nach der Status-Quo-Berechnung und der Variante – Zunahme der ambulanten Versorgung: Mindest- und Höchstbedarf

Orientierungswerte für Tagespflegeplätze im Jahr 2030				
Stadt-/Landkreis	Status-Quo-Berechnung		Variante - Zunahme der ambulanten Versorgung	
	Mindestbedarf	Höchstbedarf	Mindestbedarf	Höchstbedarf
Stadtkreis Stuttgart	513	1.515	508	1.499
Landkreis Böblingen	374	1.225	383	1.255
Landkreis Esslingen	464	1.615	480	1.669
Landkreis Göppingen	374	1.039	387	1.077
Landkreis Ludwigsburg	464	1.615	472	1.645
Landkreis Rems-Murr-Kreis	359	1.338	366	1.366
Stadtkreis Heilbronn	92	404	97	426
Landkreis Heilbronn	385	1.182	400	1.228
Landkreis Hohenlohekreis	150	441	157	464
Landkreis Schwäbisch Hall	212	730	221	761
Landkreis Main-Tauber-Kreis	230	596	239	620
Landkreis Heidenheim	199	494	204	507
Landkreis Ostalbkreis	298	955	308	987
Stadtkreis Baden-Baden	161	304	169	319
Stadtkreis Karlsruhe	242	813	253	848
Landkreis Karlsruhe	742	1.870	767	1.932
Landkreis Rastatt	385	998	387	1.001
Stadtkreis Heidelberg	73	331	77	347
Stadtkreis Mannheim	263	1.059	273	1.100
Landkreis Neckar-Odenwaldkreis	351	866	353	871
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	571	2.107	588	2.172
Stadtkreis Pforzheim	221	579	228	598
Landkreis Calw	229	664	228	662
Landkreis Enzkreis	423	1.019	415	1.000
Landkreis Freudenstadt	211	504	222	531
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	93	480	92	477
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	337	882	351	918
Landkreis Emmendingen	157	554	154	542
Landkreis Ortenaukreis	988	1.977	1.008	2.017
Landkreis Rottweil	183	544	190	565
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	329	841	343	876
Landkreis Tuttlingen	208	516	209	517
Landkreis Konstanz	307	930	315	953
Landkreis Lörrach	227	721	237	753
Landkreis Waldshut	236	568	247	594
Landkreis Reutlingen	216	887	219	899
Landkreis Tübingen	281	733	289	756
Landkreis Zollernalbkreis	305	807	313	829
Stadtkreis Ulm	192	461	199	476
Landkreis Alb-Donau-Kreis	284	745	287	754
Landkreis Biberach	367	801	379	828
Landkreis Bodenseekreis	131	599	135	620
Landkreis Ravensburg	267	935	274	958
Landkreis Sigmaringen	197	533	199	537
Baden-Württemberg	13.294	38.777	13.625	39.753

Grafik: KVJS. Datenbasis: Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2017 sowie Pflegestatistik 2019 des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Eigene Berechnungen KVJS.

Notizen

Für Ihre Notizen

Für Ihre Notizen

Notizen

Für Ihre Notizen

Juni 2021
2., aktualisierte Auflage

Herausgeber:
**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**
Dezernat Soziales
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 0711 6375-0
info@kvjs.de
www.kvjs.de

Verfasserinnen:
Bettina Ghiorghita
Cora Rapp

Gestaltung:
Waltraud Gross

Bestellung/Versand:
Manuela Weissenberger
Telefon: 0711 6375-307
Sekretariat21@kvjs.de

Redaktioneller Hinweis:
Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift:

Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausadresse:

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

www.kvjs.de
info@kvjs.de